

(Präsident Denzer)

(A) keine Abstimmungen durchführen. Dieses gilt nur für heute und morgen, nicht für Freitag.

Am Schluß der heutigen Sitzung werden die Haushaltsberatungen unterbrochen und morgen fortgesetzt.

Ich denke, nach diesen Vorbemerkungen können wir nun in die Beratungen der einzelnen Beratungsblöcke eintreten.

Ich rufe den Beratungsblock 1 auf:

Einzelplan 02: Ministerpräsident und Staatskanzlei

in Verbindung damit:

Rücknahme des Haushaltsentwurfs 1988

Antrag der Fraktion der F.D.P.  
Drucksache 10/2443

Zur Begründung des Antrags der Fraktion der F.D.P. - die entsprechend der Vereinbarung auf 15 Minuten begrenzt ist - erteile ich Herrn Abg. Dr. Rohde das Wort. Bitte schön, Herr Kollege!

Dr. Rohde (F.D.P.): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es gibt Leute, die sagen, die Strukturprobleme Nordrhein-Westfalens seien die Probleme der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen. Für diese Argumentation spricht der morgige Tagesordnungspunkt "Übernahme der Neuen Heimat" statt zum Beispiel Erhaltung des Standortes der Fachhochschule Hagen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Ich gehe nicht ganz so weit, aber von entschlossener Führung durch die SPD, das Land in eine wettbewerbsfähige Weltwirtschaft einzubringen, von der Wahrnehmung von Führungsverantwortung für energische und konsequente Modernisierung Nordrhein-Westfalens durch die Landesregierung ist gerade in den letzten Wochen überhaupt nichts zu merken.

Mit den schönen Worten von der ökonomischen und ökologischen Erneuerung des Landes hat der Ministerpräsident die Wahl gewonnen; aber unser Land hat dabei verloren.

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

Er hat abgewirtschaftet, nicht aufgewirtschaftet. Er hat sein Wahlversprechen "ökonomische Erneuerung des Landes" nicht erfüllt. Was ist das für ein Regierungschef, der sich seit der verlorenen Bundestagswahl

Anfang dieses Jahres nicht in der Lage sieht, die versprochene Regierungserklärung abzugeben?

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Was ist das für ein Regierungschef, der sich weigert, den Menschen im Lande die Wahrheit - seit Jahren unterdurchschnittliches Wirtschaftswachstum - zu sagen? Er beschönigt, streut Sand in die Augen, statt die Menschen anzuspornen, endlich in den Leistungswettbewerb mit dem Süden des Landes einzutreten.

Lügen wir im Wirtschaftswachstum nur im Bundesdurchschnitt, hätten wir über 11 Milliarden DM mehr an Einnahmen erzielen können. Deswegen frage ich: Was ist das für ein Ministerpräsident, der nicht zur Kenntnis nehmen will, daß abgesehen von den Arbeitsplatzverlusten bei Kohle und Stahl auch andere Industriezweige gefährdet sind, die Computerindustrie ebenso wie die Anlagenbauer, der sich brüstet mit den Erfolgen der Anlagenbauer, als ob deren Auftragsgänge gesichert seien?

Was ist das für ein Regierungschef, der einen "Mercedes-Stern" wie die Privatuniversität Witten/Herdecke nach Baden-Württemberg ziehen läßt, weil es ihm nicht gelingt, im Lande für ein Klima der Offenheit und Kreativität zu sorgen, der dieser Universität noch kein einziges verbindliches Angebot gemacht hat, aber bereit ist, die Schulden der Neuen Heimat in Höhe von 2 Milliarden DM zu übernehmen?

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Hardt (CDU): Hört, hört!)

Statt nacheilendem Gehorsam und liebedienlicher Verbeugung vor falsch verstandener Gewerkschaftssolidarität wäre es besser gewesen, den Wissenschafts- und Forschungsetat auszubauen. Es ist eine Schande, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß nicht genügend Wissenschaftler eingestellt werden, daß das Forschungsgerät im Lande Nordrhein-Westfalen veraltet, daß Studenten aus Aachen gegen die Schwächung einer der renommiertesten deutschen Hochschulen protestieren müssen.

Was ist das für ein Ministerpräsident, in dessen Kabinett der eine Minister, nämlich Jochimsen, erklärt, das Land werde ZIM allein finanzieren - sicherlich in dem richtigen Bewußtsein, daß seine unpräzisen Vorstellungen, die er uns als ZIM vorgestellt hat, wohl kaum ein ausgereiftes Modernisierungsprogramm für das Land darstellen -, während der Finanzminister zur gleichen Zeit feststellt,

(Dr. Rohde (F.D.P.))

- (A) mit ihm sei dieser Finanzierungsvorschlag nicht einmal abgestimmt, und ein früherer Minister erklärt, der zuständige Wirtschaftsminister sei wohl vom Affen gebissen?!

(Heiterkeit bei der CDU - Zurufe: Vom Wahnsinn!)

Was ist das für eine Regierung, die sich in ihrem Finanzbericht als Grundlage der Haushaltsberatungen mit einer dreiviertel Seite begnügt, die wirtschaftliche Situation Nordrhein-Westfalens zu beschreiben? Ein Unternehmen, das seine wirtschaftliche Struktur so ungenügend beschreiben würde, bekäme bei keiner einzigen Bank Kredit.

(Beifall bei der F.D.P.)

Abgestimmt wird in diesem Kabinett offenbar überhaupt nichts. Wenn es keine Zusammenarbeit zwischen Wirtschafts- und Finanzminister für den Haushalt geht, ist es kein Wunder, daß der Haushalt keine Ansätze für eine Politik der Einnahmenerhöhung und der Stärkung der Wirtschaftskraft enthält.

Warum geht, wenn der Wirtschaftsminister in seiner Vorlage für das Zukunftsprogramm Montanregionen zu Recht Vorschläge macht, die Universitäts- und Forschungslandschaft durch neue Forschungsschwerpunkte und Institute auszubauen, die Wissenschaftsministerin in ihrem Strukturplan "Wissenschaft und Forschung" dann den umgekehrten Weg, nämlich bei Universitäten und Fachhochschulen abzuspecken? Warum bedarf es erst des ZIM, den Gedanken, die Hochschulen als Entwicklungsmotoren für das Land zu nutzen, den die Wissenschaftsministerin noch heute konterkariert, in die Überlegungen des Kabinetts überhaupt einzubringen?

(B)

Der frühere Wissenschaftsminister und jetzige Ministerpräsident sollte ihn endlich zur Grundlage des Strukturplans für das Land Nordrhein-Westfalen bezüglich Wissenschaft und Forschung machen.

Aber warum erklärt, wenn der Wirtschaftsminister diese Vorschläge macht, am gleichen Tag der Chef der Staatskanzlei in der Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne", der Leitgedanke für die Entwicklung der Universitäten und Fachhochschulen im Lande sei der der demographischen Entwicklung und des Einsparens von Stellen? Da wird wieder konterkariert.

Herr Ministerpräsident, da muß selbst das Chaos vor der Erschaffung der Welt noch geordnet gewesen sein.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Wie ist es möglich, daß der Finanzminister in einem öffentlichen Brief dem Kultusminister vorwirft, dieser habe die Schüler-Lehrer-Relation unterlaufen, indem er offenbar eigenhändig die Klassenfrequenz so verändert habe, daß in Nordrhein-Westfalen immer mehr Lehrer gebraucht würden? Herr Ministerpräsident, bringen Sie Ihren Laden endlich in Ordnung! Ihre Flucht vor der Verantwortung als Kabinettschef sind wir leid.

(C)

Wenn Herr Schwier sagt, uns fehlten gegenüber anderen Ländern 11 900 Lehrer, gegenüber Baden-Württemberg sogar 18 000 Lehrer, und Herr Posser sagt, es bestehe eine Überbesetzung, und wenn Herr Schwier weiter sagt, überall gebe es Unterrichtsausfall - in Mathematik, Physik, Chemie und Technik -, überhaupt weniger Unterricht als in anderen Bundesländern, und Herr Posser und die Mehrheitsfraktion dann sagen, man müsse einfach Lehrer versetzen, so haben wir dazu eine andere Meinung. Sie wissen genau: Durch Versetzung schafft man die Katastrophe des Unterrichtsausfalls nicht ab. Wie wollen wir überhaupt die Zukunft im Lande gewinnen, wenn wir unseren Kindern nicht einen ausreichenden Mathematik- und Physikunterricht erteilen?

Wieso ist es möglich, daß noch am 7. Dezember 1987 der Chef der Staatskanzlei erklären kann, das Kabinett habe in seiner letzten Sitzung einen Beschluß zur aufgabenkritischen Überprüfung des Personalbestandes gefaßt, der allerdings - man muß das nur nachschmecken - noch keinen detaillierten methodischen Ansatz enthalte? Das ist doch eine Mindestforderung für jeden Haushalt.

(D)

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Schon deswegen sollten Sie Ihren Haushalt zurücknehmen.

Aber weiter sagt Leister, die Aufgabenüberprüfung müsse in Zukunft auch ressortübergreifend vorgenommen werden. - Wie rührend! Wenn Sie Ihren ressortübergreifenden Ansatz zur Stellenüberprüfung erst im Frühjahr 1988 klären wollen, warum haben Sie dann diesen Haushalt 1988 jetzt überhaupt vorgelegt?

Aber der Chef dieser Staatskanzlei hört gar nicht auf nachzudenken. Er fährt weiter fort, man müsse in Zukunft möglicherweise dazu kommen, einige Aufgaben einzuschränken oder zu vernachlässigen. Inwieweit allerdings eine aufgabenkritische Überprüfung mit einer finanzpolitischen Vorgabe vorgenommen werden solle, bedürfe noch - man muß das nachhören - einer intensiven und auf den

(Dr. Rohde (F.D.P.))

- (A) Einzelfall bezogenen Überprüfung, die im ersten Schritt im Zuge der Aufstellung des Haushalts 1989 vorgenommen würde. Herr Ministerpräsident, wissen Sie eigentlich, was in Ihrem eigenen Ressort passiert? Sie sollten sich einmal um Ihre Hausaufgaben kümmern.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Wir fragen weiter: Wieso wird eigentlich erst durch regionale Projektvorschläge entdeckt, daß der Flächenmangel im Land Nordrhein-Westfalen erheblich ist? Das ist bisher immer gelehrt worden, wenn wir darauf hingewiesen haben. Was ist das eigentlich für eine Organisation in Ihrer Staatskanzlei, die erst durch Programme wie ZIM auf die Idee kommt, daß es Flächenmangel im Land Nordrhein-Westfalen gibt! Und warum gibt es nicht schon längst eine Anzeigenserie, in der gesagt wird - gewandt an die Unternehmen in den anderen Bundesländern -: Kommen Sie zu uns; hier gibt es Grundstücke; hier gibt es Flächen für die Industrieansiedlung; hier ist die Entsorgung gesichert; hier können Sie in drei Monaten mit der Genehmigung für die Inanspruchnahme von Luft, Boden oder Wasser rechnen; hier gibt es vor allem eine Anlaufstelle für alle diejenigen, die investieren wollen!

Deswegen, Herr Ministerpräsident: Mit wirklicher Leistung zu werben ist etwas anderes, als nur schöne Worte zu machen. Sie gehen auf die Unternehmer im Lande nicht einmal zu. Im Gegenteil: Hier in Nordrhein-Westfalen werden Unternehmer an den Pranger gestellt. Sie werden auf Steckbriefen tot oder lebendig gesucht und der Menschenverachtung bezichtigt. So gewinnt man keine Freunde. So werden nur Investoren verschreckt.

(B)

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Sie, verehrte Kollegen von der SPD, können nur schimpfen und jammern. Schuldig sind immer andere: der böse Bund, die böse EG, die bösen Niedersachsen, für Sie möglicherweise zur Abwechslung auch die bösen Bayern. Deswegen sage ich: Wer anderen ständig Vorwürfe macht, lenkt nur von seiner eigenen Unfähigkeit ab, seiner eigenen Verantwortung nachzukommen.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU - Trinius (SPD): Das trifft auch auf Sie zu!)

In Ihrer Rede zur Haushaltseinbringung, Herr Finanzminister, haben Sie ausgeführt, die Haushaltsprobleme würden uns durch ungünstige Rahmenbedingungen aufgenötigt. Trotz der ersten Stufe der Steuerreform wird

- Nordrhein-Westfalen in diesem Jahr 46 Milliarden DM an Steuern einnehmen, die veranschlagt worden sind. Das sind 2,8 Milliarden DM mehr als 1986, ist also eine Mehreinnahme von fast 3 Milliarden DM, aufgenötigt durch "ungünstige" Rahmenbedingungen. (C)

Herr Finanzminister, ich habe Ihnen verschiedentlich zugesichert und tue es heute noch einmal, alles zu tun, daß Bonn seine Verpflichtungen gegenüber Nordrhein-Westfalen erfüllt. Aber hören Sie endlich auf, kurz vor Ende Ihrer Dienstfahrt noch solche Dolchstoßlegenden zu fabrizieren!

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Sagen Sie einmal Ihren Kollegen im Kabinett: Für gute Programme, die das Land nach vorne bringen, gibt es auch Gelder aus Bonn. CDU und F.D.P. sorgen schon dafür,

(Lachen bei der SPD - Dr. Dammeyer (SPD): Ach du liebe Zeit! - Weitere Zurufe von der SPD)

ebenso, wie sie in der letzten Woche für die Kohle gesorgt haben

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Stüber (SPD): Das wollten sie doch gar nicht. - Dr. Farthmann (SPD): Dazu haben Sie doch am allerwenigsten beigetragen!)

- und ebenso, wie sie für den Stahl sorgen werden. (D)

(Weiterer Zuruf des Abg. Dr. Farthmann (SPD))

- Herr Farthmann, das müssen Sie sich doch einmal sagen lassen: Nordrhein-Westfalen durchlebt nicht seine erste Krise; das ist schon die dritte oder vierte Krise.

(Erneut Zurufe von der SPD)

Wir haben, meine Damen und Herren von der SPD, als wir noch zusammen regiert haben, wenigstens dafür gesorgt, daß es eine gemeinsame Kraftanstrengung gegeben hat, zum Beispiel beim NWP 1970 oder 1975!

(Zuruf des Abg. Dr. Dammeyer (SPD))

Bei Ihnen erleben wir doch nur totale Desorganisation - in der Fraktion und im Kabinett,

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

das nicht geführt wird, in dem es keine Leadership gibt, nur - ich wiederhole es -

(Dr. Rohde (F.D.P.))

(A) totale Desorganisation im politischen Management.

(Zuruf des Abg. Dr. Dammeyer (SPD)  
- Weitere Zurufe von der SPD)

Das beweist natürlich auch dieser Haushalt:

(Zuruf von der CDU: Ein Chaos!)

Business as usual. Die alten Ansätze werden fortgeführt, total phantasielos, ratlos und mutlos. So gibt es keine neue Politik!

Für eine neue Politik der Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Wettbewerbsfähigkeit der nordrhein-westfälischen Wirtschaft bekommen Sie unsere Zustimmung, nicht aber für eine Politik, die dem Lande nicht hilft, die das Land weiter abwirtschaftet, anstatt es aufzuwirtschaften.

Deswegen sind wir der Meinung: Dieser Haushalt 1988 muß zurückgenommen werden. Machen Sie einen neuen Haushalt! Dieser Haushalt ist das Papier nicht wert, auf dem er gedruckt ist.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter.

Ich rufe nunmehr das Schwerpunktthema

(B) Generaldebatte - einschließlich Etat Haupt-  
ausschuß

auf.

Vorweg noch zur Klarstellung: Daß der Antrag der Fraktion der F.D.P. auf Rücknahme des Haushaltsentwurfs 1988 Drucksache 10/2443 in die Debatte einbezogen ist, versteht sich natürlich von selbst.

Das Wort hat nun Herr Abg. Trinius von der Fraktion der SPD. Bitte sehr, Herr Kollege!

Trinius (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die F.D.P. hat heute ein tolles Kunststück fertiggebracht: Eigentlich ist es das Erstgeburtsrecht der stärksten Oppositionsfraktion, die Haushaltsdebatte im Landtag zu eröffnen. Sie, meine Damen und Herren von der CDU, haben sich dieses Erstgeburtsrecht von der F.D.P. abluchsen lassen - wie seinerzeit Jakob dem Esau das Erstgeburtsrecht weggenommen hat.

(Lachen und Zurufe bei der CDU)

Dies geschah für das "Linsengericht", das eben Herr Kollege Rohde vorgetragen hat. (C)

(Kniola (SPD): So ist es! - Weitere zustimmende Zurufe von der SPD - Widerspruch bei der CDU)

Da muß man einmal darauf hinweisen, daß der Haushalt für das Land Nordrhein-Westfalen im September dieses Jahres eingebracht worden ist. Im Plenum hat eine erste Lesung stattgefunden; dann ist dieser Haushaltsplan-Gesetzentwurf einstimmig an die zuständigen Fachausschüsse überwiesen worden. Als das passiert war, besann sich die F.D.P. eines anderen und beschloß am 6. Oktober 1987, im Landtag einen Antrag einzubringen, die Landesregierung möge diesen Haushaltsplan zurückziehen. - Das konnten Sie zu diesem Zeitpunkt gar nicht mehr. Aber Sie haben mit diesem Antrag erreicht, daß Sie - anstatt der CDU - als erste das Wort bei der Erörterung dieses Haushalts erhielten.

Herr Kollege Dr. Rohde, eines hat mich bei Ihren Äußerungen wirklich verblüfft; das war Ihre Bemerkung im Zusammenhang mit Kohle und Stahl. Ich habe darüber gestaunt, wie Sie dem Landtag mit lauter, anscheinend überzeugungsvoller Stimme verkünden wollten, so, wie Sie die Probleme bei der Kohle gelöst hätten, würden Sie von der F.D.P. auch die Probleme beim Stahl lösen.

Haben Sie denn vergessen, Herr Kollege Rohde, wie Ihr Antrag in der letzten Debatte lautete? - Ihr Antrag zum Stahl lautete, der Landtag möge beschließen: Der Landtag begrüßt die Entscheidungen der Unternehmensleitung von Krupp, Rheinhausen plattzumachen. (D)

(Kniola (SPD): So ist es! - Beifall der SPD)

Das genau war Ihr Antrag.

(Kniola (SPD): Ja, genauso!)

Mit Mühe nur hat die CDU dann wohl bei Ihnen eine etwas mildere Formulierung herausarbeiten können, die lautete: Falls es am Ende nicht anders laufen sollte, müßte dies und jenes in Erwägung gezogen werden.

Erstaunt haben mich auch zwei weitere Bemerkungen, die Sie hier haben einfließen lassen; einmal war dies Ihre Bemerkung über die Lehrer, zum andern die über die Hochschulen.

(Schauerte (CDU): Das stimmt doch gar nicht!)

(Trinius (SPD))

- (A) - Das stimmt alles. - Wenn der Finanzminister darauf hinweist, daß das Land Nordrhein-Westfalen bei der Versorgung der Sechs- bis Zwanzigjährigen - das sind nämlich diejenigen, die schulpflichtig sind oder noch zur Schule gehen -

(Schauerte (CDU): Der Sechs- bis Zwanzigjährigen!)

an vierter Stelle unter den Bundesländern liegt, vielleicht sogar an dritter Stelle, dann halte ich das für eine ganz wichtige Aussage; sie macht nämlich deutlich, daß das schulische Angebot in Nordrhein-Westfalen dichter und damit besser ist als in anderen Ländern der Bundesrepublik.

(Beifall bei der SPD)

Das zeigt ebenso, daß wir durchgängig - was andere Länder noch nicht haben - über ein 10. Schuljahr als Pflichtschuljahr verfügen, daß wir sehr häufig an den Berufsschulen Vollzeitbildungsgänge anbieten; es zeigt auch, daß diese Angebote angenommen werden.

Zu den Hochschulen sagen Sie, wir hätten jetzt erst den Zusammenhang zwischen Forschung und Wissenschaft auf der einen und wirtschaftlicher Entwicklung auf der anderen Seite entdeckt. Herr Kollege Dr. Rohde, dazu kann ich Ihnen nur empfehlen: Unterhalten Sie sich einmal mit Ihrem früheren Landtagskollegen Reinhard Roericht, der einer der Initiatoren des Aachener Technologietransfer-Zentrums gewesen ist, eines sehr erfolgreichen Unternehmens, das seit mindestens acht Jahren blüht, wächst und gedeiht. - So ist das nicht nur in Aachen, so ist das an den Hochschulen im Ruhrgebiet; da gibt es zum Beispiel einen Technologiepark in Dortmund. Das gilt für viele, viele andere Hochschulen.

(B)

(Zuruf des Abg. Dr. Rohde (F.D.P.))

Ich wundere mich, daß Sie noch nicht einmal die Leistungen Ihres früheren Landtagskollegen von der F.D.P. zur Kenntnis nehmen. Das alles spielt bei Ihnen gar keine Rolle mehr.

Es kommt Ihnen nur darauf an, hier anzuklagen, wir stellten uns den Problemen zu spät - dazu will ich gleich noch etwas sagen - und völlig unzureichend oder konzeptionslos.

Und dann in diesem Zusammenhang die letzte Bemerkung zu den Hochschulen! Die Hochschulpolitik wird von zwei Zielsetzungen getragen: Auf der einen Seite wollen wir dort, wo wir erkennbar bei den Studentenzahlen langfristig

Rückgänge haben werden, konzentrieren. Das ist auch richtig, damit die Qualität dieses Angebots erhalten bleibt. Auf der anderen Seite - und das dürfen Sie nicht leugnen - stärken und fördern wir Spitzenforschung, Grundlagenforschung und anwendungsorientierte Forschung.

(C)

Sie fragen nach der Wettbewerbsmöglichkeit im Hinblick auf andere Bundesländer. Da will ich Ihnen ein Beispiel nennen: Die kleine Fachhochschule Lippe in Lemgo bietet einen Lebensmitteltechnologie-Studiengang an, mit dem sie mit den Universitäten Berlin und München konkurrieren kann. Spitze ist das!

In Ihrem Antrag bedauern Sie, daß der Finanzminister in seinem Finanzbericht so deutlich auf die Einnahmenentwicklung hingewiesen hat, die dem Land Nordrhein-Westfalen und seinen Gemeinden bevorsteht. Offensichtlich haben die Hinweise, welche Wirkung die steuerpolitischen Beschlüsse der Bundesregierung für 1988 und die folgenden Jahre und welche Wirkung die steuerpolitischen Absichten Ihrer Koalition in Bonn für die Zeit ab 1990 haben werden, Ihnen wehgetan. Deswegen lassen Sie mich das ruhig in Erinnerung rufen:

Das Land Nordrhein-Westfalen verliert durch die bisherigen Beschlüsse allein im Jahre 1988 3 Milliarden DM. Bis 1990 werden sich diese Beschlüsse mit 3,7 Milliarden DM auswirken. Dabei ist noch nicht eingerechnet, was an Einnahmeverlusten durch die steuerpolitischen Absichten entsteht, die Sie für 1990 angekündigt haben.

(D)

Ähnlich stellt sich die Situation für die Gemeinden dar. Da betragen die Werte für das kommende Jahr 2,4 Milliarden DM und rund 2,9 Milliarden DM für das Jahr 1990 und die folgenden Jahre. Darin sind noch nicht die Auswirkungen der steuerpolitischen Absichten eingerechnet, die für 1990 zu verwirklichen Sie sich vorgenommen haben.

Ich halte es für erforderlich, daß der Finanzminister auf solche Dinge hinweist. Anders darf er auch gar nicht verfahren; denn wir müssen die Auswirkungen dieser Beschlüsse kennen. Wir sind auch nicht die einzigen, die darauf hinweisen.

Die Finanzministerin von Niedersachsen hat sich die Auswirkungen der steuerpolitischen Beschlüsse der Bonner Koalition bis 1990 vorrechnen lassen. Daraufhin hat sie festgestellt, es sei völlig unmöglich, die steuerpolitischen Beschlüsse, die Sie "Steuerreform" nennen, 1990 in einem Zuge zu verwirklichen. Sie hat dann dem niedersächsischen Landtag

(Trinius (SPD))

- (A) eine geschönte Finanzplanung vorgelegt, in der sie die Steuerreform in zwei Teile zerlegt hat: in einen Teil für 1990 und einen zweiten Teil für 1992. Das hat sie getan, weil sie es anders in Verantwortung für ihr Land Niedersachsen überhaupt nicht darstellen konnte.

Was dann geschehen ist, wissen Sie selbst. Man hat einen Finanzausgleich mit dem Land Niedersachsen ausgehandelt, der das Land Niedersachsen verfassungswidrig begünstigt - mit der Folge, daß das Land Niedersachsen seinen Einspruch gegen die steuerpolitischen Absichten der Bundesregierung zurückgezogen hat.

Herr Kollege Rohde, Sie sagten, das Land Nordrhein-Westfalen biete günstige Voraussetzungen. Ich kann das nur unterstreichen. Lassen Sie mich dabei an ein paar Punkte erinnern. Mich wundert, daß Sie das so spät sagen. Wir sagen das seit langem.

Zum Standort Nordrhein-Westfalen ein paar Hinweise! Wie die Industrie- und Handelskammer von Aachen bescheinigt, gehören Aachen und Jülich zu den sieben Regionen der Welt mit dem größten Anteil an Wissenschaftlern in der Region. Eine von sieben Spitzenregionen der Welt! Das Ruhrgebiet ist anerkanntermaßen die dichteste Hochschullandschaft in Westeuropa. Dies alles sind doch wohl Leistungen, die das Land erbracht hat. Auf dieser Grundlage bauen wir auf.

- (B) Die Qualifikation der Arbeitskräfte an Rhein und Ruhr ist höher als in anderen Regionen der Bundesrepublik. Der Geschäftsführer der Einrichtung ZENIT in Mülheim, der Ihnen ja sehr nahe steht, hebt als weiteren Standortvorteil von Nordrhein-Westfalen die Einstellung der Arbeiterschaft im Revier hervor. Diese Arbeiterschaft hat gelernt - eine Erfahrung von Untertage -, daß die Verlässlichkeit zwischen Menschen das Entscheidende ist. Hinzu kommt, daß man sich auf das Produkt ebenso wie auf die Wartung verlassen können muß. Mit dem Blick auf Rheinhausen füge ich hinzu: Ebenso erwartet die Arbeitnehmerschaft an Rhein und Ruhr, daß man sich auf das Wort eines Unternehmers verlassen können muß, daß eine geschlossene Vereinbarung gilt.

Wenn der eine oder andere - wie etwa Graf Lambsdorff - meint, man müsse nun gegen diese Proteste und Demonstrationen in Rheinhausen in besonderer Weise einschreiten, dann kann ich nur sagen: Der Protest in Rheinhausen rührt wesentlich von der Erfahrung der Kumpel her, daß hier die Vereinbarung gebrochen, daß hier das Wort, das

ihnen gegeben worden ist, nicht eingehalten worden ist. (C)

(Beifall bei der SPD)

Wenn das ein entscheidender Grund für den Protest und die Demonstrationen ist, dann ist dieser Protest zugleich Ausweis für die hohe Verlässlichkeit dieser Bergarbeiter und dieser Stahlarbeiter in unserer Region.

Lassen Sie mich ein paar weitere Bemerkungen zur Infrastruktur machen! Den Städtebau will ich nur am Rande streifen. Aber eines kann man sagen: Unsere Innenstädte von Gelsenkirchen bis Wünnenberg - oder Sie können auch westfälische Städte im Münsterland nehmen - sind schöner geworden, und man kann darin besser leben als vor 10 oder 15 Jahren.

(Beifall bei der SPD)

Sie sprachen dann weiter an, daß Boden zur Verfügung gestellt werden müsse. Ist Ihnen denn unbekannt geblieben, daß wir einen Grundstücksfonds Ruhr mit 500 Millionen DM geschaffen haben, daß wir damit Industriebrachen für neue Industrieansiedlungen bereitgestellt haben und daß diese bereitgestellten 500 Millionen DM fast vollständig - bis auf einen kleinen Rest - ausgegeben sind?

Ist Ihnen denn entgangen, daß wir daneben einen Bodenfonds haben, der für alle anderen Regionen des Landes, wo erforderlich, gilt, der dort Verwendung finden kann und bei dem es im nächsten Jahr einen Bewilligungsrahmen von - ich meine - etwa 60 Millionen DM geben kann? (D)

Entgeht Ihnen, daß wir Politik nicht nur im Ruhrgebiet treiben, sondern daß wir damit auch Maßnahmen etwa in der Region Minden getroffen haben?

Spielt bei Ihren Überlegungen keine Rolle, daß wir inzwischen ein ziemlich dichtes S-Bahn-System haben, für das allein das Land Nordrhein-Westfalen bisher mindestens 1,6 Milliarden DM ausgegeben hat und daß dieses S-Bahn-System fortgeführt werden soll?

Und nehmen Sie nicht das vorhandene Straßennetz mit in den Blick und auch die Entschlüsse, die Kommunen getroffen haben mit der Folge - das hat dann wieder mit dem Stadtfeld zu tun -, daß etwa die vier- bis sechsstufige Baumallee in Dortmund auf dem Westfalendamm erhalten geblieben ist und daß wir hier Verkehrsbedürfnisse auf der einen

(Trinius (SPD))

- (A) Seite und Bewohnbarkeit unserer Städte auf der anderen Seite abwägen und miteinander zum Ausgleich bringen?

Herr Kollege Dr. Rohde, schlagen nicht auch Sie gelegentlich am Donnerstag oder Freitag die Zeitschrift "Die Zeit" auf und schauen nach, was es an Angeboten in Galerien, an Angeboten in Theatern, Opern, Orchestern und in den Museen gibt? Fällt Ihnen da nicht auf, welcher hohen Anteil die Städte und Gemeinden unseres Landes haben, und zwar nicht nur die großen, sondern auch die kleinen? Meinen Sie nicht mit uns, daß wir hier eine der dichtesten und interessantesten Kulturlandschaften auch der Bundesrepublik haben?

(Zustimmung bei der SPD)

Und das ist doch nicht alles einfach von allein gekommen. Sicher steckt darin auch viel Privatinitiative, sicher steckt darin viel kommunalpolitische Initiative; aber sicher steckt darin auch viel Förderung durch das Land.

Sie fragen nach Schwerpunkten. Sie sagen, das Land sei nicht in der Lage, nachrangige Aufgabengebiete festzulegen, das Land sei nicht in der Lage, Schwerpunkte zu setzen. Ich will Ihnen zwei Beispiele nennen, wo wir erklärt haben, wir hielten dies für nachrangig gewordene Aufgaben. Und ich will Ihnen zwei Gebiete nennen, wo wir Schwerpunkte setzen.

- (B) Das eine: Wir gehen davon aus, daß beim Mietwohnungsbau der Markt im wesentlichen gesättigt ist. Wir wissen: Es gibt noch Bedarf an Wohnraum für Familien mit Kindern. Das sind deutliche Akzentsetzungen in unserem Haushalt. Sie können es auch im Finanzbericht nachlesen.

Wir wissen, daß wir beim Straßenbau weitgehend eine Bedarfsättigung haben - ich hoffe, daß Sie diese Auffassung teilen - und daß wir Bedarf nur noch bei Umgehungsstraßen, bei der Wohnberuhigung und beim Radwegbau haben. Das ist der wesentliche Bedarf. Es mag noch die eine oder andere Stelle geben, wo wir einen sogenannten Lückenschluß herbeiführen müssen.

Dann will ich Ihnen zwei Schwerpunkte nennen, weil Sie bestreiten, daß wir in der Lage seien, Schwerpunkte zu setzen.

Der erste Schwerpunkt: Der Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft hat ein Programm vorgestellt, daß künftig industrielle Abfälle, die in Nordrhein-Westfalen entstehen, auch in Nordrhein-

Westfalen entsorgt werden sollen. Es wird von Nordrhein-Westfalen aus keinen weiteren Mülltourismus geben. Jeder weiß, daß für eine Standortentscheidung eines Unternehmens die Frage: "Was machen wir anschließend mit unseren Abfällen, mit unserem Sondermüll?" ganz entscheidend ist. Ich sage Ihnen: Wenn es uns gelingt, dieses Programm, wie es Klaus Matthiesen vorgestellt hat, durchzuführen und durchzusetzen, werden wir gegenüber anderen Ländern einen ganz entscheidenden Standortvorteil errungen haben, und dann treten wir gern in den Wettbewerb zwischen Süd und Nord ein.

Sie brauchen auch nur einmal in den "Rheinischen Merkur" zu sehen. Dort wurde vor ein paar Wochen über die Umwelttechnikpolitik in Nordrhein-Westfalen geschrieben. Da kommt der "Rheinische Merkur" interessanterweise zu dem Ergebnis, Herr Dr. Rohde: "In Sachen Umweltpolitik und Umwelttechnologien ist Nordrhein-Westfalen, gemessen an den Zahlen, ein Riese und Baden-Württemberg ein Zwerg." Ich halte das für eine ganz entscheidende Zukunftsvorsorge, die wir treffen, und ich glaube auch, daß in absehbarer Zeit die Leute aus Baden-Württemberg und anderen Ländern hierher kommen werden, um sich anzusehen, was hier geschaffen worden ist, so wie das gegenwärtig schon mit dem Steinkohlekraftwerk Ibbenbüren geschieht.

Das heißt: Wir sind in der Lage - aufbauend im übrigen auf dem hohen Umweltbewußsein an Rhein und Ruhr schon in den zwanziger Jahren -, hier nicht nur neue Schwerpunkte zu setzen, sondern an die Spitze der Technologien nicht nur in der Bundesrepublik, sondern auch, wie ich glaube, europaweit zu kommen.

Das Zweite, das man in diesem Zusammenhang nennen muß, ist in der Tat die Zukunftsinitiative Montanregionen. Hier handelt es sich um vorsorgende, vorausschauende Strukturpolitik. Und wenn irgend jemand umsteuern muß, Herr Kollege Dr. Rohde, dann ist es nicht die Landesregierung, sondern dann ist es die F.D.P. in diesem Lande,

(Zustimmung bei der SPD)

die gegenüber Bonn und gegenüber Herrn Bangemann erklärt hat, eine Förderung dieses Zukunftsinvestitionsprogramms Montanregionen käme gar nicht in Frage, die hier Ausflüchte sucht, um nicht in die Verbindlichkeit hineinzukommen, um sich nicht binden und verpflichten zu müssen. Nicht wir, sondern Sie müssen da umsteuern, und ich glaube, das müßte Ihnen mittlerweile auch ein bißchen leichterfallen. Da gibt es nämlich den Kollegen

(C)

(D)

(Trinius (SPD))

- (A) Tschoeltsch, der zusammen mit der Kollegin Thoben gesagt hat, der Gesetzentwurf, den die Landesregierung in Bonn im Bundesrat eingebracht hat, sei eine Maßnahme zur Umsetzung des einstimmigen Landtagsbeschlusses vom 25. März dieses Jahres. Das heißt: Auch in Ihrer Fraktion gibt es Kräfte, die dieses Zukunftsinvestitionsprogramm Montanregionen für sinnvoll, für gut, für erforderlich und als für sofort umzusetzen ansehen. Und dazu sollten Sie dann auch stehen.

Dann beklagen Sie sich, daß wir über Bonn klagten. Ich will über Bonn hier überhaupt nicht klagen. Das, was die tun, ist so offenkundig - die Taten sprechen da ihr Urteil selbst -

(Zuruf von der F.D.P.: In der Tat!)

daß mir dazu nichts weiter mehr zu sagen bleibt.

(Zurufe von CDU und F.D.P.)

- Wenn Sie es denn hören wollen, will ich Ihnen die Taten noch einmal darstellen.

Da gibt es ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts, in dem es zum Verfahren heißt, es gehe nicht an, daß man sich untereinander unter Umgehung der Organe, unter Ausschließung einer Reihe von Ländern zusammensetzt, um einen Kompromiß "auszukungeln". Jeder Kompromiß habe sich an den Normen des Grundgesetzes zu orientieren. - Das ist das eine, das darin steht.

(B)

Dann sind die Normen im einzelnen festgelegt worden.

Nun will ich Ihnen sagen, was geschehen ist. Man hat das Land Niedersachsen gefragt: Wieviel habt ihr eigentlich eingenommen? Und Niedersachsen hat geantwortet, es habe etwa 3,2 Milliarden DM an Förderabgabe eingenommen. Das war die Ist-Abrechnung der Jahre 1985/86.

Dann hat man gesagt: Dann könnt ihr ja kaum etwas bekommen. Und die Niedersachsen wiederum haben gesagt: Das ist ja das Schlimme. Da hat die Bonner Bundesregierung ihnen angeboten, mitzuteilen, mit wieviel sie denn gerechnet, was sie denn geschätzt hätten. Die Antwort war: Wir hatten eigentlich angenommen, daß wir 1,2 Milliarden DM bei der Förderabgabe weniger hereinbekämen.

Daraufhin hat man gesagt: Na gut, dann nehmen wir nicht die Ist-Einnahme - die vergessen wir einmal -, dann nehmen wir einmal den Wert, den ihr eingenommen zu haben behauptet.

- Dann hat man das Umgekehrte getan und gefragt: Wieviel habt ihr denn im Finanzausgleich erhalten? Die Niedersachsen haben dann den Wert mitgeteilt; es waren 1,6 Milliarden DM. In Bonn wog man den Kopf bedenklich hin und her und stellte fest, das sei auch reichlich happig und eigentlich zuviel gewesen. (C)

Dann hat man gefragt: Wieviel hätte euch denn zugestanden, wenn wir euch so behandelt hätten, wie es das Bundesverfassungsgericht vorgeschrieben hat? Und die Niedersachsen gaben die Antwort: Dann hätten wir eine halbe Milliarde DM weniger bekommen. Daraufhin erklärt die Bundesregierung: Dann verfahren wir doch bitte so, als wäret ihr behandelt worden, wie es dem Gesetz und dem bundesverfassungsgerichtlichen Urteil entspricht.

Das Entsprechende hat man bei Nordrhein-Westfalen getan. Man hat gefragt, wieviel das Land denn vom Bund bekommen habe, und festgestellt, daß es 90 Millionen DM waren. Die Antwort: Dann müßte Nordrhein-Westfalen ja mehr erhalten, als wir ihm eigentlich zugestehen wollen. Dann ist man auf den Dreh gekommen, Nordrhein-Westfalen als Einnahme anzurechnen, was uns zugestanden hätte, wenn sich der Bundesgesetzgeber an Recht und Ordnung gehalten hätte.

Deswegen sage ich: Darüber fälle ich kein Urteil mehr; diese Taten sprechen ihr Urteil selbst.

(D)

(Zustimmung bei der SPD)

Zur Kohle! Ich glaube, wir können feststellen: Die Kohlepolitik war und bleibt in ihren Grundzügen richtig. Wir sind in der Kohlepolitik jetzt diesen schweren Weg durch den Engpaß gegangen - ich möchte es einen Flaschenhals nennen -, wozu die IG-Bergbau und Energie sagt, es sei kein Sieg, aber es sei auch keine Niederlage, es sei ein Kompromiß, den zu vertreten auch für sie noch sehr, sehr schwierig sein werde. Aber die IGBE bekennt sich dazu.

Wenn wir von der Kohle reden, sollten wir auch erwähnen: Die Fördertechnik und die Sicherheitstechnik in Nordrhein-Westfalen stellen Weltspitze dar.

Lassen Sie mich noch ein Wort zur Finanzierung sagen: Es ist ständig die Rede davon, daß der Bund zwei Drittel und das Land Nordrhein-Westfalen ein Drittel trage. Die Rechnung ist nur dann richtig, wenn man die Vereinbarung zugrunde legt und sich nicht die Zahlen ansieht. Wer die Zahlen heranzieht

(Trinius (SPD))

- (A) und berücksichtigt, was ausschließlich der Bund an Einnahmen hat, um die Kohle mitfinanzieren zu können, kommt von dem baren Zuschuß, den das Land und den der Bund gewährt haben, zu einem völlig anderen Verhältnis. Dann trägt das Land nämlich nicht ein Drittel der Kohlefinanzierung, sondern drei Fünftel; der Bund trägt nicht zwei Drittel, sondern lediglich zwei Fünftel.

Meine Damen und Herren von der CDU und von der F.D.P., ich meine, das müßte auch Ihnen zu denken geben. Alle Zahlen hat Ihnen der Finanzminister auf den Tisch gelegt. Meine Damen und Herren von der F.D.P., Sie müssen, so meine ich, auch in diesem Punkte umsteuern, und sie verkennen die Möglichkeiten und Notwendigkeiten des Landes, wenn sie ein Umsteuern von uns verlangen.

Die CDU will ich gern an ihren Antrag aus der 8. oder 9. Legislaturperiode erinnern, in dem sie meinte, der Bund habe die Kosten der nationalen Kohlepolitik selbst, und zwar zu hundert Prozent, zu finanzieren.

(Dr. Pohl (CDU): In den 9. Wahlperiode war das! 1981!)

- Gut!

- (B) Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang noch eine Bemerkung zum Stahl machen! Es ist doch ganz offenkundig, daß es ein volks- und weltwirtschaftlicher Unfug sondergleichen ist, am anerkanntermaßen besten Stahlstandort Europas Stahlerzeugung höchster Qualität einfach vor die Hunde gehen zu lassen. Das kann doch wohl nicht wahr sein! Deswegen kann ich der F.D.P. nur sagen: Sie haben da einen dringenden Bedarf zur Umsteuerung, und Sie sollten das so schnell wie möglich tun.

Presseorganen wie etwa der "Süddeutschen Zeitung" kann man entnehmen: "Keine klassische Industrieregion in der Welt ist mit der Umstrukturierung besser fertig geworden als Nordrhein-Westfalen." - Dort kann man auch lesen: "Keine andere Industrieregion hat bessere Chancen, diese Umstrukturierung auch erfolgreich fortzusetzen."

Nur, meine Damen und Herren: Den Dollarkurs bestimmen wir nicht in Düsseldorf, den Dollarkurs bestimmen Sie auch nicht in Bonn.

(Schauerte (CDU): Eine völlig neue Erkenntnis!)

Aber daß ein um 10 Pfennig sinkender Dollarkurs das Land Nordrhein-Westfalen allein einen zusätzlichen Zuschußbedarf von 60 Mil-

liarden DM kostet, ist auch Ihnen bekannt, und dies allein bei der Kokskohlenbeihilfe. (C)

(Widerspruch bei der CDU)

- Von 60 Millionen DM! Entschuldigung, Herr Dr. Linssen! - Und Sie wissen, welchen Stand der Dollar hat.

Wir treten gegenüber Bonn nicht als Bittsteller auf, die etwa Wohltaten erhalten wollten. Vielmehr ist, wie ich glaube, eines klar geworden: Wir verlangen von Bonn unser Recht, wir verlangen von Bonn Gleichbehandlung, wie sie auch im Planungsausschuß beschlossen worden ist. Und wir verlangen allerdings unser Recht voll.

(Zustimmung bei der SPD)

Ich will Ihnen dazu ergänzend sagen:

Sie sollten auch in Erinnerung behalten, daß Sie in Ihrem Antrag, den Sie von der F.D.P. und der CDU in der vorigen Sitzung eingebracht haben, erklärt haben, Sie hielten es für eine grundgesetzliche Pflicht des Bundes, dem Land Nordrhein-Westfalen gemäß Artikel 104 a Abs. 4 Finanzausweisungen zu gewähren.

Ich erinnere Sie daran. Denn damit kommen wir zu dem entscheidenden Punkt Ihres Antrags unter Ziffer 6. Dort haben Sie von der F.D.P. formuliert: "Nach dem Fälligkeitsprinzip dürfen nur solche Einnahmen in einen Haushalt eingestellt werden, die effektiv zu erwarten sind. Für die Gewährung der Bundeshilfen für die "Zukunftsinitiative Montanregionen" gibt es bislang auf Bundesseite weder eine rechtliche Grundlage noch eine verbindliche Zusage." (D)

(Schauerte (CDU): Das sagte auch schon der Finanzminister!)

Ich erinnere Sie daran, daß wir die Entschließung im März gemeinsam gefaßt haben. Ich erinnere Sie daran, daß in diesem Sommer alle drei Sprecher aus dem wirtschaftspolitischen Ausschuß den Gesetzesantrag des Landes Nordrhein-Westfalen im Bundesrat begrüßt und darin eine Verwirklichung des gemeinsamen Beschlusses des Landtags gesehen haben.

Der Antrag, meine Damen und Herren der F.D.P., ist vom 6. Oktober. Im Laufe des Oktobers hat die Bundesregierung in der Tat zu unserem Antrag auf Finanzausweisungen des Bundes in einer Größenordnung von zwei Dritteln jeweils von 500 Millionen DM Stellung genommen. Die Bundesregierung hat eine ablehnende Stellungnahme abgegeben.

(Trinius (SPD))

- (A) Aber der Gesetzentwurf ist in der Beratung. Ich glaube, wir können von Ihnen - von der CDU und der F.D.P. - erwarten, daß Sie dem Land und dem Landtag erklären, daß Sie alles in ihren Kräften stehende tun werden, damit dieser in der Beratung befindliche Gesetzentwurf vom Bundesrat positiv beraten und verabschiedet wird. Diese Zusage können Sie geben. Sie müssen sie um so mehr geben, als Sie in Ihrem eigenen Antrag gesagt haben, die Bundesregierung stehe da in einer grundgesetzlichen Pflicht gegenüber dem Land Nordrhein-Westfalen.

Alles andere, meine Damen und Herren von der CDU und der F.D.P., wären Ausweichmanöver, mit denen Sie einen Vorwand finden wollen, um nicht in Bonn im Interesse unseres Landes Nordrhein-Westfalen tätig zu werden.

Sie alle wissen, daß dieses Programm, dieser Entwurf abgesprochen worden ist: mit den Industrie- und Handelskammern, mit Kommunen, mit Unternehmen. Sie wissen, welche positive Resonanz diese Initiative im Lande, besonders an Rhein und Ruhr, gefunden hat.

Sie sind da mit in der Verpflichtung und mit im Boot. Sie haben ja teilweise selber vor Ort daran mitgewirkt. Deswegen lassen Sie sich daran erinnern!

Binden Sie sich im Interesse dieses Landes für dieses Land! Halten Sie sich daran mit gebunden!

- (B) Lassen Sie mich eine letzte Bemerkung machen, weil in Ihren Reihen so gern von Zukunftsblockaden und Vernachlässigung der Gemeinden gesprochen wird.

Es gibt ein paar unverdächtige Zeugen. Dazu gehört die deutsche Bundesbank. Sie hat darauf hingewiesen, daß die Finanzsituation in den Gemeinden des Bundesgebiets insgesamt so kritisch geworden sei, weil die Zahl besonders der längerfristig Arbeitslosen im ganzen Bundesgebiet so erheblich gestiegen sei; das sei einer der entscheidenden Faktoren für die kommunale Finanzentwicklung.

Die große Zahl von Beschäftigungslosen hängt doch wohl zusammen mit der beschäftigungspolitischen Passivität der Bundesregierung auf der einen Seite

(Weiss (CDU): Natürlich!)

und mit dem Entzug künftiger Einnahmen bei den Gemeinden, die Sie damit zwingen, Steuergeschenke über Defizite zu finanzieren, während es in den Kommunen dringend notwendig wäre, die Einnahmenseite zu stärken,

damit die Kommunen dringend notwendige (C) Zukunftsinvestitionen tätigen können.

(Weiss (CDU): Wie sieht es denn in Baden-Württemberg aus?)

Was Sie gegenwärtig tun, auch in der derzeitigen wirtschaftspolitischen Entwicklung, müßte Ihnen eigentlich Grund genug sein, darüber nachzudenken, ob das, was Sie bisher in der Steuerpolitik und der Wirtschaftspolitik beschlossen haben, nicht dringend einer Korrektur bedarf, damit Sie nicht die Entwicklung der Länder - nicht nur unseres Landes -, der Regionen in unserem Land und unserer Gemeinden für die Zukunft blockieren.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile das Wort Herrn Abg. Schauerte für die Fraktion der CDU.

Schauerte (CDU): Herr Kollege Trinius, ich habe Sie ja immer als einen sehr vernünftigen Kollegen angesehen.

(Westermann (SPD): Das ist er immer noch!)

Aber Sie haben hier gerade ein trauriges Beispiel dafür gegeben, wie man die Augen vor der Wirklichkeit verschließen kann.

(Beifall bei der CDU)

(D) Überall im Land brennt es, und Sie erzählen hier, soweit Sie auf das Land zu sprechen kommen: Hier ist alles gut; wir müssen auch nichts ändern; wir können weitermachen wie bisher. Man könnte es mit der Bemerkung zusammenfassen: Alles grünet und blühet.

(Beifall bei der CDU)

Das ist doch nicht die Wirklichkeit dieses Landes.

(Zuruf von der CDU: Leider nein!)

Sie haben mit keinem einzigen Wort erwähnt, was Sie denn hier tun wollen. Und damit ist der zweite Fehler komplett.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben vielmehr in der zweiten Hälfte Ihrer Rede wieder einmal nur gesagt, was denn wohl andere verkehrt machen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wann wollen wir endlich anfangen, als größtes Land der

(Schauerte (CDU))

- (A) Bundesrepublik Deutschland mit 61 Milliarden DM Haushaltsvolumen zu fragen: Was können wir denn zur Linderung der Not tun; was können wir denn zur Sicherung der Zukunft tun? Nichts von der SPD dazu!

(Beifall bei der CDU)

Dieser Haushalt, dessen Rücknahme wir genauso wie die F.D.P. erbitten - und da geht es nicht um ein Linsengericht, sondern das ist ein kluger Beitrag, weil ungewöhnliche Situationen auch ungewöhnliche Schritte erfordern -

(Beifall bei der CDU)

Ist ein bedrückendes Dokument der Hilflosigkeit dieser Landesregierung.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Er ist ein trauriger Beweis der Unfähigkeit des Ministerpräsidenten und seiner in Konfusion befindlichen Ministerkollegen, auf schwierige Herausforderungen sachgerecht und zukunftsorientiert zu antworten.

Während der laufenden Beratungen ist der Haushalt auch nicht besser geworden. Zwei Ergänzungen liegen vor. ZIM steht immer noch kopf. Die Landesregierung weiß bis heute nicht, wie sie es haushaltsrechtlich handhaben soll. Der Finanzminister beurteilt es anders als der Wirtschaftsminister. Von uns wird Zustimmung zu einem Programm verlangt, dessen Inhalt wir nicht kennen. Auf einmal haben wir zugestimmt, und wir haben sozialdemokratische "Schätzchen" finanziert.

(B)

(Zustimmung bei Abgeordneten der CDU)

Wir möchten sehen, wem wir zustimmen sollen. Kommen Sie mit den Informationen über!

Was ist die Ausgangslage? Die Westdeutsche Landesbank hat es uns geschrieben - Ihr früherer Landtagskollege Friedel Neuber, Sozialdemokrat, ist Chef -: Seit Mitte der 60er Jahre 13 % Defizit im Wachstum, gemessen am Durchschnitt der Bundesrepublik. Was heißt das, 13 % weniger Zuwachs? Darunter kann sich kaum einer etwas vorstellen. Für die Bruttosozialproduktzahlen des Landes Nordrhein-Westfalen bedeutet das: in einem Jahr 67 Milliarden DM Wirtschaftskraft weniger! Damit wir uns das räumlich vorstellen können: 67 Milliarden DM Bruttosozialprodukt ist das, was der gesamte Regierungsbezirk Münster zum Bruttosozialprodukt des Landes Nordrhein-Westfalen beiträgt. Das fehlt in diesem Lande, weil die

- Landesregierung seit Mitte der 60er Jahre ihre Hausaufgaben nicht gemacht hat. (C)

(Zustimmung bei der CDU)

Welche Auswirkung das für den Finanzminister hat, ist klar: 1 % weniger Bruttosozialprodukt bedeutet 500 Millionen DM weniger Steuereinnahmen. Das heißt, Herr Trinius, uns fehlen 6,5 Milliarden DM nur deswegen im Landeshaushalt, weil Sie das nötige Wachstum nicht herstellen konnten. Das ist mehr als das Doppelte dessen, was nach Ihrer Meinung die Steuerreform dieses Land kostet. Hier liegt die eigentliche Ursache der finanziellen Probleme des Landes Nordrhein-Westfalen.

Diese Lage verschlimmert sich, wenn wir das für das Jahr 1986 betrachten. Nur ein Beispiel, eine Zahl von der Landeszentralbank - auch da sitzt ein früherer Finanzminister dieses Landes im Amt -: Das Bauhauptgewerbe in Nordrhein-Westfalen hat 1986 ein Minus von 4 %, während es in der Bundesrepublik ein Plus von 3,3 % zu verzeichnen hat. Vor diesem Hintergrund versteht man, warum wir in Nordrhein-Westfalen im November 728 180 Arbeitslose haben. Das sind 10,8 %. Baden-Württemberg hat 4,8 %. Herr Ministerpräsident, Sie vom Landeskabinett, Sie Sozialdemokraten, das sind auch und zuvörderst Ihre Arbeitslosen, diese 728 000!

(Zustimmung bei der CDU)

Zu Beginn der Regierung Rau/Posser waren es 300 000 Arbeitslose. In keinem Land der Bundesrepublik Deutschland sind die Arbeitslosenzahlen so drastisch gestiegen wie in Nordrhein-Westfalen. (D)

Welche Antwort gibt der Landeshaushalt mit seinen 61 Milliarden DM auf dieses Problem? Vorweg: Wenn er überhaupt antwortet, gibt er falsche Antworten. Die Personalkosten werden um 606 Millionen DM erhöht, von 23,7 auf 24,3 Milliarden DM. In der mittelfristigen Finanzplanung wird vorgesehen, daß sie bis 1991 um sage und schreibe 3,379 Milliarden DM steigen sollen. Die Investitionen - Ihr wirtschaftspolitisches Credo - gehen von ursprünglich 22,5 % auf 12 % des Landeshaushalts herunter. Das ist die niedrigste Investitionsquote aller Bundesländer. Im Haushalt 1988 sparen Sie weitere 1,4 Milliarden DM an Investitionen ein, und Sie lassen hier gerade durch Herrn Trinius die Bundesregierung auffordern, sie solle Investitions- und Konjunkturprogramme auflegen. Sie tun exakt das Gegenteil von dem, was Sie von Dritten verlangen.

(Dr. Pohl (CDU): Sehr wahr! - Beifall bei der CDU)

(Schauerte (CDU))

- (A) Sie verstärken die Gesamtschulproblematik und werfen Geld hinein. Sie schichten das Wohnungsbauvermögen um, nicht in Zukunft, sondern in weitere Subventionen für Mietunterstützungsmaßnahmen. Sie kürzen den Wohnungsbau um eine Milliarde, die Ausgaben für Abwasser und Immissionen um 100 Millionen, Technologieprogramme um 100 Millionen, die Mittel zum Bau von Straßen und Brücken um 180 Millionen. Der Kauf der Neuen Heimat belastet dieses Land erneut in nicht verantwortbarer Weise. Bei diesem Modell, was jetzt auf den Tisch liegt - Herr Zöpel ist leider nicht da -, handelt es sich nicht mehr um das LEG-Modell 1, sprich Zöpel, sondern um das Horst-Schiesser-Modell 2. Beide kauften für 1 Mark. Nur, Herr Zöpel hat dafür bei seiner Art der Rechnung noch weniger bekommen als Herr Schiesser. Der hatte nämlich die ganze Neue Heimat erworben. Dies ist ein erstaunliches Faktum. Herr Schiesser konnte den Erwerb für 1 Mark nicht durchhalten, weil er mit seinen Brötchen die Defizite nicht bezahlen konnte, die in Zukunft entstanden wären. Herr Zöpel kann das: Erstens braucht er sie nicht selber zu bezahlen, weil er bald geht,

(Lachen bei der CDU)

und zweitens hat er ja den Steuerzahler, dem er diese Defizite über kurz oder lang in die Bilanz schreibt.

(Beifall bei der CDU)

- (B) Sie haben hier eine wohnungspolitische Altlast mit Restnutzungsdauer eingekauft, aber mit unbegrenzten Lasten für die Steuerzahler in der Zukunft! Herr Rau, mit diesem unglaublichen Vorgang haben Sie die zukünftigen Landeshaushalte belastet, weil - ich würde Sie bitten, einmal zuzuhören, weil das wirklich hart ist, was ich jetzt formuliere - Ihrem Kabinett die Vermögensinteressen der Gewerkschaften, hier der BGAG, wichtiger waren als die Vermögenslage des Landes.

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

Das ist der eigentliche Hintergrund für dieses Geschäft.

Dieser Haushalt löst kein einziges brennendes Problem.

(Zuruf des Abg. Büssow (SPD))

Er vergrößert die bestehenden und schafft neue hinzu.

(Büssow (SPD): Sie auch!)

- Was ist nötig? Nötig ist eine Landesregierung, die die Lage begreift, ernst nimmt und handelt. Nötig ist eine Landesregierung, die im Interesse unseres Landes ihre ideologische, parteiliche Brille absetzt und die Kooperation mit allen Gutwilligen, auch in Bonn, sucht und endlich von dieser verderblichen Konfrontation Abstand nimmt. (C)

(Beifall bei der CDU)

Ich kann die Landesregierung nur bitten, endlich dem Leister-Papier einmal konsequent zu folgen und die einzelnen Minister, die ihr Terrierdasein immer noch nicht vergessen haben und immer noch an den Waden herumbeißen, zurückzupfeifen.

(Zustimmung bei der CDU - Lachen bei der SPD - Dr. Dammeyer (SPD): Herr Schauerte, gerade Sie müssen das sagen! - Büssow (SPD): Sie sind hier der Wadenbeißer, hören Sie mal! - Weiterer Zuruf von der SPD: Der größte Wadenbeißer, der herumläuft!)

- Ich fühle mich da in bester Gesellschaft. Wenn ich an das denke, was Ministerpräsident Rau, der ja "versöhnen statt spalten" wollte, zu Bauern und Stahlkochern gesagt hat, dann ist das, was ich hier gesagt habe, noch hochanständig.

(Zurufe von der SPD)

- Wir brauchen einen Ministerpräsidenten, der nicht Stahlkocher gegen Bauern hetzt, sondern der sein Kabinett zusammenruft und die Hausaufgaben verteilt. (D)

(Beifall bei der CDU)

Nötig ist ein Bundesratsminister, der aufhört, sich in Bonn aggressiv zu verhalten, sondern der dafür sorgt, daß in Bonn ein Klima entsteht, in dem wir Mehrheiten gewinnen können, damit wir die Interessen des Landes durchsetzen können.

(Beifall bei der CDU)

Nötig ist ein Wirtschaftsminister, der ein schlüssiges Programm für die Zukunft des Industrielandes NRW entwickelt und umsetzt und nicht nur seminarhaft darüber doziert.

Nötig ist eine Wissenschaftsministerin, die die Universitäten als Zukunftsaufgabe sieht und die ein Klima schafft, in dem die erste Privat-Uni der Bundesrepublik wächst und gedeiht, anstatt diese aus dem Lande zu vertreiben.

(Zustimmung bei der CDU)

(Schauerte (CDU))

- (A) Ein Fraktionsvorsitzender der SPD ist nötig, der bei der dramatischen Stahlsituation im Landtag bleibt und nicht verweist, der seine Fraktion auf Kurs hält und so einen Beitrag dazu hätte leisten können, daß es zu einer einvernehmlichen Regelung im Stahlbereich gekommen wäre.

(Beifall bei der CDU - Dr. Farthmann (SPD): Das geht Sie einen feuchten Kehricht an!)

Nötig ist eine Landesregierung, die das Schwarze-Peter-Spiel - das ist nämlich das einzige Spiel, das sie kann - gegen Bonn, Brüssel, die Unternehmer oder auch den Rest der Welt aufgibt und statt dessen einen Landeshaushalt vorlegt, der Antwort gibt auf die Wachstumsücke, auf die Probleme der Stahl- und Kohleregionen, auf die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit oder auf die Herstellung eines günstigen Investitionsklimas.

(Wendzinski (SPD): Nötig ist eine bessere Opposition!)

- Genau das ist nötig, Herr Wendzinski, und dazu sind Sie - das haben Sie ja gezeigt, wie gut Sie als stellvertretender Fraktionsvorsitzender Ihre Truppe zusammenhalten können - schon gar nicht in der Lage!

(Heiterkeit bei der CDU)

- (B) Es ist für Nordrhein-Westfalen fünf Minuten nach zwölf. Bei aller Hilfe, die auch von außen kommen muß, müssen wir - wir in Nordrhein-Westfalen - zunächst einmal selbst handeln. Wir müssen das Wichtige vom Unwichtigen trennen und alle Möglichkeiten, die wir als großes Land immer noch haben, auf das Wichtige konzentrieren. Wir müssen die sozialdemokratischen Spielwiesen streichen, unser Vermögen lichten und sichten und zusammenkratzen und es gezielt zur Zukunftssicherung einsetzen. Die CDU hat dazu konkrete Vorschläge gemacht,

(Stüber (SPD): Wo?)

und ich kann Sie nur herzlich bitten, sich diesen Vorschlägen zu öffnen.

- Wenn Sie die Diskussion über die Landesentwicklungsbank noch nicht mitbekommen haben, dann haben Sie sich sicher auf Ihre polemische Rede in der Stahldebatte damals schon vorbereitet.

(Zuruf des Abg. Westermann (SPD))

Herr Finanzminister und Herr Ministerpräsident, die folgende Feststellung halte ich für

besonders wichtig: Was im Jahre 1988 nicht geschieht, findet in dieser Legislaturperiode nicht mehr statt. 1989 haben wir die Kommunalwahlen. Ich glaube, Ihnen wird die Kraft fehlen, vor den Kommunalwahlen entscheidende Schritte zu tun. 1990 haben wir die Landtagswahl. Das sind die Zeiten, in denen diese Landesregierung - das kann man an den Verschuldungskurven des Landeshaushalts ablesen - immer zulegt, aber in der Sache nichts neu strukturiert.

Herr Finanzminister Posser! Tun Sie sich und diesem Land einen Dienst: mit einem neuen Haushalt. Schreiben Sie Ihr finanzpolitisches Testament! Schreiben Sie Ihrem Kabinett, der SPD und meinetwegen auch uns das ins Stammbuch, was nötig ist, damit wir die Finanzen so konzentrieren, daß das Land Nordrhein-Westfalen eine gesicherte Zukunft hat. Wir in NRW dürfen nicht zulassen, daß die Talfahrt unseres Landes ungebremst weitergeht. Ziehen Sie die Notbremse! Sie könnten es mit Ihrer persönlichen Autorität. Aber Sie können es auch nur noch jetzt; denn im Frühjahr werden Sie dieses Amt verlassen.

Wir stimmen dem Antrag der F.D.P. zu. Er ist der Griff, mit dem die Notbremse im Interesse unseres Landes gezogen werden könnte.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Klose: Es spricht jetzt Herr Abg. Dr. Schaumann für die Fraktion der F.D.P.; bitte, Herr Kollege!

Dr. Schaumann (F.D.P.): Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Herr Schauerte, ich habe Ihnen aufmerksam zugehört und stimme Ihnen in weiten Teilen zu. Ihr Schluß, Herr Finanzminister Posser möge sein Testament machen, findet nicht meinen Beifall, weil aus unserer Sicht nicht Endzeitstimmung angesagt ist, sondern Zukunftsorientierung. Und was diese Zukunftsorientierung ausmacht, so habe ich gerade ein Schlaglicht dessen erfahren, was diese Landesregierung kennzeichnet: Jetzt erst, meine Damen und Herren, trifft sich Frau Brunn mit Herrn Schily, gerade jetzt erst!

(Ministerpräsident Dr. Rau: Das ist doch nicht wahr! Sie trifft sich wieder einmal.)

- Gut, Herr Ministerpräsident, wenn das nicht wahr ist, nehme ich das zurück. Ich möchte hier nicht jemanden grundlos ansuldigen. Also: erledigt!

(Dr. Farthmann (SPD): Ich finde es sehr anständig, daß Sie das sagen!)

(C)

(D)

(Dr. Schaumann (F.D.P.))

- (A) Herr Trinius! Wo ist er? Er ist wohl nicht mehr da. Herr Trinius hat jedenfalls geäußert, wir, die F.D.P., würden den Sozialdemokraten vorwerfen, sie setzten keine Schwerpunkte. Dies ist in keiner Weise richtig: Sie setzen durchaus Schwerpunkte; sie setzen aus unserer Sicht nur die falschen Schwerpunkte - und das tun sie unaufhörlich immer weiter!

(Zustimmung bei der F.D.P.)

Da hilft es auch nichts, daß Sie sagen: Wir wollen sparen. Herr Farthmann hat im Mai, wenn ich mich recht erinnere, geäußert, dies müsse ein rigoroses, einschneidendes und für viele schmerzhaftes Unternehmen werden. Nur, Herr Farthmann, wenn man sich den Haushaltsentwurf der Landesregierung und das, was die Mehrheitsfraktion nach den Haushaltsberatungen daraus gemacht hat, ansieht, dann stellen wir fest: Es ist kein Sparhaushalt. Dieses Land hat keinen Sparhaushalt vorgelegt.

(Dr. Farthmann (SPD): Dann sagen Sie uns einmal, wo wir noch sparen sollen!)

- Ja, ich sage Ihnen das.

Gegenüber der mittelfristigen Finanzplanung wollen Sie ca. 130 Millionen DM weniger ausgeben. Das betrifft also 0,21 %. Es stimmt auch nicht in bezug auf die Einzeletats. Es gibt in den Einzeletats keine Einsparung; im Gegenteil: Die Einzeletats werden in den vorhandenen Ansätzen weitergeschrieben.

(B)

Sie können das, was Sie eigentlich wollten, am Ergebnis dessen, was Sie jetzt vorlegen, nicht festmachen. Abgesehen vom Sparen und der Notwendigkeit dazu: Wenn man sich die Eckdaten ansieht, sind wir uns ja einig, daß gespart werden muß. Wenn man dann in die Details weitergeht, weiß man auch, wo eigentlich gespart werden müßte: im Personalbereich. Und an diesen Personalbereich gehen Sie nicht heran. Sie fordern eine Konzeption für sich selber von sich selber ein, die Sie in all den Jahren nicht gebracht haben.

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

Sie müssen sparen, aber Sie müssen auch Geld ausgeben; Sie müssen es für Zukunft tun.

Heute morgen hat die "Rheinische Post" eine Karte mit drei Bildern der Bundesrepublik veröffentlicht; ich nehme an, Sie alle haben sie gesehen.

- Es gab ein Bild der Bundesrepublik mit florierenden Regionen - die Gegend um Frankfurt, also Hessen, Baden-Württemberg und Bayern -, es gab eine Karte von Durchschnitsregionen - Teile von Niedersachsen, Teile von Nordrhein-Westfalen, Teile von Bayern, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz -, und es gab eine Karte von Problemregionen - weite Teile von Niedersachsen, weite Teile von Nordrhein-Westfalen, Saarland und Rheinland-Pfalz sowie der Bayerische Wald. Das ganze wird ergänzt durch gutachterliche Äußerungen, die schon verschiedentlich zitiert worden sind: Es gibt das Gutachter der WestLB, es gibt andere Gutachten, die Ihnen sagen, daß dieses Land in verschiedenen Bereichen nicht so strukturiert ist - da können Sie sagen, die Umstrukturierung sei erfolgreich gelaufen -, daß man für die nächsten Jahre zufrieden sein könnte. Wenn wir ehrlich miteinander umgehen, wissen wir das auch alle.

(C)

Wir wissen auch, daß diese Kraftanstrengung für die nächsten Jahre durch Sparen auf der einen Seite, aber auch durch besondere Geldausgaben auf der anderen Seite erledigt werden muß und auch nur so erledigt werden kann.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Ich komme gleich noch einmal auf das, was Sie mit ZIM bezeichnen.

Sie sagen, wir brauchen Hilfe. Das ist richtig. Nordrhein-Westfalen kann diese Kraftanstrengung nicht allein aus eigenen Ressourcen vollbringen. Da stimmen wir alle im Landtag überein. Wir haben das schon verschiedentlich gesagt, und wir können uns das auch von mir aus erneut versichern.

(D)

Aber es stimmt einfach nicht, was Herr Trinius äußert, mein Fraktionsvorsitzender habe gesagt, eine Förderung von ZIM komme nicht in Frage, weil ZIM nicht existent ist. ZIM ist ein Phantom, ZIM ist ein Gespenst,

(Dr. Linssen (CDU): Für die Öffentlichkeit!)

ein Gespenst zur Rettung der Landesregierung, ein Gespenst zur Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung, ein Phantom, das man wunderbar füllen kann,

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Da sage ich Ihnen: Mit Füllseln allein können Sie doch nicht ernsthafte Unterstützung von uns erwarten. Wir können in diese Luftblase zusätzlich noch ein bißchen Luft pumpen.

(Dr. Schaumann (F.D.P.))

- (A) Daran kann Ihnen aber nicht gelegen sein. Uns liegt daran nicht.

(Büssow (SPD): 900 Anträge!)

- Herr Büssow, wir können das gern aufnehmen. Es sind 900 Projekte, aber nicht ZIM, sondern es sind Vorschläge von Regionen, die diese zusammengestellt haben, weil solche Projekte aus Ihrer Sicht möglicherweise Probleme der Region erledigen oder in der Lösung befördern können.

(Aigner (SPD): Mit dem Schnellen Brüter ist es auch nicht getan!)

Die Vorschläge dieser Regionen hat der Wirtschaftsminister eingesammelt. Mehr hat er nicht getan. Dann hat er ein Vorblatt darauf angebracht und hat gesagt: Das ist jetzt ZIM. Ist das eigentlich konstruktive Politik?

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Jetzt hat er einen zweiten Schritt gemacht. Er hat gesagt: Die 900 können es ja nicht ganz sein, weil man die nicht bezahlen kann, ganz abgesehen davon, daß er Dinge für bezahlbar hält, die andere schon lange nicht mehr für bezahlbar halten. Davon einmal abgesehen, hat er gesagt: Wir können diese 900 nicht bezahlen, also wählen wir aus, machen wir also aus 900 nun 120. Ja, bitte schön, nach welchen Kriterien trifft denn dieser Minister diese Auswahl? Nach welchen Ressourcenplanungen trifft er sie, und was ist damit verbunden, wenn er sagt: Dieses Projekt ist sinnvoll, und das Projekt lassen wir besser sein? Das kann ja wohl nicht wahr sein. Ein Konzept der Landesregierung, das man mit einem Begriff wie "Zukunftsinvestitionsprogramm Montanregionen" bezeichnen könnte, liegt aus unserer Sicht nicht vor.

(B)

Ich kann nur feststellen: Wenn es denn vorliegt, werden wir es ernsthaft prüfen. Bei Projekten, von denen wir glauben, daß sie vernünftig sind, werden wir unsere Unterstützung nicht versagen. Deshalb weise ich mit Entschiedenheit den Artikel in 'SPD aktuell' vom November 1987 zurück, Herr Kollege Grätz, der ja ein bißchen spät kommt. Da steht drin - das sagt Herr Farthmann selber -: "Die F.D.P. möchte kein gutes Geld für inhaltslose Programme der Düsseldorfer SPD aus dem Fenster werfen." Ich kann diese Aussage wirklich nur wiederholen. Das werden wir auch nicht tun. Wir werden erstens kein Geld aus dem Fenster werfen und zweitens das nicht für inhaltsloses Zeug tun.

(Büssow (SPD): Sie können auch gar keins ausgeben!)

- Wissen Sie, Herr Büssow, im Gegensatz zu Ihnen haben wir die Möglichkeit, andere vielleicht zu bewegen, für Sie Geld auszugeben. Während Sie nur deklamieren, können wir auch agieren. Das ist Ihr Problem. Damit müssen Sie leben. Das tut Ihnen weh. Ich weiß das.

(C)

(Dr. Dammeyer (SPD): Das haben wir bei Rheinhausen gerade gesehen!)

- Zu Rheinhausen komme ich noch, verehrter Herr Dammeyer. Sie haben heute gar keine Nelke an. Ich bedauere das. Das würde Ihre Optik verbessern.

Wir kommen zu Presseorganen. Herr Trinius hat geäußert, der "Süddeutschen Zeitung" könne man entnehmen, kein Land - er hat nicht gesagt: kein Land der Welt, sondern er hat gesagt: kein Land der Bundesrepublik - sei mit der Umstrukturierung so gut fertig geworden wie Nordrhein-Westfalen. Ich bestreite ihm nicht, daß man das in "Süddeutschen Zeitung" lesen kann. In der "Süddeutschen Zeitung" vom 14. Dezember kann man aber auch verschiedenes andere lesen. Man kann dort lesen: "Es brennt an allen Ecken der nordrhein-westfälischen Landespolitik." Man kann dort weiter lesen: "Ideologische Borniertheit der Wissenschaftsministerin Anke Brunn und ein jahrelanges zähes Gerangel um öffentliche Fördermittel haben dem Stuttgarter Ministerpräsidenten Lothar Späth die Chance eröffnet, die erst 1983 unter Protektion der Wirtschaft gegründete erste deutsche Privatuniversität nach Baden-Württemberg abzuwerben." Da steht auch drin: "Der Konflikt Jochimsen/Posser wirft ein Schlaglicht auf die Stimmung im Regierungslager. Verwirrung und Nervosität, mitunter auch schon Resignation und Fatalismus beginnen sich dort immer stärker auszubreiten." Es steht auch drin: "Der Punkt ist erreicht, wo sogar erste Zweifel daran laut werden, ob Johannes Rau der richtige Mann ist, um das Land durch die Krise zu führen."

(D)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Abg. Dr. Schaumann, erlauben Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Thoben?

(Dr. Schaumann (F.D.P.): Sehr gern, Frau Thoben!)

Frau Thoben (CDU): Herr Dr. Schaumann, wissen Sie zufällig, ob der Schreiber dieses Artikels inzwischen auch ein Telegramm bekommen hat?

Dr. Schaumann (F.D.P.): Ich bin nicht im Besitz dieser Information, Frau Thoben. Wir

(Dr. Schaumann (F.D.P.))

- (A) können das natürlich fortführen. Es steht vieles in den letzten Tagen in der Presse über die Landesregierung. Ich möchte das nicht weiter ausbreiten.

Ich möchte zu Rheinhausen und Stahl - jetzt ist Herr Dammeyer weg - kommen. Wenn Sie sich bitte erinnern, war die Ausgangslage, bevor wir über diese Problematik im Landtag diskutiert haben, folgende: Es gab einen SPD-Antrag, der aussagte: Wir wiederholen, das, was wir alle drei schon einmal besprochen und beschlossen haben. Das war alles. Es gab einen F.D.P.-Antrag, in dem stand: Der Landtag begrüßt die Absicht der Unternehmen, den Stahlstandort Duisburg längerfristig zu sichern. Das stand da drin.

Ich wiederhole: Ich begrüße diese Absichten, denn wir haben sie in unserer gemeinsamen Entschließung, Herr Farthmann, schon einmal begrüßt, nämlich durch unternehmensübergreifende oder unternehmenskonzentrierende oder - wie soll ich es ausdrücken - unternehmensdiversifizierende Aktivitäten die Probleme beim Stahl zu bearbeiten. Bevor wir hier im Landtag über Rheinhausen debattiert haben, hat der Ministerpräsident vor der Belegschaft geäußert: "Die Stahlarbeiter dürfen nicht durch eine falsche Stahl- und Energiepolitik in der Bundesrepublik und in Europa die Abgestraften sein. Daran habe ich keinen Zweifel gelassen, aber die Musik wird in Bonn bestellt und in Bonn bezahlt. Die Landesregierung kann die Bonner Politik nicht ersetzen."

(B)

(Büssow (SPD): Das stimmt auch!)

Herr Ministerpräsident, ich habe schon in der Debatte erklärt, daß ich es nicht für besonders hilfreich gehalten habe, daß Sie mit dem Schwarzer-Peter-Prinzip kalmierend tätig geworden sind. Mit Befriedigung habe ich zur Kenntnis genommen, was mein Parteifreund Graf Lambsdorff dazu im Bundestag gesagt hat: "Warum sagen Politiker und Gewerkschaftsfunktionäre den Stahlarbeitern nicht die Wahrheit?"

(Büssow (SPD): Er sprach von Nötigung!)

- Darauf komme ich gleich noch zu sprechen. - "Ist es wahr, daß die drei Stahlwerke in Duisburg alle nur zu 50 Prozent ausgelastet sind? Ist es wahr, daß dieser Zustand alle drei Stahlwerke in die Pleite treiben muß? Ist es wahr, daß das Treibenlassen die Arbeitsplätze auch in Huckingen und Ruhrort gefährden wird?"

(Aigner (SPD)): Lambsdorff war lange genug Wirtschaftsminister!)

"Ist es wahr, daß am Stahlstandort Duisburg auch nach Schließung der Hütte Rheinhausen keine Tonne Stahl weniger produziert wird als vorher?" Er hat diese Ausführungen mit der Frage abgeschlossen: "Ist es wirklich die Stunde der Heuchler?"

(C)

Ich fand das sehr mutig und sehr vernünftig, denn wir müssen uns im Landtag entscheiden - wir haben das schon einmal gemeinsam getan und, wie ich fand, sehr produktiv -: Sagen wir den Leuten die Wahrheit? Wir haben sicherlich unterschiedliche Wege, Konflikte in unserem Lande anzugehen und Probleme zu lösen. Aber wir müssen uns schon entscheiden: Sagen wir den Leuten die Wahrheit, oder beginnen wir bereits dort mit einer Darstellung, in der die einen die Guten und die anderen die Schlechten sind, und betreiben das munter so weiter? Dies ist für die Bevölkerung nicht mehr erträglich und sollte auch unterbleiben.

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

Ich sage jetzt ein nächstes zu den dauernden Zwischenrufen betreffend die Rechtsverstöße.

(Zuruf des Abg. Aigner (SPD))

Es hat sich in Duisburg-Rheinhausen etwas abgespielt, was ich mit meinem Verständnis von Rechtsstaatlichkeit nicht mehr vereinbaren kann.

(Zustimmung bei der F.D.P.)

(D)

Ich sage das bewußt so. Solidarität ist eine Sache, und Unterstützung und Verständnis ist auch eine Sache. Das muß ich hier nicht betonen.

(Büssow (SPD): Was meinen Sie denn? Sagen Sie es doch einmal!)

- Verehrter Herr Büssow, wo und von wem würde es hingenommen, wenn eine Bevölkerungsgruppe Autobahnknotenpunkte besetzte? Wer würde das hinnehmen?

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

Wer würde hinnehmen, daß Stahlarbeiter Kontrollen zu errichten und Passierscheine auszugeben sich anmaßen? Wer würde das hinnehmen? Niemand!

(Dr. Farthmann (SPD): Haben die Lastwagenfahrer am Brenner etwas anderes gemacht?)

(Dr. Schaumann (F.D.P.))

- (A) - Herr Farthmann, ich sage mit allem Ernst und will meine Erregung wieder ein bißchen dämpfen

(Büssow (SPD): Sagen Sie es doch bitte öffentlich!)

- ich sage es so öffentlich, wie ich es auch meine, Herr Büssow -: Es kann von keiner Bevölkerungsgruppe hingenommen werden, daß sie sich Sonderrechte anmaßt und diese durchzusetzen gewillt ist. Wenn wir das zulassen, geht dieser Rechtsstaat vor die Hunde, und das wollen wir nicht, und ich will das auch nicht!

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Abg. Dr. Schaumann, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Schultz?

(Dr. Schaumann (F.D.P.): Sehr gerne!)

- Bitte schön!

Schultz (SPD): Herr Kollege Dr. Schaumann, erinnern Sie sich daran, daß der bayerische Ministerpräsident vor einiger Zeit, als Lkw-Fahrer den Brennerpaß blockierten, dorthin gefahren ist und den Leuten Zuspruch gegeben hat?

Dr. Schaumann: (F.D.P.): Wenn das Ihre Frage war, Herr Schultz: Ich erinnere mich an diesen Vorfall.

(B)

(Schultz (SPD): Wie beurteilen Sie ihn?)

Alles klar?

(Heiterkeit bei der CDU)

Nicht so, Herr Schultz. Wenn, dann schon ein bißchen besser.

Jetzt noch einmal zum Finanzausgleich.

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Herrn Abg. Aigner?

(Dr. Schaumann (F.D.P.): Sehr gerne!)

Aigner (SPD): Herr Kollege Dr. Schaumann, wie beurteilen Sie diesen Vorgang, den Herr Kollege Schultz gerade angesprochen hat?

Dr. Schaumann (F.D.P.): Ich beurteile ihn in gleicher Weise, wie ich den Vorfall in Rheinhausen beurteile.

(Zustimmung bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Bei allem Verständnis für Furcht, möglicherweise auch für Hoffnungslosigkeit: Wir alle können nicht hinnehmen, daß Rechtsstaatlichkeit nicht oberstes Prinzip bleibt. Das werde ich zu jedem Vorfall sagen, Herr Schultz, auch zu dem Vorfall in Bayern.

(C)

Zum Finanzausgleich! Ich kann verstehen, daß Herr Minister Posser, ich kann auch verstehen, daß Herr Trinius kritisiert, was dort gelaufen ist. Ich habe das verschiedentlich deutlich gemacht und wiederhole es hier. Die Klagen sind berechtigt. Aber ich sage Ihnen auch, Herr Posser, und ich sage Ihnen, Herr Trinius: Selbst wenn man alles das berücksichtigte, was Sie sich erhofft haben, wobei wir eigentlich auch für richtig halten, daß Sie es bekommen hätten, dann hätte das alles nicht ausgereicht, sondern es könnten damit die Zinsen für wenige Tage bezahlt werden. Das ist der wahre Sachverhalt, den Sie auch kennen.

Ich frage Sie im Ernst: Was soll eigentlich eine Argumentationsfigur, die sagt, dieses Land sei in Schwierigkeiten, weil erstens eine Steuerpolitik - die in ihren Folgen noch gar nicht abschätzbar ist und deren Wirkungen noch gar nicht eingetreten sind - dazu geführt habe, daß dieses Land ausblute, und weil uns zweitens der Länderfinanzausgleich gegenüber Niedersachsen streng benachteiligt? Wenn das alles ist, Herr Posser, dann sind Sie nicht ehrlich. Im Gegensatz zu dem, was ich sonst von Ihnen halte, muß ich das so sagen. Sie haben ja auch schon etwas anderes ausgeführt, und zwar etwa vor eineinhalb Jahren, als Sie meinten, dieses Land, diese Landesregierung müsse aufhören, Aufgaben wahrzunehmen, die wir im Überschwang von Geld - ich wiederhole Sie sinngemäß - angepackt hätten, die aber jetzt nicht mehr bezahlbar seien. Exakt das meinen wir auch mit unserem Antrag.

(D)

(Zustimmung bei der F.D.P.)

Dieses Land muß aufhören, Geld auszugeben für Dinge, die vielleicht ideologisch passen, die dieses Land aber weiter ruinieren werden.

(Büssow (SPD): Wir wollen Arbeit für Menschen schaffen, die heute keine haben.)

- Herr Büssow, auch für lokale Rundfunkanstalten, auch dafür!

(Büssow (SPD): Da waren Sie noch in der Regierung!)

- Herr Büssow, ich nehme diesen Zwischenruf gerne auf. Sie meinen die Schuldenentwick-

(Dr. Schaumann (F.D.P.))

- (A) lung des Landes Nordrhein-Westfalen. Die hält wirklich jeder statistischen Analyse stand, Herr Trinius, und Sie argumentieren ja ehrlich. Ich habe überhaupt keine Probleme zuzugeben, daß die Schuldenentwicklung 1978/79/80 begonnen hat. Sie hat aber in den Jahren 1980 bis 1983 eine Dynamik entfaltet, die für außenstehende Betrachter, wie ich es damals war, eine ungeahnte Beschleunigungsspur hinterlassen hat.

Mit dieser Beschleunigungsspur haben wir heute zu tun, meine Damen und Herren.

Jetzt noch einmal zu den Kohlelasten - dann bin ich auch fertig mit Ihnen, aber noch nicht mit dem Land -: Die Kohlelasten, Herr Posser - das ist Ihnen deutlich gemacht worden -, sind nicht Bestandteil des Finanzausgleichs. In den Überschriften beider Anträge vom 26. November zur Kohle, Länderfinanzausgleich und allem anderen gibt es schon die markante Differenz, die dieses Hohe Haus trennt. Der Antrag der SPD ist überschrieben mit "Entlastung des Landes", der Antrag von CDU und F.D.P. ist überschrieben mit "Erneuerung unseres Landes". Genau diese Differenz, meine Damen und Herren von den Sozialdemokraten, steht als Aufgabe vor Ihnen. Ich hoffe, daß Sie sie erledigen, ohne daß das zutrifft, was ein Journalist am 14. Dezember schrieb. Er betitelte seinen Artikel mit der Überschrift: "Vom Wahnsinn gebissen". - Danke schön.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

(B)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile Herrn Abg. Dr. Linssen für die Fraktion der CDU das Wort.

Dr. Linssen (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich tue jetzt einfach so, als sei der Ministerpräsident, der sicherlich gleich wiederkommen wird, auch schon da.

(Aigner (SPD): Wenn man das so aufgeschrieben hat, muß man auch so tun!)

Herr Ministerpräsident, Ihre Regierungserklärung 1985 war ein Sammelsurium schöner Worte und ehrbarer Absichten. Sie sprachen von einer solidarischen Gesellschaft. Ich frage: Wer kann dagegen sein? Sie sprachen von wirtschaftlicher Erneuerung unseres Landes. Ich frage: Wer kann dem nicht zustimmen?

(Zurufe von der SPD: Die CDU!)

Aber nach zwei Jahren sind Ihre schönen Worte wie Seifenblasen an der harten Realität unseres Landes geplatzt.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Nordrhein-Westfalen ist in Not. Wir haben Probleme, wir haben große Probleme. Aber diese Probleme sind nicht vom Himmel gefallen, sie sind auch nicht das Werk finsterner Mächte in Bonn. Sie haben sich lange angebahnt,

(Büssow (SPD): Wie ein Besinnungsaufsatz: Mein schönstes Ferienerlebnis! - Weitere Zurufe von der SPD)

und Sie regieren hier nicht erst seit gestern, sondern seit mittlerweile über 20 Jahren.

(Frau Friebe (SPD): Und noch länger! - Zuruf von der CDU: Das sind 20 Jahre zuviel!)

Herr Ministerpräsident, halten Sie es nicht für geradezu erbärmlich, daß die Landesregierung und die SPD seit Wochen nichts anderes versuchen, als den Schwarzen Peter für all unsere Sorgen und Nöte nach Bonn zu schieben?

(Schultz (SPD): Völlig zu Recht!)

Haben Sie sonst keine Antworten? Was muten Sie eigentlich unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern zu?

(Beifall bei der CDU)

Nordrhein-Westfalen ist in Not, und das Kabinett Johannes Rau konzentriert seinen ganzen Grips darauf, wen es zum Schuldigen erklären kann. Hören Sie auf mit dieser Choreographie der Feigheit, hören Sie auf mit der Strategie des Ausweichens, des Ausklammerns und des Aussteigens! Haben Sie doch endlich Mut zur Wahrheit!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Die Wahrheit ist: In zehn Jahren Ihrer Haushaltsverantwortung haben Sie dieses Land Nordrhein-Westfalen finanziell so ruiniert, daß uns die Zinsen für die von Ihnen angehäuften Schulden geradezu strangulieren.

(Beifall bei der CDU)

Die Investitionsquote dieses Haushalts haben Sie von 22,5 % auf 12,5 % in nur zehn Jahren heruntergewirtschaftet.

(Schauerte (CDU): Meisterwerk!)

6 Milliarden DM gehen so jährlich an Investitionen, die Arbeit in diesem Land schaffen könnten, verloren. Herr Ministerpräsident, haben Sie doch endlich Mut zu einem Standpunkt! Johannes Rau ist in den

(C)

(D)

(Dr. Linssen (CDU))

- (A) vergangenen Wochen und Monaten zum Synonym für Standpunktlosigkeit in Nordrhein-Westfalen geworden.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wenn das, was Sie und Ihr Kabinett in der zurückliegenden Zeit an Entscheidungsfähigkeit geboten haben, beispielhaft sein soll, dann ist ein Hühnerhof geradezu ein Ausbund an Disziplin.

(Beifall bei der CDU)

Wo man hinschaut: Konfusion.

(Schauerte (CDU): Und Gegacker!)

Wie war das doch mit der Sozialplanhilfe für die Stahlunternehmen? Erst sollte es nichts geben, dann entschloß man sich zu helfen, daraufhin wurde die Hilfe nur unter Bedingungen zugesagt, um schlußendlich wieder die Hilfe bedingungslos anzubieten. In der Kohlefrage fand dieser Ministerpräsident über einen langen Zeitraum überhaupt nicht statt; es gab ihn in der Diskussion gar nicht. Als die entscheidenden Gespräche mit den revierfernen Ländern anstanden, war er überhaupt nicht in der Lage, mit den Ministerpräsidenten anderer Bundesländer zu sprechen. Oder wann vor Ihrem Bochumer Parteitag, Herr Ministerpräsident, ist das geschehen?

- (B) Der Vorsitzende der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie, Herr Meyer - Sie erinnern sich sicherlich, Herr Ministerpräsident -, forderte Sie damals zu Gesprächen mit den anderen Bundesländern auf. Es dauerte bis zur Ministerpräsidentenkonferenz in München, bis es zu diesen Gesprächen kam.

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Abg. Dr. Linssen, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Büssow?

(Dr. Linssen (CDU): Gerne, Herr Büssow.)

Büssow (SPD): Herr Kollege Dr. Linssen, wenn ich Sie richtig verstanden habe, wollten Sie uns doch nicht mit Schuldzuweisungen, sondern mit Alternativen kommen. Würden Sie das Parlament heute in Ihrer Rede noch mit Alternativen der Opposition bedienen?

Dr. Linssen (CDU): Herr Büssow, Sie haben doch sonst immer so viel Gelassenheit und Ruhe. Warten Sie es doch ab!

Herr Ministerpräsident, haben Sie sich vielleicht vorher auf den Weg gemacht? Wo

waren die konstruktiven Beiträge des Landes Nordrhein-Westfalen in der Kohlerunde? Erinnern Sie sich noch, wie Sie Norbert Blüm beschimpften, als er den Kumpeln versprach zu helfen, wie er verhöhnt wurde wegen seines Versprechens, mit ihm werde es keine Massenentlassungen im Bergbau geben, kein Kumpel dürfe ins Bergfreie fallen? Angesichts seines Erfolges in der Kohlerunde müßten allen, die sich an dieser Gerede beteiligt haben, die Worte geradezu im Halse steckenbleiben.

(C)

Ich will der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie ausdrücklich für ihren Beitrag zum Gelingen der Kohlerunde danken.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Hier hat diese Gewerkschaft Beispielhaftes geleistet, und ich bin sicher: Die Mitglieder, die Kumpel wissen, wer in dieser langen Zeit an ihrer Seite gestanden hat.

(Beifall bei der CDU)

Während den Kumpeln und Stahlkochern das Wasser bis zum Hals stand, hatten die SPD-Parteistrategen offenbar keine anderen Sorgen, als darüber nachzudenken, wohin sie die Proteste lenken sollen. Kümmern Sie sich mehr um die Probleme der Menschen, dann sind Sie voll ausgelastet.

(Beifall bei der CDU)

Diese parteipolitischen Sandkastenspiele sind nervtötend für alle.

(D)

(Rusche (SPD): Mein Gott!)

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, Sie versprochen, sich darum zu kümmern, "Amadeus", das Buchungszentrum der Luft-hansa und anderer Fluggesellschaften, nach Nordrhein-Westfalen zu holen. Die Ergebnisse Ihrer Bemühungen sind bekannt: ein Schlag ins Wasser. Wir bedauern das. Aber in der Informationstechnologie haben Sie eben auch Jahre verschlafen.

Daß die private Universität Witten/Herdecke - sie wurde heute schon angesprochen - zum großen Teil nach Baden-Württemberg umziehen soll, hängt auch nicht nur damit zusammen, daß man ihr dort mehr Geld anbietet. Was sagen Sie eigentlich dazu, daß man von seiten der Universität über 19 Monate versucht hat, mit der Landesregierung ernsthaft zu verhandeln?

(Büssow (SPD): Aber die wollten nie Geld haben.)

(Dr. Linssen (CDU))

- (A) Hätten Sie nur zwei hochbezahlte Beamte weniger für die Manndeckung von Norbert Blüm in Nordrhein-Westfalen abgestellt,

(Dr. Pohl (CDU): Richtig!)

dann hätte man doch mit der Universität zum Erfolg verhelfende Gespräche führen können.

(Zustimmung bei der CDU)

Warum ist das nicht geschehen? Und ist nicht die Aussage des Hochschulrektors Konrad Schily, in Baden-Württemberg herrsche ein Klima der Offenheit und Kreativität, geradezu ein Schlag ins Gesicht nordrhein-westfälischer Hochschulpolitik?

(Beifall bei der CDU)

Merken Sie eigentlich nicht, wie ideologische Borniertheit Zukunftschancen für unser Land verspielt, wie das Image Nordrhein-Westfalens einen kaum wiedergutzumachenden Schaden erleidet?

(Büssow (SPD): Davon leben Sie doch, Sie tun doch nichts anderes!)

- Ach, hören Sie doch auf, Herr Büssow. - Diese Universität hätte ein Anziehungspunkt für neue Technologien, geradezu ein Beispiel für die dringend notwendige Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Wissenschaft werden können. Alle Voraussetzungen waren da. Sie haben diese Chance zum Schaden aller vertan.

(B)

(Kniola (SPD): Machen Sie doch nicht alle Hochschulen madig!)

Und wie steht es um die Technologie des Hochtemperaturreaktors, einer Hochtechnologie aus Nordrhein-Westfalen, um die uns die Welt beneidet? Ihr Wirtschaftsminister, Herr Ministerpräsident, preist sie in Moskau und Indonesien. Aber zu Hause will Ihre Partei aus ihr aussteigen. Der NRW-Wirtschaftsförderer Jochimsen - ein Schuhverkäufer, der barfuß durch die Welt läuft!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, merken Sie eigentlich nicht, wie Ihnen die Dinge zwischen den Fingern zerrinnen? Merken Sie eigentlich nicht, daß Nordrhein-Westfalen mehr braucht als einen Moderator, der über allem schwebt? Regieren, nicht moderieren ist gefragt.

(Beifall bei der CDU - Büssow (SPD): Sie sprechen von Kohl, ja?)

Dazu braucht man Mut. Dazu muß man auch einmal scharfen Gegenwind ertragen können. (C)

Nichts gegen ein ausgeprägtes Harmoniebedürfnis, nichts gegen Freundlichkeit und Händeschütteln! Dies ist im privaten wie im politischen Bereich unentbehrlich. Aber in der Politik genügt das nicht. Die Sorgen und Nöte unserer Bürger verlangen konkrete Antworten. In der Krise ist Durchsetzungsfähigkeit verlangt. Aber genau die wird bei Ihnen zunehmend in Zweifel gezogen. Immer mehr Bürger spüren, daß ihnen mit der Rau'schen Heiapopeia-Politik nicht geholfen ist.

(Beifall bei der CDU)

Sie wollen wissen, wo wir stehen; sie wollen wissen, wie es weitergeht.

In diesen Tagen schreibt eine bedeutende überregionale Zeitung über Nordrhein-Westfalen, die Krisensymptome seien längst nicht mehr allein auf Kohle und Stahl beschränkt, es brenne an allen Ecken der nordrhein-westfälischen Landespolitik. Dies, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist eine nüchterne Analyse. Aber solche Analysen, die als Voraussetzung für die richtige Therapie zwingend sind, diffamieren Sie ja immer gleich als "Kaputtreden" von Nordrhein-Westfalen. Kritik an der Regierung Rau kommt bei Ihnen einer Majestätsbeleidigung gleich.

(Zustimmung bei der CDU)

(D)

Johannes Rau, einst Ruhrkönig, heute Klagefürst an Bonner Mauern!

Wer hier im Hause will den Krisensymptomen widersprechen? Wir begrüßen deshalb ausdrücklich, daß der Bundeskanzler im Februar kommenden Jahres zu einer Montankonferenz ins Revier einladen wird. Wir erwarten konkrete Beiträge, konkrete Hilfen von allen Beteiligten: von den Unternehmen, von den Kommunen, vom Land und vom Bund. Nordrhein-Westfalen und seine Bürger haben es verdient, daß mit kraftvoller Hand versucht wird, den Karren aus dem Dreck zu ziehen. Dazu müssen alle an einem Strang ziehen.

Vielleicht holen Sie, Herr Ministerpräsident, noch einmal das Strategiepapier Ihres Staatssekretärs Leister hervor. Diskutieren Sie endlich einmal mit Ihrer Fraktion, ob Sie auf Kooperation oder auf Konfrontation mit Bonn setzen wollen. Wir alle sind auf Gemeinsamkeit angewiesen. Wir sind dazu bereit!

(Lebhafter Beifall bei CDU und F.D.P.)

- (A) Frau Vizepräsident Friebe: Für die Fraktion der SPD spricht Herr Abg. Büssow. Ich erteile ihm das Wort.

Büssow (SPD): Vielen Dank. Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben zwei CDU-Reden aus der Opposition heraus zum Haushalt 1988 gehört, wobei mir die letzte so vorkam, als ob Herr Kollege Dr. Linsen kurz vor der Übernahme wichtiger Staatsgeschäfte stünde:

(Leifert (CDU): Das tut er ja auch!)

sehr getragen im Ton, aber nicht sehr inhaltsreich.

(Zurufe von der CDU)

- Ich werde das begründen, keine Sorge. - Ihr Schlußsatz, in dem Sie Erwartungshaltungen der Opposition ausdrücken, erinnert mich daran, daß dies im Grunde genommen einer politischen Suventionsmentalität entspricht, daß man nämlich von anderen etwas erwartet, daß sie einem etwas zukommen lassen, daß man aber selbst nicht sagt, was man will.

(Schauerte (CDU): Das müssen ausge-rechnet Sie sagen!)

- (B) Das, Herr Schauerte, sind doch Ihre ganzen Anträge, die Sie hier vorgelegt haben. Ich habe noch einmal Ihre Haushaltsrede vom 23. September durchgelesen. Anderthalb Stunden hat sie gedauert. Wissen Sie, die einzige Alternative Ihrer "famosen" Haushaltsrede war die Schaffung einer Landesstrukturbank, womit ich das meine, was die WestLB jetzt macht. Das war die einzige Alternative, die die CDU-Opposition im Land Nordrhein-Westfalen in der jetzigen schwierigen Situation vorzuschlagen hatte!

Meine Damen und Herren, die F.D.P. hat sich das ganz einfach gemacht. Sie hat gar nicht erst einen Änderungsantrag hier zum Haushalt vorgelegt. Sie hat ein Papier hier hingelegt und gesagt: So ist es; wir sind mit allem nicht einverstanden. Unter Punkt 4 steht die Beschwerde, daß der Weg zu neuer und höherer Verschuldung geöffnet sei. Das ist Punkt 4 Ihres Antrags, Herr Kollege Dr. Rohde. Aber auf der anderen Seite kritisieren Sie die Kürzungen der Finanzausstattung der Gemeinden. Sie müssen einmal draußen im Lande erklären, wie das auf die Reihe geht.

Natürlich gehört in eine Haushaltsdebatte auch die Analyse der objektiven Handlungsspielräume eines Bundeslandes, eine Analyse

- (C) der Ausgangsbedingungen, die das Land gar nicht beeinflussen kann, von denen es aber in seiner Politik abhängig ist. Das Land trägt für die Kohle Sonderlasten, auch mit diesem Haushalt, und zwar mit mehr als 1,5 Milliarden DM, obwohl in der Bundesrepublik Deutschland weitgehend anerkannt wird, daß die Kohleförderung nicht ein Standorthobby der nordrhein-westfälischen Landesregierung ist. Vielmehr ist es so, daß sie die nationale Energiereserve sichert, was für alle Menschen in der Bundesrepublik wichtig ist. Das Land trägt seit 1966 die Kohlelasten zu einem Drittel.

Der Beschluß der Bundesregierung vom vergangenen Donnerstag - 10. Dezember 1987 -, den Kohlepfennig ab 1988 von 7,50 auf 7,25 DM abzusenken, erleichtert nicht die künftigen Verhandlungen über die Einhaltung und Weiterentwicklung des Verstromungsvertrages. Man muß nämlich befürchten, daß dadurch, Frau Thoben, falsche Signale gesetzt werden. Denn wenn der Kohlepfennig bis 1990 um 4 % gesenkt wird, ohne daß man weiß, wie sich die Ölpreise entwickeln - das ging aus den Nachrichten hervor, die wir heute morgen gehört haben -, ist dies eine Rechnung ohne den Wirt.

Das Entscheidende für uns im nordrhein-westfälischen Parlament ist, Frau Thoben, daß die CDU-Abgeordneten von NRW im Bundestag die CDU-Landtagsfraktion mit unserem gemeinsamen Kohlebeschluß vom Oktober 1987 faktisch im Regen hat stehen lassen. Denn sie haben in der gemeinsamen Entschließung, Frau Thoben, dem Überbrückungskonzept der IGBE, der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie, zugestimmt. Darin wird aber u. a. gefordert, daß der Ausgleichsmechanismus des Dritten Verstromungsgesetzes voll angewandt wird. Das hätte für 1988 bedeutet, daß der Kohlepfennig erhöht werden müßte, um alle Ansprüche der Kraftwerksbetreiber, die heimische Steinkohle zu verstromen, zu erfüllen.

(D) Meine Damen und Herren, die CDU-Landtagsfraktion von Nordrhein-Westfalen hat in Bonn keinen Einfluß. Ihr famoser Bundesarbeitsminister Blüm ist, bezogen auf Nordrhein-Westfalen, leider nur ein Leichtgewicht. Die Bundeshilfen, die sich z. B. aus dem Verstromungsvertrag ergeben, finanziert die Bundesregierung aus der eigens zu diesem Zweck geschaffenen Heizölsteuer. Diese entlastete den Bundeshaushalt in der Zeit von 1966 bis 1986 allein um 18,4 Milliarden DM. Deshalb unterstützt die SPD-Landtagsfraktion die Forderung des Finanzministers Dr. Posser nach einer fairen Verteilung der Kohlelasten unter Einbeziehung der Heizölsteuer. Denn

(Büssow (SPD))

- (A) wenn Nordrhein-Westfalen überproportional an den Kohlelasten trägt, dann muß dieses Land auch an den Erträgen der Heizölsteuer überproportional beteiligt werden. Herr Schauerte und auch Herr Dr. Rohde, wenn es Ihnen um die Verbesserung der Einnahmenseite des Landeshaushalts gehen würde, dann würden Sie Nordrhein-Westfalen in dieser Forderung in Bonn übrigens unterstützen.

(Beifall bei der SPD)

Beim Stahl ist die aktuelle Situation noch dramatischer, obwohl das Land keine Einflußmöglichkeiten hat und keinen Einfluß auf die Weltstahlmärkte nimmt - ich denke an den Dollarverfall oder an die nationalen Subventionen in den EG-Ländern für die jeweiligen Stahlindustrien - und auch nicht im Ministerrat in Brüssel mit Sitz und Stimme vertreten ist; denn da sitzt die Bonner Bundesregierung mit ihren verantwortlichen Ministern. Trotzdem weist Herr Kohl vor dem Bundesausschuß seiner Partei am 7. Dezember 1987 laut "Frankfurter Rundschau" die Schuld für die Stahlkrise den Stahlunternehmen und der SPD zu. Meine Damen und Herren, das ist bei den gegebenen Verantwortlichkeiten ein dreister Vorgang.

Dieser Tage habe ich in einer Zeitung gelesen, daß Bundesarbeitsminister Blüm von gegenseitigen Schuldzuweisungen nichts halte. Ich habe das gerade auch von Ihnen gehört; das scheint jetzt zu Ihrer Sprachregelung zu gehören, wie Sie auf Probleme zu reagieren gedenken. Man muß hinzufügen: Sie halten immer dann nichts davon, die Politik der Bundesregierung zu kritisieren, wenn es darum geht, sich gegen kritische Fragen zu immunisieren.

(B)

Aber Herr Blüm ist ja dafür bekannt, daß er in jeder Lage einen flotten Spruch zur Hand hat. Auf die Frage der "Westfälischen Nachrichten" vom 7. Dezember 1987, was er denn von der Gründung einer deutschen Stahl AG halten würde, antwortete der Bundesarbeitsminister, der übrigens als Bundesarbeitsminister in Nordrhein-Westfalen durchaus gefragt ist, Herr Generalsekretär - Zitat -:

Ich glaube, daß die Krise durch Organisationspielereien nicht zu lösen ist.

(Zuruf von der CDU: Da hat er recht!)

Die deutschen Stahlarbeiter brauchen faire Wettbewerbschancen in Europa und strukturelle Anpassungshilfen. Es bleibt mein wichtigstes Ziel: neue Arbeitsplätze und keine Massenentlassungen.

(Beifall bei der CDU)

Ich habe Ihren Beifall erwartet. Vielen Dank. Es gibt von mir dazu auch keinen Widerspruch, wie Sie sich vorstellen können. Nur hätten wir gern einmal die Konzepte der Bundesregierung zur Beherrschung des Strukturwandels im Ruhrgebiet, in Duisburg gesehen. Legen Sie sie doch einmal auf den Tisch, meine Damen und Herren, damit wir über konkrete Hilfen reden können!

(C)

(Zurufe von der CDU)

Die Stahlwerker brauchen keine abstrakten Zielsprachen, sondern ein konkretes Hilfsprogramm für die nächsten Monate.

Die Schuldzuweisungen des Kanzlers bei der Stahlkrise, gerichtet an die Adresse der SPD-Landesregierung, sind an sich lächerlich.

Frau Vizepräsident Friebe: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Büssow (SPD): Nein, ich möchte den Satz zu Ende führen.

Das ist an sich lächerlich, wenn sie nicht mit kaltem Kalkül in die Öffentlichkeit gebracht würden nach der Methode: Keiner in dieser Republik soll merken, daß wir, die Bundesregierung, Verantwortung tragen. - Das ist übrigens die gleiche Methode, Herr Linssen, mit der der Bundesvorstand der CDU am 26. Oktober 1987 für den Kieler Regierungsskandal die SPD, die dort das ausgesuchte Opfer dieser Affäre war, politisch verantwortlich machte.

(D)

Den Sozialdemokraten warf der CDU-Bundesvorstand in beispielloser Dreistigkeit vor - ich zitiere wortwörtlich -, "der politischen Kultur" geschadet zu haben. Der Bundesvorstand der CDU hält die schleswig-holsteinischen Christdemokraten für "frei von aller Verantwortung" für die Barschel-Affäre, die heute keine Pfeiffer-Affäre oder Spiegel-Affäre mehr ist, wie Stoltenberg gesagt hat.

(Zurufe von der CDU)

- Ich widerspreche nicht Ihnen, sondern ich setze mich mit einigen Ihrer Kollegen im Bundesvorstand der CDU auseinander, Herr Dr. Worms. Solche Methoden der Tatsachenverdrehung und der Umdeutungsversuche, wie sie nur in Alchimistenküchen von Machterhaltungsinstitutionen entwickelt werden, kommen in der Bevölkerung übrigens nicht an, wie Sie wissen.

(Zustimmung bei der SPD)

Sie stehen nicht gut da in der Öffentlichkeit im Augenblick, wenn Sie die letzten Umfrage-

(Büssow (SPD))

- (A) ergebnisse sehen. Und es ist doch, bitte schön, meine Damen und Herren, eine Ironie der Zeitgeschichte, daß sich solcher semantischen Verschleierung die Union bedient, die noch im Jahre 1982 angetreten ist, die geistige und moralische Erneuerung in dieser Republik einzuleiten. Wie wenig Ihnen jetzt auch noch - -

(van Schewick (CDU): Wie war es denn bei Ihnen in Berlin mit Herrn Stobbe?! Wie ist es denn damals in Berlin gewesen?)

- Hören Sie einmal, ich weiß gar nicht, wie Sie heißen; aber wollen Sie sagen, Herr Kollege, daß das, was in Kiel vor sich gegangen ist, das gleiche ist wie das, was bei irgendwelchen Bauaffären in Berlin geschehen ist? Ich rate Ihnen, Ihr Unterscheidungsvermögen ein wenig zu schärfen!

(Zustimmung bei der SPD - Erneuter Zuruf des Abg. van Schewick (CDU))

Wie wenig Ihnen jetzt auch noch die Freunde aus der Wirtschaft vertrauen, zeigen Reaktionen auf die Schuldzuweisungen des Kanzlers bei der Stahlkrise. So erklärte zum Beispiel Hoesch-Vorstandschef Detlef Rohwedder

(Schauerte (CDU): Sozialdemokraten, Sozialdemokraten!)

- (B) gegenüber der "Westfälischen Rundschau" am 8. Dezember,

(Schauerte (CDU): Sozialdemokraten, Sozialdemokraten!)

mit Billigung der Bundesregierung - ich zitiere - sei über Jahre hinweg der EG-Vertrag eklatant verletzt worden, und zwar zu Lasten der deutschen und zugunsten der ausländischen Industrien. Die Krokodilstränen der verantwortlichen Politiker - und die sitzen in Bonn und in Brüssel - zur Stahlkrise nennt Rohwedder "ziemlich unverfroren".

Frau Vizepräsident Friebe: Herr Abgeordneter, lassen Sie jetzt eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Linssen zu?

(Büssow (SPD): Ja, gern.)

- Bitte sehr!

(van Schewick (CDU): Was hat denn der für ein Parteibuch?)

Dr. Linssen (CDU): Herr Kollege Büssow, da Sie gerade längere Ausführungen über Stillfragen in der Politik gemacht haben - auch über Moral in der Politik, vor allen Dingen aber über Stillfragen -, darf ich fragen: Glauben Sie, daß Ihr unerträglich arroganter Stil gegenüber dem Kollegen van Schewick die richtige Antwort gewesen ist?

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD - Unruhe)

Büssow (SPD): Herr Dr. Linssen, ich bedanke mich dafür, daß Sie den Namen des Kollegen genannt haben; ich kannte ihn bisher wirklich noch nicht.

(Schauerte (CDU): Der bleibt so frech!)

Der amtierenden Bundesregierung wird von führenden Wirtschaftskreisen im Augenblick die Vertrauensfrage gestellt. - Übrigens war das nicht so doll, wie Sie meinen, auch wenn Sie jetzt so zustimmend schauen. - Ich will mich noch weiter mit der Politik der Bundesregierung befassen, weil sie in einem Verhältnis zur Landespolitik steht und deswegen relevant für dieses Land ist. - Aus führenden Wirtschaftskreisen wird also im Augenblick die Vertrauensfrage gestellt, wenn man der "Wirtschaftswoche" vom 4. Dezember 1987 glauben darf. Darin heißt es: Daimler-Benz-Chef Reuter beklagte einen "offensichtlichen Mangel an weltwirtschaftlicher Führungskompetenz" bei der Bundesregierung.

(Schauerte (CDU): Schon wieder ein Sozialdemokrat!)

BMW-Vorstandsvorsitzender Eberhard v. Kuenheim, auch kein Sozialdemokrat,

(Schauerte (CDU): Das ist erstmals keiner!)

mäkelte, "nicht die Wirtschaft sei das Problem, sondern die Politik". - Der Bankier Röllner von der Dresdner Bank mahnte "Führung" an, die Vertrauen schafft. Die Märkte - so Röllner - "ließen sich nur noch durch Tatsachen beeindrucken" - und ich darf hinzufügen: nicht durch Woodoo-Zauber.

(Schauerte (CDU): Alles noch Sozialdemokraten!)

Vielleicht erinnern sich noch einige von Ihnen an die letzte Haushaltsdebatte der sozial-liberalen Koalitionsregierung, als der damalige Oppositionsführer Dr. Kohl am 19. Januar 1982 mit Pathos in der Stimme Bundeskanzler Helmut Schmidt mit den Worten angriff: "Herr Bundeskanzler, Sie können doch

(C)

(D)

(Büssow (SPD))

- (A) nicht erwarten, daß die Mitbürger, nicht zuletzt diejenigen, die in der Wirtschaft mitbestimmen und das Sagen haben, Vertrauen etwa in Ihre Finanz- und Haushaltspolitik haben ..." - Soweit damals Herr Kohl.

(Schauerte (CDU): Das habt Ihr auch nicht!)

Der Vorwurf an die damalige Bundesregierung, durch Herrn Dr. Kohl vorgetragen, lautete: "Das bedrückendste Element deutscher Gegenwart, deutscher Innenpolitik ist die hohe Arbeitslosigkeit. Im Dezember waren es 1,7 Millionen Arbeitslose, und wir müssen fürchten, daß wir in diesen Wochen die Zwei-Millionen-Marke erreicht haben." - So Dr. Kohl am 19. Januar 1982 in seiner letzten Oppositionsrede.

Meine Damen und Herren, Sie wissen, daß zum Zeitpunkt des konstruktiven Mißtrauensvotums in der Bundesrepublik 1,8 Millionen Menschen arbeitslos waren - schlimm genug, füge ich hinzu. Jetzt haben wir über 2,3 Millionen Arbeitslose, und wir wissen noch nicht, wo das Ende ist.

Frau Vizepräsident Friebe: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Schauerte?

(Büssow (SPD): Ja, bitte.)

- Bitte sehr, Herr Schauerte!

- (B) Schauerte (CDU): Herr Kollege Büssow, es sind in den Vorrunden schwere Angriffe gegen die Landesregierung gefahren worden.

(Zurufe von der SPD: Ach, ach!)

Halten Sie es nicht für nötig, etwas auch dazu zu sagen, oder fällt Ihnen zur Verteidigung Ihrer Landesregierung nichts mehr ein?

(Zurufe der Abgeordneten Trinius und Schleißer (SPD) - Weitere Zurufe - Unruhe)

Büssow (SPD): Vielen Dank, Herr Schauerte; darauf komme ich noch. Ich muß Ihnen da wie Herr Dr. Linssen sagen: Fassen Sie sich in Geduld; ich werde darauf noch eingehen.

Also: Es waren 1,8 Millionen Arbeitslose zur Zeit des konstruktiven Mißtrauensvotums. Jetzt zählen wir über 2,3 Millionen, im Jahre 1987, und wir wissen noch nicht, wo das Ende ist.

Deswegen haben sich wohl auch vor einigen Wochen die CDU-Sozialausschüsse zu Wort

gemeldet und hat sich aus ihren Reihen der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit Franke mit der Forderung nach einem Beschäftigungsprogramm an die Öffentlichkeit gewandt, von den gewerkschaftlichen Forderungen nach einem eigenen Investitionsprogramm ganz zu schweigen. Aber das interessiert Sie von der CDU sowieso nicht. (C)

Was jedoch der Bundeskanzler auf dem Bonner Parteitag am 9. November 1987 vor ergebenden Delegierten der Union von sich gab

(Dr. Pohl (CDU): "Ergebene" Delegierten!)

- ich zitiere den "Spiegel" -, "daß wir von einer modernen Volkswirtschaft mehr verstehen als andere" - dafür gab es großen Applaus bei Ihnen -, glaubt aber außer treuen CDU-Funktionären in der Bundesrepublik Deutschland im Dezember 1987 keiner mehr.

(Zustimmung bei der SPD)

Wir müssen heute verbittert zur Kenntnis nehmen, daß Ihre Doktrin von 1982 - hohe Gewinne führen zu vielen Investitionen, zu mehr Wirtschaftswachstum und schließlich zum Abbau von Arbeitslosigkeit - gescheitert ist.

(Schumacher (Kall) (CDU): Das stimmt aber immer noch!)

Es werden zwar Gewinne gemacht - genau, Herr Schumacher -, aber es wurde nur zögerlich investiert, und die Arbeitslosigkeit wurde nicht abgebaut. (D)

(Schumacher (Kall) (CDU): Doch, doch!)

Wenn man nun die Haushaltsreden des Kanzlers und die des Bundeswirtschaftsministers vom 24. und 27. November 1987 nachliest, kann man wirklich nicht den Eindruck gewinnen, als wäre bei diesen Herren in verantwortlicher Tätigkeit wenigstens intellektuelle Nachdenklichkeit oder Sorge über die wirtschaftlichen Entwicklungen in der Bundesrepublik vorhanden.

Für Nordrhein-Westfalen wäre schon viel erreicht, wenn die CDU-getragene Bundesregierung im Umgang mit den Ländern Abstand von parteipolitisch geleitetem Handeln nähme, um sich so zu verhalten, wie es die Verfassung vorschreibt.

Im übrigen haben die Bundesminister den Eid nach Artikel 56 des Grundgesetzes geleistet, der vorsieht, daß Bundeskanzler und Kabinettsmitglieder ihre Kraft dem Wohle des

(Büssow (SPD))

- (A) deutschen Volkes - ich füge hinzu, was nicht im Grundgesetz steht, was aber gemeint ist: dem ganzen deutschen Volk, nicht Teilen des deutschen Volkes - widmen, seinen Nutzen mehren und Schaden von ihm wenden, ihre Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben. Wir in Nordrhein-Westfalen, meine Damen und Herren, müssen heute feststellen, daß die Politik der Bundesregierung sich von der Zielsetzung dieses Eides weit entfernt hat.

(Zustimmung bei der SPD - Widerspruch bei der CDU)

- Ich möchte dies begründen. Kein verantwortlicher Sozialdemokrat wird allein Ihnen vorwerfen, daß es durch eine Überbewertung der amerikanischen Wirtschaft zu einem Dollarverfall gekommen ist, obwohl Sie wissen, daß in Wirtschaftskreisen strittig darüber diskutiert wird, ob es nicht Versäumnisse der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung gegeben hat. Wir werfen Ihnen auch nicht vor, daß die Kohle auf den Weltmärkten billiger einzukaufen ist als etwa aus dem Ruhr- oder dem Saargebiet. Aber wir machen Ihnen den Vorwurf, daß Sie nicht bereit sind, für den von Ihnen selber geforderten Strukturwandel die erforderlichen wirtschaftspolitischen Maßnahmen zu ergreifen, damit dieser Strukturwandel schrittweise mit den Menschen an Rhein und Ruhr vollzogen werden kann, damit sie ihre soziale Sicherheit nicht verlieren und damit den Kindern dieser Menschen die Zukunftsperspektive nicht genommen wird.

(B)

Meine Damen und Herren! Die Sprüche des Bundesarbeitsministers, die Schuldzuweisungen des Bundeskanzlers und die Abwesenheit des Bundeswirtschaftsministers Bangemann sind keine Antworten auf die Fragen, die die Menschen an Rhein und Ruhr stellen. Die Landesregierung unter Ministerpräsident Johannes Rau hat ein schlüssiges Konzept entwickelt,

(Zurufe von der CDU: Wo denn? - Das sind Geheimrezepte!)

wie der Strukturwandel im Ruhrgebiet ökonomisch und sozial verantwortlich bewältigt werden kann.

(Zurufe von der CDU)

- Ich komme auf Sie, Herr Schauerte, ich habe Sie nicht ausgelassen.

Danach ist das Land bereit, auf einen Zeitraum von vier Jahren jährlich ein Drittel

seines Gesamtprogramms in Höhe von 2 Milliarden DM selbst zu übernehmen. (C)

(Zuruf von der CDU: Woher denn?)

Angesichts der Haushaltslage von Nordrhein-Westfalen wissen Sie natürlich, was das bedeutet. Die Landesregierung nennt dieses Programm "Zukunftsinitiative Montanregionen".

(Schauerte (CDU): Zehn Tage Zinsen!)

Wenn die Bundesregierung ein besseres, ein effektiveres - -

(Schauerte (CDU): Zehn Tage Zinsen!)

- Schade, daß die Hörer das nicht hören können. "Zehn Tage Zinsen", sagen Sie dazu. Ich wiederhole das, damit die Hörer das mitverfolgen können.

Die Landesregierung legt hier ein Konzept vor, um die Krise an der Ruhr zu überwinden und um neue Arbeitsplätze zu schaffen. Dazu fällt Ihnen nichts anderes ein, als in bornierter Polemik "zehn Tage Zinsen" einzuwerfen. Das ist die ganze Alternative, die Sie anzubieten haben.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Ich füge jetzt hinzu: Wenn die Bundesregierung ein besseres, ein effektiveres Strukturkonzept vorlegt oder wenn Sie aus der Landtagsfraktion - Sie, Herr Schauerte, Frau Thoben, alle, wie Sie hier sitzen - ein alternatives Strukturkonzept vorlegen können, ja, mein Gott, dann sind wir Sozialdemokraten doch die letzten, die sich nicht auf ein gemeinsames Handeln mit Ihnen verständigen können und gemeinsame Zukunftsstrategien entwickeln werden. (D)

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Auch wenn man einer Partei angehört, die in Nordrhein-Westfalen in der Opposition und in Bonn in der Regierung ist, also unter differenten Mehrheitsbedingungen politisch agieren muß wie Sie, ändert dies gleichwohl nichts an der Verantwortung, die eine solche Partei - in diesem Falle spreche ich von CDU und F.D.P. - für das Leben der Menschen in diesem Land zu tragen hat. Ich sage Ihnen: Die Verantwortung von Parteien - egal, in welcher Rolle sie sich befinden - ist, bezogen auf ihr politisches Handeln, nicht teilbar. Sie glauben, Sie könnten hier eine Doppelstrategie fahren: in Nordrhein-Westfalen

(Büssow (SPD))

- (A) reden Sie das, und in Bonn handeln Sie anders.

(Beifall bei der SPD)

Frau Vizepräsident Friebe: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Linssen?

(Büssow (SPD): Ja, bitte!)

- Bitte schön, Herr Dr. Linssen!

Dr. Linssen (CDU): Herr Kollege Büssow, abgesehen von der Tatsache, daß wir in Bonn so reden, wie wir auch in Düsseldorf reden, möchte ich Sie fragen, ob Sie als Opposition anders reagieren würden als wir, wenn seit Jahren 50, 60, 70 Änderungsanträge zu diesem Haushalt von Ihnen sang- und klanglos abgeschmettert werden.

(Beifall bei der CDU)

Büssow (SPD): Zum Teil, Herr Dr. Linssen, müßten wir ja schon aus Gründen der Haushaltskonsolidierung Ihre Änderungsanträge abweisen.

(Zurufe von der CDU)

Aber es geht hier ja jetzt nicht um Einzelpositionen, es geht hier um ein Strukturkonzept, was Sie beklagen und wo Sie in diesem Lande alternativlos zur Landesregierung stehen. Darum geht es doch.

(B)

Die nordrhein-westfälischen Parteien CDU und F.D.P. in der Bundesregierung lassen die Menschen an der Ruhr nicht nur bei Kohle und beim Stahl hängen, sie benachteiligen Nordrhein-Westfalen auch beim Länderfinanzausgleich und bei den Bundesergänzungszuweisungen. Denn würde Nordrhein-Westfalen nur so behandelt wie das kleine Land Bremen - das übrigens auch große Sorgen hat; da will ich hier gar nicht dagegenreden -, dann bekämen wir nicht 75 Millionen DM Nachteilsausgleich wie beschlossen, sondern für das Jahr 1987 und für 1988 250 Millionen DM.

Im Länderfinanzausgleich wird Nordrhein-Westfalen - das hat Finanzminister Dr. Posser in einem NRZ-Interview einmal dargestellt - noch einmal diskriminiert, indem nämlich das Land rechnerisch von der Bonner Koalition so gestellt wird, als hätten wir 228,4 Millionen DM erhalten; tatsächlich erhalten wir nur 90,7 Millionen DM. Niedersachsen dagegen wird künstlich kleingerechnet. Es hatte 1985 eine tatsächliche Einnahme aus dem Förderzins der Erdölförderung von 2,1 Milliarden DM. Angerechnet wurden fiktiv - das wissen Sie ja

alles, Herr Schauerte - nur 1,2 Milliarden DM; also 900 Millionen DM weniger für Niedersachsen.

(C)

(Zuruf von der CDU)

1986 hatte Niedersachsen Einnahmen von 1,5 Milliarden DM, angerechnet wurden ihm aber nur 1,2 Milliarden DM; also erhielt es im Finanzausgleich 1,68 Milliarden DM. Rechnerisch wurde aber so getan, als ob es nur 1,158 Milliarden DM erhalten hätte.

Würde Nordrhein-Westfalen - und das ist jetzt die Schlußfolgerung daraus - für seine Kohlesonderlasten ähnlich berücksichtigt werden wie die Küstenländer mit ihren Häfen und Werften, dann müßte Nordrhein-Westfalen vom Bund 750 Millionen DM bekommen.

In der parteipolitisch begründeten Benachteiligung Nordrhein-Westfalens, meine Damen und Herren, liegt der Verfassungsbruch Ihrer Politik in Bonn.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Dabei ist Nordrhein-Westfalen auf einem guten Weg in die 90er Jahre. Lag die Montanabhängigkeit aller Beschäftigten in den 50er Jahren noch bei 70 %, so liegt dieser Beschäftigungsanteil jetzt in dieser Region bei knapp 40 %. Aus Stahlfirmen werden Software-Anlagen- und Systemtechnikproduzenten. Mit 46 Hochschulen und zahlreichen Technologiezentren - wobei das erfolgreichste der ganzen Bundesrepublik in Dortmund arbeitet - steht Nordrhein-Westfalen mit einem Bein bereits im 20. Jahrhundert.

(D)

Von 1984 bis Ende 1986 wurden 138 100 neue Arbeitsplätze geschaffen. Davon kamen 70 % Frauen zugute. Etwa 40 000 neue Arbeitsplätze wurden in der Investitionsgüterindustrie geschaffen, 130 000 in den modernen Dienstleistungssektoren. Als besonders dynamisch sind die Bereiche automatische Datenverarbeitung, Büromaschinen, Elektronik, Kunststoffe, Chemie, Maschinenbau und Straßenfahrzeugbau zu beurteilen.

Die neuen Industrien behaupten sich übrigens am Markt. Sie sind überdurchschnittlich außenwirtschaftlich orientiert und stehen von Anfang an im internationalen Wettbewerb. Das spricht für ihre Robustheit und ihre Stärke, das beschreibt in diesen Tagen aber angesichts des Dollarverfalls auch neue Gefahren.

Wenn es der Bundesregierung nicht gelingt, 1988 die Binnennachfrage zu stützen, müssen auch für diese neuen Arbeitsplätze Gefahren

(Büssow (SPD))

- (A) gesehen werden. Sie wissen ja, daß bereits jetzt in den Wirtschaftsblättern über eine hereinstehende Absatzkrise in der Automobilindustrie geschrieben wird. Porsche, Daimler und BMW sind als exportorientierte Unternehmen besonders nachhaltig davon betroffen. Wenn die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung nicht mehr Kaufkraft fördert, dann kann die Binnennachfrage nicht kompensieren, was im Außenhandel wegzufallen droht.

Deshalb ist es ein Gebot der Vernunft und staatlicher Gesamtverantwortung, daß die Bundesregierung endlich ein konsistentes Konzept zur wirksamen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit entwickelt und im Haushaltsjahr 1988 vollzieht. Die Binnennachfrage läßt sich allerdings nicht mit Steuerpaketen der Bundesregierung beleben. Der richtige Weg wäre die öffentliche Finanzierung von Infrastruktur- und Sanierungsprogrammen. Die beste Mittelstandsförderung - und da, Herr Schumacher, sind Sie ja auch ein Experte - sind übrigens nicht Steuererleichterungen, sondern gefüllte Auftragsbücher. Denn was nützen dem selbständigen Handwerker, der mittelständischen Industrie, der Konsumgüterindustrie oder den Einzelhändlern Steuererleichterungen, wenn keiner mehr nach ihren Produkten oder ihren Dienstleistungen fragt, weil Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger als kaufkräftige Verbraucher ausfallen und sich die anderen ängstlich zurückhalten? Dagegen brauchen unsere Städte neue Kanalisationen, unsere Krankenhäuser müssen dringend saniert werden, die Verkehrswege und unser Bildungssystem müssen modernisiert werden.

(B)

(Demonstrativer Beifall bei der CDU)

Machen Sie, meine Damen und Herren, aus volkswirtschaftlichen Fragen, die mit der Wohlfahrt aller Menschen dieser Republik zusammenhängen, keine ideologievernebelten Prestigefragen, verzichten Sie nicht auf etwas Sinnvolles, nur weil es so etwas schon einmal in der Zeit der sozialliberalen Koalition gegeben hat. Ich spreche das erfolgreichste Investitionsprogramm der Bundesrepublik an: das Zukunftsinvestitionsprogramm 1979/80, das von allen Experten oder von den meisten Experten - ich will mich zurückhalten - auch so beurteilt wird.

(Zurufe von der CDU)

Es ist ja erst jetzt, vor eineinhalb Jahren, ausgelaufen.

(Erneut Zurufe von der CDU)

- 750 000 Arbeitsplätze hat es gebracht.

Selbst die Bundesregierung hat entgegen allen Beteuerungen im Sommer und im Frühherbst erkannt, daß sie ohne ein konjunkturstützendes Programm nicht mehr auskommen wird. Sie will jetzt über die Kreditanstalt für Wiederaufbau zinsverbilligte Darlehen in Höhe von 15 Milliarden DM für kommunale Investitionen zur Verfügung stellen, und 6 Milliarden DM sollen mittelständischen Betrieben zugeführt werden. Das Gute an diesem Programm für den Bund: Der Bundesetat wird nur mit 200 bis 300 Millionen DM Zinskosten belastet. Jedoch: Welche Gemeinden - das ist die Frage - sollen eigentlich diese Kredite in Anspruch nehmen?

(C)

(Schauerte (CDU): Das wollen Sie bei ZIM doch auch!)

Der Städtetag hat das projektierte Programm schon heftig kritisiert. Die Gemeinden, die in Nordrhein-Westfalen im Ausgleichsstock sind, haben wohl kaum Chancen, Darlehen aufzunehmen. Aber selbst die großen kreisfreien Städte, die es am nötigsten hätten, sind dazu nicht in der Lage. Selbst meine Heimatstadt Düsseldorf wird bei der derzeitigen Verschuldungssituation diese kaum noch steigern können.

Frau Vizepräsident Friebe: Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Büssow (SPD): Nein, danke; jetzt nicht mehr. - Die Bundesregierung würde den Gemeinden unseres Landes und, ich denke, in der ganzen Bundesrepublik effektiver helfen, wenn sie die durch Arbeitslosigkeit bedingten Steigerungen der Sozialhilfeausgaben in den Bundeshaushalt übernehmen würde. Wer in der Bundesrepublik die Zuständigkeit für die Wirtschaftspolitik und die Steuerpolitik trägt, der muß auch für die Folgen seiner Handlungen eintreten. Die Bonner Doppelstrategie, daß nämlich die Bundesregierung entscheidet und die Länder und die Gemeinden die Rechnung bezahlen, ist nicht länger hinnehmbar.

(D)

(Zustimmung bei der SPD)

In ihrem Monatsbericht vom Juli 1987 stellt die Bundesbank zu diesem Vorgang fest:

Für die wachsende Belastung der Gemeinden war ausschlaggebend, daß die kommunalen Sozialausgaben weit überwiegend aus Aufwendungen für Sozialhilfe bestehen und in den letzten 5 Jahren stark zugenommen haben.

Der Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen prognostiziert für das Jahr 1987 erstmals über 10 Milliarden DM für soziale Leistungen.

(Büssow (SPD))

- (A) Das Land ist mit seiner Industrie und mit seinen Menschen reich genug an Kreativität, Initiative, Durchhaltevermögen und Kraft, die Zukunft selbst zu meistern. Was Nordrhein-Westfalen jedoch nicht verkraftet, sind zusätzliche Belastungen, die wir nicht selbst zu verantworten haben. Innerparteiliche Rücksichtnahme, die Sie gegenüber Ihren Parteifreunden in Bonn aufbringen müssen, wirken sich objektiv als Barrieren für ein gemeinsames Strategiekonzept aus. Ein Beispiel dafür ist es, wenn Herr Dr. Worms aufpassen muß, daß die Ausgangsbedingungen für Herrn Dr. Blüm in Nordrhein-Westfalen für 1990 erhalten bleiben. Oder: Der Bundeskanzler darf für Nordrhein-Westfalen auch nicht zu stark in die Pflicht genommen werden, weil man weiß, daß eine Kritik an der Politik von Herrn Dr. Kohl innerparteilich mit Nichtbeachtung bestraft wird. Das sehen wir ja am Parteischicksal von Herrn Prof. Biedenkopf.

(Zurufe von der CDU)

Und Herr Dr. Rohde muß Herrn Möllemann in den Fragen der inneren Sicherheit vor Herrn Hirsch schützen, um die Wende in der F.D.P. zu stabilisieren. Und damit die F.D.P. als Gralhüter von Rechtsstaatlichkeit und Rechtsliberalität auch wirklich umfällt und Herr Zimmermann, den die F.D.P. sooft genervt hat, und damit auch die CSU eine Brosame erhält, droht der Landesvorsitzende Möllemann sogar mit dem Rücktritt aus dem Bundeskabinett,

- (B) (Zuruf des Abg. Schauerte (CDU))

wenn der Widerstand in der F.D.P. gegen das Vermummungsverbot nicht in sich zusammenfallen würde. Wir wissen ja nach Mannheim: Sie haben es auch geschafft, Sie haben sich ja durchgesetzt. Das ist ja auch in Ordnung.

Aber das Interessante ist - als nordrhein-westfälischer Politiker möchte ich das dazu feststellen -: Herr Möllemann hatte nicht die Absicht, etwa wegen der Arbeitslosen in der Montanindustrie oder wegen unterlassener Hilfeleistung der Bundesregierung für die Stahlwerker in Hattingen, Oberhausen und Duisburg zurückzutreten, sondern der Landesvorsitzende der F.D.P. von Nordrhein-Westfalen drohte damit, um das Kommunikationsklima, die Verkehrsformen am Bonner Kabinetttisch, erträglicher zu machen.

Unter solchen Bedingungen - das können Sie sich leicht vorstellen - wird es natürlich schwierig, in den wichtigsten Politikfeldern von Nordrhein-Westfalen zu gemeinsamem Handeln zu kommen. Jetzt wird noch gefordert, den Landfriedensbruch als Strafdelikt

einzuführen. Die CSU hat ja nachgelegt. Sie sagen: Jetzt geht es aber nicht weiter. Herr Dr. Rohde, Sie werden noch weiterhin Ihren Spaß mit der CSU behalten. (C)

Ich meine, im Grunde genommen haben Sie die Begründung für den Landfriedensbruchparagraphen schon geliefert,

(Schauerte (CDU)): Bei euch war es damals noch viel lustiger!

indem Sie die Kollegen in Rheinhausen, die in existentieller Not auf ihre Lage aufmerksam machen, der Nötigung bezichtigen. Wenn man in der Politik nach dem Verursacherprinzip vorgehe, Herr Kollege Dr. Rohde, dann haben hier ganz andere genötigt als die Kollegen, die in ihrer Verweigerung auf den Straßen von Rheinhausen demonstriert haben!

(Zustimmung bei der SPD - Zuruf des Abg. Schauerte (CDU))

In diesem Zusammenhang fand ich auf der anderen Seite zum Beispiel toll, was Sie, Herr Kollege Dr. Rohde, beim Redaktionsgespräch der "Aachener Nachrichten" am 26. November von sich gaben. Sie kritisierten die "amtierende Bundesregierung" - das kann niemand so ausdrücken wie Sie - wegen der "skandalösen Benachteiligung des Landes durch Bonn". Sie setzen sich in dem Artikel auch für eine "Allparteienkoalition" für die Modernisierung der krisengeschüttelten Montanregionen ein. Über Blüm äußerten Sie sich so, als hätte ich es gesagt: "Der verspricht allen alles, ob bei den Stahlkochern, Bauarbeitern oder Bergarbeitern." Weiterhin heißt es in dem Artikel: (D)

Die Landes-CDU beobachtet ihren Vorsitzenden still und sehnt sich nach seinem Erfolg, spottete die F.D.P.-Spitze.

Genau! Ich kann dazu nur sagen: Genauso sehe ich es auch.

Aber am 9. November 1987, nur zwei Wochen davor, forderten Sie Ihren Parteifreund Bangemann, den amtierenden Bundeswirtschaftsminister, auf, kein gutes Geld für unhaltbare Programme der Düsseldorfer SPD-Landesregierung aus dem Fenster zu werfen.

(Dr. Rohde (F.D.P.): Das ist doch kein Widerspruch!)

Gemeint war das Programm "Zukunftsinitiative Montanregionen". - Ich halte das für einen ungeheuerlichen Vorgang, muß ich Ihnen sagen; denn daß der Vorsitzende einer nordrhein-westfälischen Parlamentsfraktion in

(Büssow (SPD))

- (A) Nordrhein-Westfalen Politik gegen das eigene Land betreibt, ist eine neue Qualität von Opposition.

(Zustimmung bei der SPD - Schauerte (CDU): Das ist doch absoluter Quatsch!)

Sie hätten ja etwas Besseres vorschlagen können, Herr Dr. Rohde. Darüber hätte man reden können. Sie haben aber gar nichts vorgeschlagen.

Der F.D.P.-Abgeordnete im Wirtschaftsausschuß - ich nehme an, es war Herr Tschoeltsch gewesen - hat dem Zukunftsinvestitionsprogramm zugestimmt, offensichtlich weil er etwas von Wirtschaftspolitik versteht.

Auf Ihrem Landesparteitag in Hagen am 5. Dezember diskutierten Sie drei Stunden die Vermummungsfrage und beschlossen offensichtlich zügig den Schnellen Brüter.

(Zurufe von der F.D.P.: Was?)

- Einverstanden! Das habe ich in der Presse so gelesen. Das korrigiere ich. Also nicht ganz so lange,

(Dr. Rohde (F.D.P.): Keine Minute!)

länger über den Brüter.

(Zuruf des Abg. Dr. Schaumann (F.D.P.))

- (B) - Okay! - Aber Sie beschlossen beim Brüter - und das stimmt ja wohl; das sind ja wohl die übermittelten Fakten -, er solle in Betrieb genommen werden, obwohl Sie wissen, daß weder ein forschungspolitischer, ein energiepolitischer noch ein wirtschaftlicher Bedarf für die Brütertechnologie in der Bundesrepublik erkennbar ist.

(Schauerte (CDU): Das behaupten Sie immer!)

Sie wissen auch, daß in Frankreich im Frühjahr eine Wirtschaftlichkeitsdebatte begonnen hat, wobei heute in Frankreich noch niemand absehen kann, ob man dieser Techniklinie der Energiegewinnung überhaupt eine Zukunft beimessen kann. Das alles wissen Sie sehr genau. Aber der Brüter in Kalkar wird von der CDU und von der F.D.P. zum Symbol des atomwirtschaftlichen Industriekomplexes hochstilisiert. Es geht Ihnen nicht mehr um materielle Fragen, um rationale Erörterung unterschiedlicher Standpunkte, es geht Ihnen um nackte Ideologie, um das Durchsetzen eines interessengeleiteten Prinzips.

(Dr. Linssen (CDU): Zukunftsverweigerer!)

(C) Die sicherheitstechnischen Bedenken, die auf Ihrem Parteitag erörtert wurden, werden Sie per Parteitagsbeschuß auch noch wegbekommen; da bin ich ganz sicher.

Herr Reichel - leider ist er im Augenblick nicht hier - von den "Julis" ist ja bereits eingeknickt. Der junge Kollege zeigt sich also lernfähig. Früh krümmt sich, was ein Häkchen werden will.

(Hardt (CDU): Wie Herr Büssow!)

Unser Respekt, meine Damen und Herren, gilt Herrn Dr. Riemer und Herrn Dr. Hirsch, weil sie wissen, daß der Brüter keine fehler-tolerante Technologie ist. Damit die Brüter-Sache nun auch ihren Schwung bekommt, haben Sie, Herr Dr. Rohde, die Bundesregierung aufgefordert, unverzüglich zu prüfen, ob nicht durch Änderung des Atomgesetzes der Düsseldorfer Landesregierung die Zuständigkeit für die Bewilligung des Reaktors entzogen werden soll. Die Bundesregierung selbst dagegen verhält sich in der Frage etwas taktischer. Für das Atomfanal Kalkar sieht sie erst einmal 300 Millionen DM bis 1991 vor und hofft auf die Landtagswahl von 1990. Sie hätten besser daran getan, meine Damen und Herren, die 300 Millionen DM für das Zukunftsprogramm Montanregionen bereitzustellen.

(Zustimmung bei der SPD)

(D) Bei der Stahl-Resolution von vor zwei Wochen, also Anfang Dezember - das war wiederum zehn Tage nach Ihrem Interview in den "Aachener Nachrichten" -, waren Sie sich nicht zu schade, die Schließung des Krupp-Stahlwerkes in Rheinhausen zu begrüßen. Das ist jetzt, Herr Dr. Rohde, vor dem Hintergrund der Gespräche des Betriebsrats mit dem Vorstand besonders peinlich, da eventuell Teile von Rheinhausen doch noch zu retten sind. Vor einem solchen Hintergrund war der Schnellschuß, den Sie da geliefert haben, an sich nicht verantwortbar.

(Zuruf des Abg. Dr. Rohde (F.D.P.))

Also: Sie kommen mit vielen Ideen, und wenn man Ihre Ideen im Laufe von nur drei Wochen nachhält, merkt man, daß sich ein Mann selbst konterkariert. Das Charakteristische an der F.D.P.-Politik in Nordrhein-Westfalen ist mehr die Beliebigkeit als die Stetigkeit. Man kann auch sagen: In der Beliebigkeit sind Sie stetig, Herr Dr. Rohde.

(Zustimmung und Heiterkeit bei der SPD)

Meine Damen und Herren von der Opposition, was in der jetzigen Lage hilft, ist die Be-

(Büssow (SPD))

- (A) lebung der Binnennachfrage durch Investitionsprogramme; ich wiederhole es das dritte Mal.

(Zuruf des Abg. Schauerte (CDU))

Die Arbeitslosigkeit muß von der Bundesregierung tatkräftig bekämpft, die Finanzen der Kommunen müssen durch Entlastung der Sozialhilfeleistungen gestärkt und die ökonomische und ökologische Erneuerung muß in Gang gesetzt werden. Was wir von Nordrhein-Westfalen aus tun können, haben wir mit diesem Haushalt vorgelegt. Wir werden alles unternehmen, daß die Menschen in Nordrhein-Westfalen Hoffnung und Gewißheit für eine menschenwürdige Zukunft haben können, insbesondere die Stahlarbeiter in Rheinhausen, Hattingen, Oberhausen und die Kölner Stahlarbeiter, die durch Mißmanagement des Wolff-Konzerns vor dem Nichts stehen. Unsere Politik wird sich immer an den Sicherheitsbedürfnissen der Menschen orientieren.

Bei allen politischen Unterschieden zu Prof. Biedenkopf stimme ich mit seiner folgenden Aussage überein - ich darf zitieren -:

Die Arbeitslosigkeit ist heute in erster Linie Ausdruck einer unzureichend intelligenten Organisation der Arbeit und des Arbeitsmarktes. Eine Gesellschaft, die in einem historisch nicht vorstellbaren Massenwohlstand lebt und gleichwohl nicht in der Lage ist, allen Menschen, die dies wünschen, durch Arbeit an diesem Wohlstand zu beteiligen, hat sich unzureichend intelligent organisiert.

(B)

Meine Damen und Herren, Ihre Reden zum Haushalt kann man ebenso unter diesem Vorwurf Professor Biedenkopfs subsumieren. Wir müssen Ihre Anträge zum Haushalt 1988 ablehnen.

(Beifall bei der SPD - Schauerte (CDU): Das ist die Überraschung des Tages!)

Frau Vizepräsident Friebe: Ich erteile Herrn Ministerpräsidenten Dr. Rau das Wort.

Dr. Rau, Ministerpräsident: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Landeshaushalt, den die Regierung dem Parlament vorlegt, ist der Erweis dessen, was eine Landesregierung, wer immer sie auch stellt,

(Schauerte (CDU): - alles falsch machen kann!)

politisch für nötig und politisch für möglich hält.

Daß sich an einem solchen Landeshaushalt die Geister scheiden, ist immer so gewesen, und das erfahren wir in jedem Jahr neu. So gibt eine Haushaltsberatung auch Gelegenheit zum Schlagabtausch, wie wir ihn heute vormittag hier erlebt haben. Dieser Schlagabtausch erfolgt, wenn ich es richtig empfinde, seit einigen Monaten in einer härteren Sprache.

(C)

(Zurufe von CDU und F.D.P.)

- Ich weiß nicht, ob Sie mir nun Gelegenheit geben wollen, meine Gedanken vorzutragen. Ich wollte es jedenfalls einmal versuchen.

Was die Angriffe auf den Ministerpräsidenten angeht, die Herr Dr. Rohde und einige der nach ihm Redenden ausgesprochen haben, so will ich dazu nicht viel sagen. Sie kennen meinen Arbeitsstil, und ich bleibe bei diesem Arbeitsstil. Sie kennen meine Politik, und ich bleibe bei dieser Politik.

(Dautzenberg (CDU): Ist das Politik?)

Ich habe für diese Politik die Bestätigung durch den Wähler zweimal bekommen, und ich werde sie ein drittes Mal erbitten und erreichen.

(Beifall bei der SPD - Dorn (F.D.P.): Sind Sie so sicher?)

- Herr Kollege Dorn, sicher kann man nie sein. Da gibt es zwischen Ihnen und mir noch Unterschiede. Sie werden mir doch zugestehen, daß ich auf jeden Fall in den Landtag komme.

(D)

(Beifall bei der SPD - Schuitz-Tornau (F.D.P.): Das macht Sie auch so behäbig! - Heiterkeit und Beifall bei F.D.P. und CDU)

- Also, wenn alle, die sicher sein können, in den Landtag zu kommen, als behäbig gelten, kann ich nur sagen: Laßt wohlbeleibte Männer um mich sein!

(Allgemeine Heiterkeit)

Aber ich wollte versuchen, vorzutragen - und das würde ich gern im Zusammenhang tun -, wie ich diese Politik sehe und vertrete, und ich wollte zu zeigen versuchen, wo es Übereinstimmung gibt und wo ich Unterschiede sehe.

(Weiss (CDU): Da sind wir aber gespannt! - Weitere Zurufe von der CDU: Unterschiede im Kabinett?)

Dabei stelle ich fest: Die Situation zwischen den Parteien im Land hat sich in den letzten

(Ministerpräsident Dr. Rau)

- (A) Monaten zumindest publizistisch geändert. Nachdem die größte Oppositionspartei mehrere Jahre mit sich selber stark beschäftigt war

(Weiss (CDU): Das bedauern Sie aber!)

- das beklagen wir sicher alle, so wie Sie es beklagen würden, wenn es bei uns solche Konflikte gäbe -, ist jetzt eine Situation eingetreten, in der, wenn ich es richtig verstehe, eine Art frühzeitiger Aufgalopp stattfindet.

(Dr. Linssen (CDU): Dauerlauf, Herr Ministerpräsident!)

- Das kann zum Dauerlauf werden. Kurzstreckenläufer sind nicht gefragt, sagt Norbert Blüm, und richtet sich auf sieben Jahre ein. Das ist eine lange Lauferei.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD  
- Hardt (CDU): Sie zeigen, daß es schon bergab geht! - Dr. Rohde (F.D.P.): Leerlauf!)

Da hat sich etwas verändert, und ich freue mich darüber. Ich freue mich auf den Wettbewerb der Argumente, und ich freue mich darüber, daß wir uns in der Sorge um dieses Land und für dieses Land offenbar gegenseitig zu übertreffen suchen.

Mir liegt daran, daß alle ihre Pflicht tun.

- (B) (Sehr gut! bei der CDU)

Das gilt für die Landesregierung wie für die Bundesregierung; das gilt für die Parteien wie für die Mitarbeiter, die wir haben.

Die Entscheidung darüber, wer seine Pflicht wie getan hat, fällt in dieser Demokratie der Wähler. Ihm müssen wir uns stellen. Bis dahin und danach wieder müssen wir arbeiten. Ich tue das in unterschiedlichen Funktionen. In der, die ich jetzt inne habe, tue ich es seit mehr als neun Jahren.

Dabei werde ich nicht aufhören, in den Fällen meine Stimme zu erheben, in denen nach meiner Überzeugung Bundespolitik die Landespolitik erschwert, konterkariert oder ihr Fesseln anlegt.

(Schauerte (CDU): Oder ihr hilft!)

- Und wenn sie ihr hilft, werde ich auch das nicht verschweigen, sondern auch dann meine Stimme erheben.

(Hardt (CDU): Dann müssen Sie den ganzen Tag darüber reden!)

Das Konjunkturprogramm, das in Bonn beschlossen worden ist, halte ich für ein den Interessen unseres Landes nicht angemessenes Programm.

(Beifall bei der SPD)

Ich bin davon überzeugt, daß die Bürgermeister von Sindelfingen, von Freiburg und von München, die alle gute Sozialdemokraten sind, von diesem Konjunkturprogramm mehr haben werden, als unsere Städte in Nordrhein-Westfalen von einem solchen Programm haben können.

(Beifall bei der SPD)

Darum bin ich für ein anderes Programm. Ich bin der Meinung: Der Bund sollte von der in den letzten vier Jahren von 16 auf 24 Milliarden gestiegenen Sozialhilfe in der Bundesrepublik wenigstens den bei den Städten verbleibenden, durch Dauerarbeitslosigkeit entstandenen Anteil aus Bundesmitteln erstatten, damit die Städte investieren können.

(Beifall bei der SPD)

Herr Schauerte hat beklagt, daß die Investitionsquote unseres Landes sinkt. Ich beklage das mit ihm. Aber ich kann es angesichts der Haushaltsmöglichkeiten unseres Landes nicht ändern.

Ich füge hinzu: Im Soll der Investitionsquote hat Nordrhein-Westfalen in diesem Jahr 14,6 %,

Niedersachsen hat 12,8 %

(Zuruf von der SPD)

- das ist liegt noch nicht vor, Herr Kollege -, das Saarland 14,5 %.

(Dr. Linssen (CDU): Wo wir herkommen, das müssen wir uns anschauen!)

Vergleiche ich die Investitionsquote Nordrhein-Westfalens nicht mit unserem nördlichen Partner Niedersachsen, sondern vergleiche ich sie mit dem Bund, dann liegt sie beim Bund 1985 bei 13 %, in Nordrhein-Westfalen bei 16 %, 1986 im Bund bei 12,5 %, in Nordrhein-Westfalen bei 15,5 %, 1987 im Bund bei 12,4 % und in Nordrhein-Westfalen bei 14,6 %.

(Schauerte (CDU): Sind Post und Bahn dabei?)

- Nein, da sind Post und Bahn natürlich nicht dabei, Herr Kollege Schauerte. Im Landeshaushalt ist natürlich auch nicht der

(C)

(D)

(Ministerpräsident Dr. Rau)

- (A) öffentliche Personennahverkehr der Städte und Gemeinden enthalten.

(Zustimmung bei der SPD)

Sie müssen immer die Gebietskörperschaften anhand vergleichbarer Zahlen miteinander vergleichen.

(Zurufe von der CDU: Das ist nicht vergleichbar!)

Die Finanzlage unseres Landes, meine Damen und Herren,

(Dautzenberg (CDU): Fragen Sie einmal Ihren eigenen Finanzminister!)

Ist schwierig und wird es bleiben. Darum halten wir am Kurs der Haushaltskonsolidierung fest. Aber wir erfüllen die nötigen Staatsausgaben, und wir sind dabei, unser Land ökonomisch und ökologisch zu erneuern. Wir fangen damit nicht erst jetzt an, sondern wir haben etwas vorzuzeigen.

(Beifall bei der SPD)

Der Haushalt 1988 wird diesen Zielen gerecht, soweit das in unseren Kräften steht. Freilich steigen die Gesamtausgaben nur um 1,9 %. Das ist eine niedrige Ausgabensteigerung, und dennoch müssen wir uns mit 5,6 Milliarden DM neu verschulden. Das sind 9,1 % der Ausgaben. In Niedersachsen sind es 8,7 %, im Bund sind es 10,7 %.

(B)

(Weiss (CDU): Ja, ja, viel mehr!)

Die in der Finanzplanung vorgesehene Verminderung der Neuverschuldung auf 4,6 Milliarden DM hätten wir aus eigener Kraft erreicht,

(Weiss (CDU): Wenn der Bund nicht gewesen wäre!)

wenn wir nicht die Einnahmever schlechterungen von 1,1 Milliarden DM wegen der erneuten Steuersenkungsbeschlüsse und wegen der verschlechterten konjunkturellen Aussichten anders als durch zusätzliche Ausgabenkürzungen hätten auffangen müssen.

(Schumacher (Kall) (CDU): Wie ist das mit der Binnennachfrage?)

Nun haben wir in allen öffentlichen Haushalten gegenwärtig wenig Spielraum. Das gilt für Nordrhein-Westfalen ganz besonders. Allein die Zinsen werden im kommenden Jahr 11 % der Ausgaben verschlingen, im Bund 11,8 %, meine Damen und Herren.

(Zuruf von der CDU: Erblast!)

Wir haben den geringen Spielraum entschlossen genutzt. Wir haben Prioritäten für die Zukunftssicherung des Landes gesetzt.

(C)

(Schauerte (CDU): Neue Heimat!)

- Ich will Ihnen zur Neuen Heimat, weil Herr Schauerte dazu etwas gesagt hat, eine Bemerkung machen; wir werden ja dazu morgen eine Regierungserklärung hören. Ich bin nach pflichtgemäßem Ermessen, nach meiner Kenntnis und Erkenntnis zu der Überzeugung gekommen, daß es richtig ist, diesen Weg zu gehen, auch zur Sicherung des Landesvermögens. Ich werde diesen Weg auch verantworten und weise die Unterstellung, es ginge uns um die Sicherung von Gewerkschaftsvermögen, mit Nachdruck zurück. Sie wissen, daß das falsch ist!

(Beifall bei der SPD)

Wir setzen die Prioritäten bei der Zukunftssicherung unserer Montanregionen, bei der Förderung von Wissenschaft und Forschung,

(Lachen bei F.D.P. und CDU)

bei Umweltschutz- und Ausbildungsplatzbeihilfen. Der Haushalt enthält die Zukunftsvorsorge für unsere Bürger, die uns möglich ist, und er braucht deshalb nicht zurückgenommen zu werden.

Die von der F.D.P. und von der CDU heute eingeforderten Prioritäten und Posterioritäten sind im Haushaltsplan enthalten. Die Aussagen, der Haushalt enthalte die Schwerpunkte nicht, lasse die Konzepte nicht erkennen, sei ungeeignet, die Zukunftsaufgaben zu lösen, sind nach meiner Überzeugung auf einen bewußten Informationsverzicht der Oppositionsfractionen zurückzuführen. Sie wollen es nicht wissen.

(D)

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU - Dorn (F.D.P.): Das werden wir Ihnen alles beweisen; da können Sie unbesorgt sein!)

Ich nenne ein paar Schwerpunkte. Wir stellen 180 Millionen DM Landesmittel für die Zukunftsinitiative bereit

(Dorn (F.D.P.): Und geben sie nicht aus!)

- und geben sie aus! Wir haben ein Programm vorgelegt und 150 Projekte dem Grunde nach anerkannt. Wir werden diese Arbeit fortsetzen. Wir halten den Weg der Beteiligung der Gebietskörperschaften und der am Ort Verantwortlichen an der Entwicklung der Projekte

(Ministerpräsident Dr. Rau)

- (A) und der Objekte für einen richtigen, bürger-nahen, demokratischen und zukunftsweisenden Weg.

(Beifall bei der SPD)

Wir führen das Zukunftstechnologieprogramm ohne Abstriche weiter. Wir erhöhen seine Ansätze im Wirtschaftsteil des Programms. Wir geben der Forschung durch Sonderfinanzierungen Vorrang. Ich nenne die 47 Millionen DM für das Fraunhofer-Institut für Mikroelektronik in Duisburg. Ich nenne den 10%igen Finanzierungsanteil beim europäischen Transschall-Windkanal in Köln-Porz.

Ich nenne die 44 Millionen DM für neue Institute der Deutschen Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt, der DFVLR, und ich füge noch einmal hinzu: Die Raumfahrtagentur gehört nach Nordrhein-Westfalen und gehört zur DFVLR!

(Beifall bei der SPD)

Wenn wir uns gemeinsam darum bemühen, sollten wir es wohl schaffen.

(Zuruf von der CDU: Wie bei der Lufthansa!)

- Bei der Lufthansa hätten wir es auch geschafft, wenn sich alle bemüht hätten, Herr Kollege!

- (B) (Schauerte (CDU): Der Verhandlungsführer bringt nichts!)

Ich nenne die 13 Millionen DM für das Biotechnikum in Jülich, die Übernahme der vollen Betriebskosten der Institute für Biotechnologie, die hälftige Finanzierung zwischen Bund und Land bei Bau- und Ersteinrichtung des Fraunhofer-Instituts für Lasertechnik in Aachen.

Meine Damen und Herren, wenn Sie das Bild von Nordrhein-Westfalen, das in Not sei, zeichnen, dann stimmt das für bestimmte Bereiche und für bestimmte Zeiträume. Es stimmt vor allen Dingen dann, wenn zum ersten Mal in der Geschichte unseres Landes Kohlekrise und Stahlkrise zeitlich und örtlich zusammentreffen.

Aber es stimmt auch das andere: daß wir in den letzten Jahren Schwerpunkte gesetzt haben, die ihre Entwicklung nicht von einem Tag auf den anderen hinter sich bringen, sondern die Frist brauchen. Die Robotertechnik in Dortmund, die Genetik in Köln, die Weltraumtechnologie in Aachen, die OberflächenanalySELABORS in Düsseldorf und

Münster, die Halbleitertechnologie in Duisburg, die Lasermedizin in Düsseldorf, das Zentrum für Expertensysteme in Dortmund, Transporttechnik und Warendistribution in Dortmund, die Produktionstechnologien in Aachen - das sind nur wenige Beispiele. Wollen Sie diese Beispiele für die technologiefeindliche Haltung der Landesregierung anführen? Ja, wo leben Sie denn, wenn Sie das alles nicht zur Kenntnis nehmen!

(Beifall bei der SPD)

46 Hochschulen im Lande - das sind wahrlich Schwerpunkte! Über 40 Sonderforschungsbereiche an den Hochschulen in Nordrhein-Westfalen, davon dreizehn neue seit 1985 - mehr als in jedem anderen Bundesland! Ein Drittel aller bundesdeutschen Eureka-Projekte in Nordrhein-Westfalen, von Technologiezentren und Transferstellen gar nicht zu reden!

Sie zeichnen von Nordrhein-Westfalen das Bild vom Möbelwagen. Wir haben es schon in Wahlanzeigen gesehen. Die Wahrheit ist: In den letzten zwei Jahren sind 28 ausländische Wissenschaftler Rufen an unsere Hochschulen gefolgt, und acht haben Rufe an ausländische Hochschulen angenommen. Das ist ein positiver Saldo, über den ich mich freue und den ich bekanntgemacht wissen möchte, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD)

(D) Wir gehen den Weg der ökonomischen Erneuerung mit der Mittelstandsförderung, der regionalen Wirtschaftsförderung, der Außenwirtschaftsförderung weiter. Trotz der Haushaltsenge haben wir unsere Positionen hier zum Teil verbessert.

Nun gibt es den Vorschlag der CDU, das Landesvermögen ganz oder teilweise zu liquidieren, damit wir Mittel zur Stützung des Strukturwandels bekämen. Ich halte von diesem Weg nichts. Sie werden es mir nicht glauben, daß das ein falscher Weg ist. Da aber hier Zitate beliebt sind, zitiere ich:

Das ist eher Augenwischerei als reale Politik!

So sagt Graf Lambsdorff, der heute schon einmal gegen mich ins Feld geführt wurde.

Also: nicht Aufgabe von Landesvermögen, sondern stetig weitergehen, Kurs halten, die Interessen der Mehrheit der Menschen im Blick behalten und entsprechende Politik machen. Und wenn Sie zu der Vermutung kommen, ich hätte die Interessen der Mehrheit

(Ministerpräsident Dr. Rau)

- (A) der Menschen nicht im Blick oder ich verträte ihre Interessen nicht stetig genug - könnte es sein, daß Sie eine Gruppe von Menschen für die Mehrheit halten, die in Wirklichkeit eine kleine Gruppe von Multiplikatoren ist?

(Beifall bei der SPD)

Der Schwerpunkt Umwelt wird gehalten. Die Haushaltsansätze sind in verschiedenen Bereichen spürbar aufgestockt worden,

(Schauerte (CDU): Unter dem Strich aber alles herunter!)

werden auf hohem Niveau fortgeführt. Da gibt es gelegentlich auch Positives zu melden: Gelegentlich ist zu sagen, daß der Rückgang der Abwasserabgabe von 104 Millionen auf 70 Millionen DM, also eine Verschlechterung der Einnahmen, ein positives Anzeichen dafür ist, daß der Schadstoffgehalt der Abwässer verringert werden konnte. Auch das möchte ich als Nachricht weitergegeben wissen.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe die Situation in diesem Lande nicht zu beschönigen; denn es gibt in der Tat bedrückende Meldungen: Hattingen und Oberhausen, Rheinhausen, Klöckner-Humboldt-Deutz und die Weserhütte - das sind Ausschnitte, und niemand sollte an ihnen vorbeisehen. Wir sollten aber auch sagen - und deutlich machen, daß wir diesen Weg weitergehen müssen -, wie stark sich die Wirtschaftsstruktur dieses Landes in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten verändert hat. Da will ich nun gar nicht darüber reden und rechten, wer Anteil daran hat, wem das zu verdanken ist, welche Regierung das gut oder schlecht gemacht hat oder noch besser machen könnte oder hätte besser machen können.

(Schauerte (CDU): Das Gute immer in Düsseldorf und das Schlechte in Bonn!)

- Nein, ich rede im Augenblick von allen Landesregierungen. Ich war also auf dem Weg Amelunxen zu mir, Herr Schauerte; da habe ich Sie übersehen. Ich rede von den letzten 40 Jahren Landesgeschichte. Dazu sage ich: Wir haben Verwerfungen und Veränderungen durchzustehen gehabt, die keine andere Industrieregion der Welt mit solchem Erfolg hat bestehen können, keine andere Industrieregion!

(Beifall bei der SPD)

- 1974 waren in der Stahlindustrie 240 000 Menschen, 1986 noch 140 000 - ein Rückgang um 40 Prozent; (C)

(Schauerte (CDU): Und wer hat sich um die Bauindustrie gekümmert?)

1978 im Steinkohlenbergbau rund eine halbe Million Menschen, 1986 noch 124 000 - Rückgang um 75 Prozent, und das ohne soziale Unruhen! In der Bekleidungsindustrie von 260 000 im Jahre 1970 auf 102 000 - Rückgang 61 Prozent -; und in den letzten zwei Jahren 140 000 neue, zusätzliche Arbeitsplätze, mit dem Ergebnis, daß im Maschinenbau die meisten sind, während die Zahl der Arbeiter in der chemischen Industrie auf Platz zwei in unserem Lande liegt. Das Ruhrgebiet hat den wirtschaftlichen Strukturwandel ein gutes Stück weit geschafft, und wir müssen helfen, daß es auch die weitere Wegstrecke schafft. Wir haben keine Slums in den Großstädten, auch weil wir Städtebau- und Wohnungsbaupolitik betrieben haben, allesamt und in den Jahren, von denen ich rede.

(Beifall bei der SPD - Stump (CDU): Wo haben wir die denn?)

- Ich vergleiche im Augenblick alte Industrieregionen, von denen es viele gibt.

(Schultz (SPD): Fahren Sie einmal von Hull nach Liverpool!)

- Ich halte es nicht für einen bescheidenen Anspruch, wenn man sagt: Situationen wie in Liverpool darf es hier nie geben. Wir wollen das sagen. (D)

(Beifall bei der SPD)

Aber einzelne Initiativen reichen nicht aus. Wir brauchen ein abgestimmtes Bündel von Initiativen. Dabei sind alle gefordert: die Unternehmen, das Land, der Bund und die Gemeinden. Ich füge hinzu: Wenn der Bundeskanzler zu einer Montankonferenz einlädt - ich habe das mit Freude gelesen -, wollen wir das gemeinsam begrüßen. Wir wollen hingehen und wollen unsere Positionen zu einer solchen Montankonferenz vorher deutlich darstellen, damit die Menschen im Lande hernach feststellen können: Was gab es an verschiedenen Vorschlägen, und wieviel davon ist wie realisiert worden? Ich hoffe, daß wir zu einem Bündel gemeinsamer Maßnahmen kommen; denn weder gehört Nordrhein-Westfalen dem Johannes Rau, noch gehört die Bundesrepublik Helmut Kohl, sondern wir haben beide unterschiedliche Verantwortung.

(Beifall bei der SPD)

(Ministerpräsident Dr. Rau)

- (A) Wir haben gute Voraussetzungen, diesen Wandel zu schaffen.

(Weiss (CDU): Nur Taktik!)

- Wieso? Sie haben mich doch eben dazu aufgefordert, das zu tun. Dann habe ich Sie nicht richtig verstanden.

(Weiss (CDU): Die Art und Weise, wie Sie zu der Konferenz gehen, ist Taktik!)

- Aber ich bin doch eben von dem CDU-Sprecher aufgefordert worden, erstens, diese Konferenz zu begrüßen, und zweitens, deutlich zu sagen, was wir von einer solchen Konferenz erwarten. Da habe ich gesagt: Das wollen wir tun.

(Beifall bei der SPD)

Dann haben Sie mich falsch verstanden. Mehr wollte ich nicht sagen. Das ist doch richtig so. Ich halte es wirklich für richtig, daß man eine solche Konferenz gut vorbereitet, Arbeitspapiere vorlegt und daß man dann miteinander darüber spricht: Was kann bei einer solchen Konferenz herauskommen?

(Zuruf von der CDU: Richtig!)

Wir wollen gerne öffentlich sagen, was nach unserer Meinung wer tun kann. Dabei wollen wir natürlich auch unseren Beitrag zu beschreiben versuchen.

- (B) (Schauerte (CDU): Als einen eigenen wertvollen Beitrag dazu!)

- Ja, sicher. Das wird alles eingebracht. Danach freuen wir uns gemeinsam des Erfolges, oder wir werden für den Mißerfolg bestraft. Das ist doch klar. Es kann unterschiedliche Strafmaße geben. Darüber läßt sich reden.

Ich habe den Eindruck, Sie vermuten im letzten halben Jahr hinter jedem Satz, den ein anderer sagt, nur Polemik und Taktik, weil Sie ganz auf diesen Pfad abgefahren sind.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich eine kleine Bemerkung machen, Herr Schauerte. Ich weiß nicht mehr, in welchem Zusammenhang Sie das gesagt haben. Sie haben von zwei Leuten gesprochen, die bei mir in der Staatskanzlei Blüm-Manndeckung machten.

(Zurufe von der CDU: Das war Herr Dr. Linssen!)

- Entschuldigung, das war Herr Linssen.

(Dr. Linssen (CDU): Drei Leute!)

- Herr Dr. Linssen, ich würde Ihnen gerne öffentlich sagen: Ich halte es für eine Aufgabe der Staatskanzlei, politisches Geschehen zu beobachten und dem Regierungschef darüber zu berichten

(Zuruf von der CDU: Das ist die Bestätigung dafür!)

- Moment, nun lassen Sie mich doch den Satz noch zu Ende sagen. Sie dürfen aber sicher sein: Es darf, es kann und es wird weder im Bundesarbeitsministerium noch in der Staatskanzlei Nordrhein-Westfalen eine Art Feindbeobachtung geben. Wir leben in Düsseldorf und Bonn. Wir werden wohl einiges gelernt haben. Darum bitte ich Sie: Prüfen Sie sehr genau, sprechen Sie mich an, wenn Sie Veranlassung haben zu irgendwelchen Beschwerden in dieser Richtung. Aber ich bitte Sie genauso: Zitieren Sie nicht irgendeinen Satz aus irgendeinem Papier ohne den Zusammenhang, und nennen Sie ihn dann nicht als Beleg dafür, daß bei uns Parteipolitik gemacht werde!

(Beifall bei der SPD)

Ich habe davon gesprochen, daß wir gute Voraussetzungen haben, - -

(Zuruf von der CDU)

- Bitte, ich kann hier nicht über einzelne Namen sprechen. Der Name, den Sie gerade gerufen haben,

(Schauerte (CDU): Über den habe ich schon geschrieben!)

- ja, über den haben wir schon einmal geschrieben -, ist wirklich ein Anlaß für ein solches Mißverständnis. Der Mann hat nichts mit dem zu tun, was Sie vermuten.

Ich wollte Sie darüber unterrichten, daß wir nach meiner Überzeugung dabei sind, diese Chancen zu nutzen, daß wir uns aber in der Tat für die Entwicklung der nächsten Jahre durch das Ansteigen der Haushaltsdefizite und durch die Steuerreform behindert sehen, deren zeitlicher Einsatz nach unserer Meinung falsch ist im Blick auf Länder und Gemeinden, weil sie nicht mit einer Finanzreform der öffentlichen Hände einhergeht. Außerdem halten wir sie für ungerecht, unsozial und wirtschaftspolitisch falsch. Das ist der Sachverhalt.

(Beifall bei der SPD)

(C)

(D)

(Ministerpräsident Dr. Rau)

- (A) Die Bundesregierung verändert gegenwärtig ständig ihre Schätzungen für das Gesamtdefizit der öffentlichen Haushalte.

Sie liegt inzwischen bei 58 Milliarden DM. Es gibt Leute, die behaupten, 1990 würden die öffentlichen Haushalte mit 100 Milliarden DM verschuldet sein. Das ist eine bedrückende Entwicklung - in Nordrhein-Westfalen, in anderen Ländern, beim Bund und bei den Gemeinden. Aber ich sage Ihnen

(Weiss (CDU): Jetzt kommt es!)

- jetzt kommt folgender Satz, Herr Weiss -: Wenn wir schon den Weg einer zusätzlichen Verschuldung gehen müssen,

(Zurufe von der CDU: Mit ZIM!)

dann will ihn diese Landesregierung eher für Aktivitäten gehen, mit denen man Arbeit schafft, als für Veränderungen im sozialen Klima, für Entlastung der Hochverdienenden und meine eigene Entlastung!

(Zustimmung bei der SPD - Zurufe von der CDU: Das war schwach! - Was sagt denn der Finanzminister?)

- Der Finanzminister ist auch der Meinung, daß die jetzt von Bonn angesetzte Steuer-senkung zugunsten der Höherverdienenden falsch ist, weil sie binnenwirtschaftliche Nachfrage in Wirklichkeit nicht ankurbelt.

- (B) (Zustimmung bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, hier ist eben Herr Blüm gelobt worden

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der CDU)

- ich wollte gerade einstimmen -, und zwar, wenn ich das richtig verstehe, für seine Teilnahme an der Kohlerunde. Ich schließe mich dem an. Ich fand es richtig, daß die Kohlerunde stattgefunden hat,

(Schmidt (SPD): Das wurde auch lang-sam Zeit!)

und danke allen, die mitgewirkt haben, daß daraus nicht eine Niederlage geworden ist.

(Zustimmung bei der CDU)

Ein Sieg ist es leider auch nicht geworden. Aber mitgewirkt haben alle: die Bundesregierung, die Landesregierung, die Unternehmensverbände des Steinkohlenbergbaus

und die IGBE, die wahrlich einen schwierigen Weg vor sich hat. (C)

(Leifert (CDU): Dann soll man das auch sagen!)

- Ja, sicher! Darum meine ich: Lassen Sie uns hier keinen Urheberrechtsstreit austragen.

(Zurufe von der CDU)

Die Kohlerunde hat dazu geführt, daß es in einem Feld wieder Konsens gibt,

(Zurufe von der CDU: Sehr richtig!)

trotz gegensätzlicher und gegenteiliger Auffassungen in anderen Bereichen. Hier hat es Kompromißbereitschaft gegeben, und sie war nötig.

Ich denke, meine Damen und Herren, daß die gemeinsame Entschließung von SPD und CDU vom 14. Oktober, an deren Zustandekommen Sie sich erinnern werden - an den spontanen Beitrag, den Herr Kollege Farthmann dazu gab, mit dem er dazu einlud -, ein Signal für Bonn gewesen ist. Ich hoffe, es werden aus unserem Land noch andere Signale der Gemeinsamkeit kommen - bei all dem notwendigen Streit, dem ich mich nicht entziehen will.

(Zustimmung bei der SPD)

Freilich: Das Ergebnis der Kohlerunde führt dazu, daß wir einen Kapazitätsabbau von 13 bis 15 Millionen Tonnen haben werden, und zwar wegen der Absatzverluste, die durch die Dollarkursentwicklung, durch die Entwicklung auf dem Ölsektor und auch auf dem Stahl- und Wärmemarkt und wegen der politischen Vorgabe, die EG-Kokslieferungen zu senken, zustande gekommen sind. Das heißt, in den Kohlerevieren unseres Landes von Aachen bis Ahlen sind 25 000 Arbeitsplätze abzubauen. Das ist wahrlich schwer verkraftbar, aber es ist offenbar unvermeidbar. (D)

Die Position der Landesregierung für die Kohlerunde war, die heimische Steinkohle als wichtigen Energieträger auf Dauer bestätigt zu bekommen. Das ist jetzt ausdrücklich anerkannt. Dafür will ich mich bedanken.

Die strukturelle Anpassungsnotwendigkeit kann aber nur gemeistert werden, wenn sie sozialverträglich möglich ist. Das ist erreicht. Dieser Anpassungsprozeß wird bis 1995 gestreckt. Wir brauchen aber - und damit nenne ich eine weitere zentrale Forderung -, daß das Mengengerüst des Jahrhundertvertrages festgeschrieben und nicht geändert wird. Uns

(Ministerpräsident Dr. Rau)

- (A) reicht nicht die Formulierung des Bundeswirtschaftsministers, die lautet: "Sicherung, soweit wie möglich." Wir wollen die Festschreibung des Mengengerüsts!

(Zustimmung bei der SPD - Dr. Linssen (CDU): Die Formulierung im Kommuniké ist doch eine ganz andere!)

- Wir sind ja froh, daß wir etwas zustande gebracht haben. Das ist jetzt die gemeinsame Auffassung aller Beteiligten. Das Mengengerüst wird erhalten, und eine Regelung nach 1995 knüpft an das geltende Vertragswerk an.

Für besonders wichtig halte ich die Lösung für das Aachener Revier. Ruhrkohle AG und EBV müssen zusammen eine gemeinsame sozialverträgliche Lösung finden. Das Ergebnis besteht aber auch darin, daß nicht mehr nach Revieren, nach Absatzbereichen und nach Unternehmen getrennt gehandelt und vorgegangen wird, sondern daß ein geordnetes Verfahren möglich wird. Ich halte das für wichtig. Der Bund unterstützt jetzt erstmals unseren schon 1986 eingebrachten Antrag, Aachen/Jülich als Fördergebiet in die Gemeinschaftsaufgabe aufzunehmen. Wir haben einen entsprechenden Haushaltsansatz vorgehen.

Jetzt ist wichtig, daß die Bergbaustädte auch in das einbezogen werden, was wir mit dem ZIM-Projekt zustande bringen und auf den Weg gebracht haben.

- (B) (Beifall bei der SPD)

Die Landesregierung wird sich dafür einsetzen.

Meine Damen und Herren: Nordrhein-Westfalen, ein Land mit großen Schwierigkeiten, aber ein Land auch mit blühenden Industrien; ein Land, das sinnvolle Investitionen vor sich hat, vor allen Dingen im Bereich der Entsorgung; ein Land, in dem wir einfordern, was unser Recht ist. Ich stehe nicht an Klagemauern, Herr Linssen - an Klagemauern gibt es noch Erhöhungen -, sondern ich fordere das Recht dieses Landes ein, auch nach Artikel 104 a Absatz 4 des Grundgesetzes.

(Beifall bei der SPD)

Aber Recht einfordern ist etwas anderes als Jammern. Wir jammern nicht, wir wollen das politische Schicksal unseres Landes gestalten und uns nicht zurückziehen und nicht so tun, als ob andere es zu gestalten hätten. Aber wir werden über unseren Beitrag reden und über den der anderen auch. Die Umgestaltung

Nordrhein-Westfalens, seine ökonomische, seine ökologische Erneuerung - ich weiß, Sie hören das nicht gern, ich sage es aber gern -, dieser Weg ist sehr viel länger, als ich das vermutet habe, als ich im September 1978 meine Arbeit anfang.

Ich will Ihnen auch nicht bestreiten, daß es in solchen neuneinhalb Jahren manchmal die selbstkritische Frage gibt: Ist das zu packen, und habe ich alles richtig gemacht, damit wir es packen?

(Paus (CDU): Mit Sicherheit nicht!)

Sie sind offenbar zu der Beschlußlage gekommen, daß ich weitgehend alles falsch gemacht habe.

(Schauerte (CDU): Zuvie!)

Ich habe auch die meisten von Ihnen im Verdacht: Sie haben mich gar nicht gewählt!

(Heiterkeit bei der SPD - Schumacher (Kall) (CDU): Das ist kein Irrtum!)

Ich sage Ihnen, meine Damen und Herren: Es lohnt, für dieses Land zu arbeiten, und mangelnden Arbeitseifer wird mir selbst der nicht vorwerfen, der sich in die Polemik vernarrt hat.

(van Schewick (CDU): Arbeiten tun wir auch!)

- Ja, sicher. Ich sage Ihnen: Diese Landesregierung wird die Gestaltung dieses Landes so wie bisher und verstärkt und verbessert zu ihrer einzigen Aufgabe machen, und sie wird diese Aufgabe zum Nutzen unseres Landes bestehen.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Riemer: Ich erteile Herrn Abg. Dr. Pohl von der Fraktion der CDU das Wort.

Dr. Pohl (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das Verhältnis des Landes zum Bund, das Verhältnis zu anderen Ländern, Energiepolitik, Finanzpolitik, Hochschulpolitik, Schulfrieden, neue Medien, Raumfahrt - Herr Ministerpräsident, nicht alles haben Sie falsch gemacht, aber fast alles haben Sie treiben lassen. Sie lassen sich treiben, Sie zeigen keine Führungslösigkeit, aber die Wirklichkeit im Lande holt Sie jetzt ein.

(Grätz (SPD): Sehr gut: "keine Führungslösigkeit"! - Weitere Zurufe von der SPD)

(C)

(D)

(Dr. Pohl (CDU))

- (A) - Sie zeigen keine Führung, Sie sind führungslos.

Unser Verhältnis zu Bonn: Seit Jahren fordert die CDU-Fraktion, dieses Verhältnis zu harmonisieren. Helfende Hände schlägt man nicht, haben wir gesagt. Aber, Herr Ministerpräsident, die Redner der Mehrheitsfraktion, die Minister der Landesregierung polemisieren weiter. Da ziehen Sie als Kanzlerkandidat gegen Bonn, Sie kommen als Wahlverlierer wieder. Das hatte ich Ihnen in der Landtagsdebatte am 5. März 1986 unter Zugrundelegung des sogenannten Peter-Prinzips bereits vorausgesagt.

Da gestanden Sie in einer Pressekonferenz am 13. Juli 1987 ein, daß Sie sich nach der letzten Bundestagswahl erst wieder in die engere Landespolitik einarbeiten müßten, und da ließen Sie den Chef der Staatskanzlei das Verhältnis zwischen Düsseldorf und Bonn überprüfen. Herr Leister schlug Ihnen vor: Wir müßten das Verhältnis zwischen Bonn und Düsseldorf harmonisieren; "mehr Kooperation" lautet die Devise, sagte Herr Leister.

Vizepräsident Dr. Riemer: Lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Ministerpräsidenten zu?

(Dr. Pohl (CDU): Aber selbstverständlich.)

- Bitte sehr!

- (B) Dr. Rau, Ministerpräsident: Herr Kollege Pohl, wären Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, daß ich den Satz, ich müsse mich nach der Bundestagswahl erst wieder einarbeiten, nie gesagt habe, daß er zwar veröffentlicht war, daß ich aber sowohl hier im Plenum als auch in Presseerklärungen bereits bekanntgegeben habe, daß dieser Satz nicht von mir stammt?

(Dr. Heimes (CDU): War aber gut erfunden!)

Dr. Pohl (CDU): Herr Ministerpräsident, ich nehme das zur Kenntnis, aber angesichts der politischen Leistungen, die Sie und die Landesregierung gezeigt haben, hätte dieser Satz jederzeit wahr sein können.

(Beifall bei der CDU - Schultz (SPD): Das war aber Rabulistik!)

Da sagte Herr Leister: "mehr Kooperation", so lautet die Devise. Aber es geschah nichts. Dann haben Sie, Herr Ministerpräsident - vielleicht können Sie einen Moment zuhören -, in der Landtagsdebatte am

3. Juni 1987, hier auf das Leister-Papier angesprochen, angekündigt: Im Herbst werde ich eine Regierungserklärung abgeben. Aber nichts ist geschehen. Auf diese Regierungserklärung warten wir noch heute. Auch heute haben wir hierzu wieder nur eine unvollständige Stellungnahme gehört. (C)

Oder, Herr Ministerpräsident, war die Beteiligung des Wirtschaftsministers Jochimsen an der auch von Ihnen heute gelobten und im übrigen, Herr Kollege Büssow, erfolgreichen Kohlerunde am Freitag, dem 11. Dezember 1987, der Beginn eines neuen Verhältnisses zwischen Düsseldorf und Bonn? Wird der Gipfel der Fraktionsvorsitzenden und der Parteivorsitzenden am Donnerstag der Beginn eines neuen Verhältnisses sein?

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Ministerpräsident, wir bedürfen dringend eines geordneten Miteinanders zwischen Düsseldorf und Bonn; denn schon heute tut Bonn viel für Nordrhein-Westfalen: Allein die am Freitag beschlossene Verlängerung der Exporthilfen für die Kohle kostet den Bund rund 1,1 Milliarden DM mehr. Der größte Teil davon geht an die Ruhr. Die großen Strukturhilfen und Investitionen des Bundes, einschließlich der Arbeitsmarktpolitik, kosten insgesamt 47,5 Milliarden DM. Davon fließen 14 Milliarden DM nach Nordrhein-Westfalen; das sind 29 %. 65,3 % der Bundesmittel für den Steinkohlenbergbau fließen in unser Land. Jede zweite Mark für Stahlhilfen geht in unser Land! 53 % der Bundesmittel für den öffentlichen Nahverkehr gehen in unser Land! Und damit tut Bonn heute schon seine verfassungsmäßige Pflicht gegenüber dem Land, Herr Kollege Trinius. Herr Büssow, ich weise mit Nachdruck zurück, daß Sie hier unter Berufung auf den Bundeseid des Kanzlers und der Bundesminister gesagt haben, die Bundesregierung habe sich vom Eid entfernt. (D)

Die Landesregierung und auch Sie, Herr Kollege Büssow, sollten aufhören, über Bonn zu jammern oder mit anklagendem Finger auf Bonn zu zeigen. Herr Leister hat recht: Wagenburg-Mentalität ist kein sachgerechter Lösungsansatz für unser Land. Deshalb, Herr Ministerpräsident: Wann endlich werden Sie sich diesem Problem stellen und das Verhältnis zu Bonn bereinigen?

Und unser Verhältnis zu den anderen Ländern? Ich glaube, hier muß ich auf die Ministerpräsidentenkonferenz in München zurückkommen. Da haben die Ministerpräsidenten unter anderem über die Lage der Landwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland diskutiert und über einen sogenannten Jahrhundertvertrag für die Landwirtschaft nach-

(Dr. Pohl (CDU))

- (A) gedacht. In der Debatte soll deutlich geworden sein, daß die Hilfe für die Bauern über die Preispolitik allein nicht machbar ist. Neben preispolitischen Maßnahmen müssen nach Auffassung der Ministerpräsidenten Maßnahmen zur Entschädigung bei Herausnahme von Flächen ebenso treten wie sozialpolitische Maßnahmen, zum Beispiel Vorruhestand für Bauern, also für solche Landwirte, die bereit sind, ihren Vollerwerbsbetrieb aufzugeben.

Und - meine Damen und Herren, hören Sie genau zu - was tut der Ministerpräsident? In der Debatte zu diesem Tagesordnungspunkt über die Landwirtschaft haben Sie, Herr Ministerpräsident, versucht, die Zustimmung zu diesem Punkt mit der Zustimmung der übrigen Länder zu einer Steinkohlekonzeption ohne Kernenergie zu koppeln. Alle übrigen Länder haben dies jedoch abgelehnt.

Was wird daraus deutlich, Herr Ministerpräsident? Ihre Aussage in Rheinhausen zur Landwirtschaft - "Wir wollen keine Europapolitik, bei der Milliarden für die Bauern gegeben werden, und die Zeche wird bezahlt von den Stahlarbeitern in Nordrhein-Westfalen." -

(Zustimmung des Abg. Schultz (SPD))

- (B) war offensichtlich kein Einzelfall. In Rheinhausen Stahl gegen Landwirtschaft, in München Bergbau gegen Landwirtschaft - halten Sie, Herr Ministerpräsident, dies für eine sachgerechte Politik? Ist das "versöhnen statt spalten"?

(Zuruf des Ministerpräsidenten Dr. Rau)

Wie sehr müssen Sie im Konzert der Bundesländer mit dem Rücken an der Wand stehen, wenn Sie zu solchen Mitteln, zu solchen Junktims greifen! Herr Ministerpräsident, wann endlich werden Sie sich den Problemen des Landes und der Wirklichkeit stellen?

Und damit zur Energiepolitik! Die Haltung auch der nordrhein-westfälischen Landesregierung, auf Dauer Energiepolitik ohne Kernenergie durchzusetzen, ist zum Scheitern verurteilt. Das hat die Ministerpräsidentenkonferenz in München gezeigt.

Herr Ministerpräsident, Sie haben eben auf das Signal des Landtags durch den gemeinsamen Beschluß von SPD und CDU zum Konzept der IG Bergbau und Energie hingewiesen. Ich frage Sie, Herr Ministerpräsident: Wann werden Sie dieses Signal in Richtung Kernenergie auch für sich gelten lassen? Haben denn die SPD-Bundestagsabgeordneten

- (C) Erwin Stahl und Horst Niggemeier nicht recht, wenn sie sagen: Energiepolitischer Realismus muß her; wir müssen auch wieder die Kernenergie tolerieren, ja, wir müssen sie anerkennen. Wie anders wollen wir denn den Anlagenbau in Kernenergieanlagen in unserem Land und beim Auslandsverkauf fördern? Deshalb, Herr Ministerpräsident: Wann werden Sie eine Kurskorrektur auch in der Energiepolitik einleiten?

(Dr. Heimes (CDU): Wenn sich der Wind dreht!)

Wann endlich, Herr Ministerpräsident, werden Sie sich auch hier der Wirklichkeit stellen?

Nun zur finanzpolitischen Situation! 28 Milliarden DM vor zehn Jahren, 100 Milliarden DM Schulden nach zehn Jahren - das ist die Realität, Herr Ministerpräsident. Wo sind denn Ihre Unterstützungsmaßnahmen für den Finanzminister geblieben, als er 1981 mit einer Sonderkonferenz der Landesregierung die Notbremse zog? Damals waren es 50 Milliarden DM Schulden, jetzt sind die Schulden auf 100 Milliarden DM angewachsen.

Wo sind Ihre Unterstützungsmaßnahmen für Herrn Posser geblieben, als er jenen Brasilien/Polen/Mexiko-Brief schrieb? Damals war der Schuldenstand 82 Milliarden DM, jetzt ist der Schuldenstand 100 Milliarden DM.

- (D) Herr Ministerpräsident, da stellen Sie sich eben hier hin und sagen: Wir halten fest am erfolgreichen Kurs der Konsolidierung. Ich sage Ihnen im Namen der Union: Die Konsolidierungsbemühungen Ihrer Regierung, Ihre Konsolidierungsbemühungen sind gescheitert.

(Zustimmung bei der CDU)

Aber Sie, Herr Ministerpräsident, wollen dafür keine Verantwortung tragen; Sie verweisen auf Bonn. Doch selbst wenn man alle Ausgaben zusammenfaßt - ich wiederhole das: Kohleausgaben, Länderfinanzausgleich (angebliche Benachteiligung) und bisher entstandene Kosten durch Steuerreform -, kommt man auf 20 Milliarden DM. Bei 20 Milliarden DM Landesschulden durch Fremdvorschulden und bei 100 Milliarden DM Gesamtschulden kann man nur sagen: Dies ist hausgemacht, dies ist eigenes Verschulden der Landesregierung, das ausschließlich Sie, Herr Ministerpräsident, in dieser Lage zu verantworten haben.

(Zustimmung bei der CDU)

Angesichts dieser Lage ist der vorgelegte Haushalt ohne Perspektive. Die Kollegen von

(Dr. Pohl (CDU))

- (A) der F.D.P. hatten recht, und wir werden dem zustimmen, wenn wir sagen, der vorgelegte Landesetat ist falsch strukturiert; er muß eigentlich an die Landesregierung zurückgegeben werden. Dieser Landesetat, Herr Ministerpräsident - das haben die Verhandlungen bei der letzten Stahldebatte gezeigt -, ist eben nicht richtig strukturiert. Dieser Landesetat sagt nicht, wo die richtigen Schwerpunkte anzusetzen sind. Deshalb ist Ihre Aussage, Herr Ministerpräsident, Sie hätten mit diesem Landesetat die wirklich richtigen Schwerpunkte gesetzt, ein Schlag in das Gesicht der Wirklichkeit in diesem Lande.

(Beifall bei der CDU)

Nun noch einige Worte auch zur Hochschul- und zur Schulpolitik. Herr Ministerpräsident, es muß eine Gesamtkonzeption zur Hochschulpolitik her. Unseren Hochschulstrukturplan, den wir wollten, damit wir nicht mit jedem Haushalt jahreweise zu entscheiden haben, haben Sie abgelehnt. Aber warum, Herr Ministerpräsident, nehmen Sie sich nicht dieser Angelegenheit an und beauftragen Ihre Hochschulministerin einmal mit einer Gesamtplanung?

Wie ist es mit Witten/Herdecke? In Baden-Württemberg hat sich der Ministerpräsident Späth, wie mir Herr Schily selber gesagt hat, zwei Stunden Zeit genommen, um mit Herrn Schily die Ansiedlung in Mannheim in Gegenwart des Forschungsministers zu besprechen, und zwar, wie man sieht, mit Erfolg. Und was haben Sie getan? Herr Schily durfte mit Frau Brunn einmal am Rande des Plenums sprechen. Aber ich frage Sie, Herr Ministerpräsident, warum haben Sie sich nicht eingeschaltet und diesen Mercedesstern in unserem Land gehalten?

(B)

(Beifall bei der CDU - Ministerpräsident Dr. Rau: Das habe ich doch getan! Ich habe stundenlang Gespräche mit Herrn Schily geführt!)

Nun zu dem Schulfrieden in unserem Land, Herr Ministerpräsident. Warum haben Sie sich nicht auch dieses Problems angenommen? Wir von den Oppositionsfractionen haben Ihnen eine Neuregelung des Elternrechts vorgeschlagen. Wir haben Ihnen vorgeschlagen, kleine Schulen zu erhalten; denn eine kleine Schule vor Ort ist besser als keine Schule vor Ort. Wir haben Ihnen Gespräche angeboten. Wir haben gemeinsam - CDU und F.D.P. - ein Vorschaltgesetz vorgelegt. Herr Ministerpräsident, alle Appelle, auch die an Ihre Adresse, sind vergebens gewesen. Wann, Herr Ministerpräsident, wollen Sie sich der Wirklichkeit in diesem Land stellen?

(Beifall bei der CDU)

Das mangelnde Engagement in der Medienpolitik habe ich bereits bei beiden zweiten Lesungen, im Vorjahr und in diesem Jahr, dargelegt. Auch hier haben Sie die Dinge zum Schaden der künftigen Veranstalter treiben lassen.

(C)

Bezüglich der Luftfahrt ist AMADEUS nach München vergeben worden. Ich stimme Ihnen zu, Herr Ministerpräsident: Wir müssen nunmehr alles unternehmen, damit die nationale Raumfahrtagentur nach Köln-Porz kommt. Ich bitte Sie, hier nicht nur die aner kennenswerten Bemühungen der Frau Brunn zu zitieren, sondern wie Herr Späth, wie Herr Strauß, wie Herr Vogel in dieser Angelegenheit auch selber tätig zu werden. Wir von der Union unterstützen dieses Anliegen in der Landtagsfraktion, in der Landesgruppe der CDU-Abgeordneten, im Landesvorstand der Union, weil wir hier eine zukunftsweisende Maßnahme für unser Land sehen.

(Schultz (SPD): Dann sind wir uns ja einig!)

Zusammengefaßt, Herr Ministerpräsident, darf ich Ihnen mit dem früheren F.D.P.-Vorsitzenden Thomas Dehler zurufen: Was muß eigentlich geschehen, damit durch Sie noch etwas geschieht?

Wir haben bei den Haushaltsberatungen zu Ihrem Einzelplan zum wiederholten Mal gefordert, daß uns die Ergebnisse der von Ihnen veranstalteten Meinungsforschung - allerdings ohne Persönlichkeitsprofile - zur Verfügung gestellt werden. Hierauf haben wir nach dem Hamburger Verfassungskonflikt als Oppositionsfraction ein Anrecht. Warum verweigern Sie dies, Herr Ministerpräsident? Zeigen sich in den Meinungsumfragen erste Verschlechterungen? - Herr Ministerpräsident, Sie schütteln den Kopf. Damit habe ich gerechnet. Wir von den Oppositionsfractionen sagen Ihnen bereits heute: Auch hier wird Sie die "raue" Wirklichkeit einholen. Auf Dauer werden die Bürgerinnen und Bürger im Lande erfahren - es wird ihnen nicht verborgen bleiben -, daß Sie eine falsche, eine schädliche Politik betreiben.

(D)

(Schultz (SPD): Kennen Sie die neuesten Umfrageergebnisse?)

Die Wirklichkeit, Herr Ministerpräsident, hat Sie eingeholt. Unser Landesvorsitzender Blüm hat recht, wenn er auf unserem Landesparteitag am Samstag sagte - ich wiederhole es -: Jetzt schlägt auch für die Landesregierung in Nordrhein-Westfalen die Stunde der Wahrheit.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

- (A) Vizepräsident Dr. Riemer: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Westermann das Wort.

Westermann (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In der heutigen Debatte haben wir bei der Diskussion über den Haushalt des Ministerpräsidenten schon viel über wirtschaftspolitische Fragen geredet. Das unterstreicht, welche Bedeutung die bisherige, aber auch die künftige wirtschaftliche Entwicklung für unser Land hat.

Herr Kollege Pohl, Sie haben berechtigt die Frage gestellt: Sind die Schwerpunkte im Landeshaushalt im Sinne der ökonomischen und der ökologischen Erneuerung unseres Landes richtig gesetzt? Sie haben aber sicher Verständnis dafür, wenn wir diese Frage unterschiedlich und anders beantworten als Sie.

Lassen Sie mich, bevor ich näher dazu spreche, einige Anmerkungen zur Analyse über die wirtschaftliche Situation unseres Landes machen.

Das Bild ist eigentlich viel, viel differenzierter, als es manchem in der vereinfachten und verkürzten Diskussion in den Kram paßt. Ein Abbild unseres Landes ist: Wir befinden uns in einem tiefgreifenden Strukturwandel, der sich auf einige Branchen und Regionen konzentriert; und das hat schlimme Auswirkungen.

- (B) Bei Kohle und Stahl und den damit eng verbundenen Bereichen haben wir schon in der Vergangenheit viele Arbeitsplätze verloren. Wir haben es gerade schon gehört: In den letzten zehn Jahren haben wir allein im Stahlbereich über 100 000 Arbeitsplätze verloren. Seit 1957 haben wir 375 000 Arbeitsplätze im Kohlesektor verloren. Lassen Sie mich ganz deutlich sagen, meine Damen und Herren: Auf diese Entwicklung hatte die Landespolitik eigentlich nur wenig Einfluß. Wenn überhaupt jemand Einfluß hatte, dann wären es die in Bonn gewesen, die in Brüssel mit am Tisch sitzen, die sich aber nicht hinreichend für Kohle und Stahl eingesetzt haben.

Bedeutsam ist dieser Verlust von Arbeitsplätzen bei Kohle und Stahl. Er hat Auswirkungen auf viele Verbundarbeitsplätze. Das wird in der vereinfachten Diskussion auch manchmal übersehen. Denn die Kaufkraft in den betroffenen Regionen sinkt. Andere Wirtschaftsbereiche werden dann automatisch in Mitleidenschaft gezogen. Ich möchte dies am Beispiel der Stadt Castrop-Rauxel verdeutlichen, wo von 1980 bis 1986 die Zahl der

Industriebeschäftigten um 56,9 % auf 4 136 gesunken ist. Das war darauf zurückzuführen, daß der Bereich Energie, Wasser und Bergbau 93,2 % seiner Beschäftigten verloren hat. Aber - das ist bedeutsam! - gleichzeitig gingen im Handel 541 Arbeitsplätze - mehr als ein Fünftel - kaputt, und der Sektor Verkehr/Nachrichten schrumpfte um 18,6 %. Ähnlich sieht es in allen anderen Montanstandorten aus. (C)

Man stellt fest: Wer leichtfertig Arbeitsplätze bei Kohle und Stahl aufgibt - wie das manchmal ja auch in den Debatten anklingt -, nimmt bewußt in Kauf, daß andere Arbeitsplätze mit verlorengehen. Bei einer solchen Verleumdungs-Strategie machen wir Sozialdemokraten nicht mit.

(Zustimmung bei Abgeordneten der SPD)

Ich füge auch hinzu: Viele dieser Arbeitsplatzverluste brauchten eigentlich nicht zu sein; ein Teil ist - insbesondere im Stahlbereich - darauf zurückzuführen, daß in Brüssel unsere Interessen nicht hinreichend vertreten worden sind. Dazu müssen wir sagen, auch wenn die Oppositionsfaktionen das nicht hören wollen: Hier hat die Bundesregierung die Interessen der deutschen Stahlindustrie, vor allem als es um die Aufstockung der Subventionen zum Jahresende 1985 ging, schlecht vertreten, und sie hat die deutsche Stahlindustrie schutzlos der subventionierten Konkurrenz in Europa ausgeliefert. Ich glaube, auch das muß noch einmal deutlich gesagt werden. (D)

(Neuhaus (CDU): Stimmt überhaupt nicht!)

Soviel zu den strukturellen Problemen. - Aber zu einem realistischen Bild von unserem Land gehört nach wie vor, daß wir hoch leistungsfähig sind, daß wir beim Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen bei den Flächenländern auf dem zweiten Platz liegen, weit vor Baden-Württemberg und Bayern und deutlich auch über dem Bundesdurchschnitt. Wir haben eine dichte Hochschullandschaft, eine hervorragende Infrastruktur und eine qualifizierte Arbeitnehmerschaft. Und - vielleicht ein Argument, das immer fälschlich wiedergegeben wird - die Strompreise als Standortfaktor sind allen Unkenrufen zum Trotz für die industriellen Abnehmer immer noch am zweitbilligsten in der Bundesrepublik. Beim Wirtschaftswachstum nähern wir uns wieder dem Bundestrend. Der Standort Nordrhein-Westfalen hat internationalen Ruf. Ausländische Unternehmen und Investoren, besonders aus den Niederlanden, den Vereinigten Staaten und zunehmend sogar aus Japan, schätzen

(Westermann (SPD))

- (A) unser Land. Ausländische Kapitalgeber haben über 20 Milliarden DM direkt in Nordrhein-Westfalen investiert; das ist mehr als irgendwo anders in der Bundesrepublik. - Ich meine, alle diese positiven Aspekte dürfen nicht heruntergeredet und dürfen auch nicht verschwiegen werden.

(Zustimmung des Abg. Schultz (SPD)  
- Zuruf des Abg. Arentz (CDU))

Ausdruck der beiden Bilder unseres Landes sind auch die recht unterschiedlichen Arbeitslosenquoten, die wir quer durch das Land haben.

(Arentz (CDU): Nur einer versteht Sie!)

Wir haben Arbeitsmarktregionen in Bonn, Herford und Meschede, in denen die Arbeitslosigkeit unter 9 % liegt, während es in den Montanregionen Dortmund, Duisburg und Bochum über 16 % Arbeitslose gibt. - Gleiches wird deutlich, wenn man sich die Industrie- und Handelskammer-Bezirke anschaut. In sechs von insgesamt 15 Industrie- und Handelskammer-Bezirken wurde der Beschäftigungsstand von 1981 gehalten oder ausgebaut. Dem stehen die Montanregionen sowie Kammerbezirke mit kräftigen Beschäftigungsrückgängen seit 1981 gegenüber. Hierzu darf ich die fortgeschriebene Studie von Professor Schäfer zitieren, der sagt:

- (B) Insgesamt zeigt ein Vergleich der regionalen und sektoralen Entwicklung über alle Kammerbezirke, daß bestimmend für die Unterschiede in erster Linie die Entwicklung in den Bereichen verarbeitendes Gewerbe und Bergbau und Energie ist.

Dies gilt also für den Bereich von Kohle und Stahl.

Auch bei einer Betrachtung nach Branchen sehen wir, daß es erhebliche Unterschiede in unserem Lande gibt. Die höchsten Beschäftigungsgewinne verzeichnet das Investitionsgütergewerbe mit 10,2 %, die Kunststoffverarbeitung mit 9,6 % und der Fahrzeugbau mit 5,9 %, während die höchsten Beschäftigungsmassiv eingewandert; in diese Richtung zeigt auch die Zunahme der Beschäftigten.

Nimmt man Nordrhein-Westfalen ohne das Ruhrgebiet, gibt es sogar eine eindeutig positive Entwicklung, gemessen an der Branchenstruktur. Nach Professor Schäfer hat der Strukturwandel in Nordrhein-Westfalen massiv eingesetzt; in diese Richtung zeigt auch die Zunahme der Beschäftigten.

Wenn ich noch einmal Herrn Professor Schäfer zitieren darf:

- (C) Der Strukturwandel greift. Voraussetzung aber ist, daß es in den traditionellen Produktionsbereichen Kohle, Eisen und Stahl nicht zu weiteren bruchartigen Arbeitsplatzverlusten kommt. Ein solcher Bruch würde die positive Beschäftigungsbilanz zunichte machen und den Erneuerungsprozeß Nordrhein-Westfalens sowie die Wachstumschancen der gesamten Bundesrepublik nachhaltig stören.

Die Landespolitik steht deshalb vor dieser differenzierten Aufgabe, zu verhindern, daß die klassischen Branchen wegbrechen; gleichzeitig muß die Entwicklung in den modernen, zukunftssträchtigen Branchen vorangetrieben werden. Dieser Aufgabe stellen wir uns.

Der Wirtschaftsetat 1988 enthält wichtige Bereiche dort, wo wir neue Arbeitsplätze schaffen können: in der Technologiepolitik, in der Außenwirtschaftsförderungspolitik.

Nur einige Anmerkungen zur Technologiepolitik unseres Landes! Für die Technologieprogramme Nordrhein-Westfalens stehen 1988 knapp 300 Millionen DM Haushaltsmittel und 315 Millionen DM Verpflichtungsermächtigungen zur Verfügung. Bis zum 1. November 1987 wurden allein mit dem "Technologieprogramm mittelständische Wirtschaft" und dem "Technologieprogramm Zukunftstechnologien" 839 Zukunftsprojekte mit Zuschüssen von 495 Millionen DM gefördert. Mittlerweile gibt es 14 Technologiezentren, bei denen 200 Unternehmen mit 1 500 Arbeitsplätzen angesiedelt sind.

(D) Zukunftssträchtig ist auch die Außenwirtschaftsförderung: Jahr für Jahr exportiert die nordrhein-westfälische Wirtschaft Waren im Wert von fast 150 Milliarden DM; das ist so viel, wie nur acht Staaten auf der ganzen Welt überhaupt exportieren. Die Außenwirtschaftsförderung erfolgt in enger Kooperation mit den Institutionen der Wirtschaft. Das Land leistet Hilfen bei der Erschließung schwieriger Märkte in den Staatshandels- und Entwicklungsländern.

Ebenfalls im Bereich der Wirtschafts- und Mittelstandsförderung haben wir erhebliche Anstrengungen unternommen. 1988 stehen allein 550 Millionen DM zur Verfügung. Damit kann das beschäftigungsorientierte Förderprogramm zielgerecht fortgeführt werden; dieses bewirkte allein in den Jahren 1982 bis 1986 die Schaffung von 45 000 neuen und die Sicherung von 98 000 bestehenden Arbeitsplätzen.

Erfolgreich ist auch die regionale Wirtschaftsförderung. Hier wurden von 1980 bis

(Westermann (SPD))

- (A) 1987 69 000 neue Arbeitsplätze geschaffen und 38 500 gesichert. - Ich glaube, das muß man alles, auch wenn man hier immer nur über Negativzahlen diskutiert, auch einmal positiv hervorheben.

Ein sehr bedeutsamer Beitrag des Landes zur Entlastung des Arbeitsmarktes ist das Programm zur Schaffung von Ausbildungsplätzen und für berufsvorbereitende Maßnahmen. Seit 1984 geben wir im Jahresdurchschnitt rund 19 000 jungen Menschen eine Chance. Der Herr Ministerpräsident hat in seiner Regierungserklärung 1985 hierzu gesagt: "Wir in Nordrhein-Westfalen nehmen nicht hin, daß junge Menschen von der Schule in die Hoffnungslosigkeit entlassen werden." Ich meine, die Mittel, die wir hier eingesetzt haben und einsetzen, sind gut angelegt.

Ebenso gut angelegt sind die Mittel im Energiebereich für unsere Kohlevorrangpolitik, aber auch für das neue Programm zur Förderung der rationellen Energieverwendung und zur Nutzung unerschöpflicher Energiequellen. Vergleichen wir allein einmal den Landesetat 08 für Wirtschaft mit seinen 2,25 Milliarden DM mit dem des Bundeswirtschaftsministers in Höhe von 6,4 Milliarden DM, dann stellen wir fest, daß wir hier Außerordentliches leisten.

- (B) Gestatten Sie mir, meine Damen und Herren, einige Anmerkungen zur Zukunftsinitiative Montanregionen, zu der ja heute schon viel gesagt worden ist. Als zu Beginn dieses Jahres erstmals öffentlich bekannt wurde, daß die Stahlunternehmen erneut und in bisher unbekanntem Umfang Arbeitsplätze abbauen wollten, haben wir auf diese Verschärfung des Strukturwandels reagiert und zusätzliche Mittel für diese Zukunftsinitiative bereitgestellt. Die Resonanz in den Montanregionen ist außerordentlich gut. In bisher nicht bekanntem Umfang gibt es konzentrierte Anstrengungen der regionalen Entscheidungsträger, und auch die Wirtschaft, das Handwerk und die Landesvereinigung der Arbeitgeberverbände begrüßen das, was dort passiert. Das, was sich jetzt in den Montanregionen an Kooperation entwickelt, kann sogar Beispiel für ähnliche Aktivitäten in allen Landesteilen Nordrhein-Westfalens sein.

Nur CDU und F.D.P. hier im Landtag tun sich mit dieser Zukunftsinitiative schwer. Wir sagen Ihnen: Hören Sie endlich auf, klein-kariert zu meckern und zu mäkeln, packen Sie endlich mit an - auch durch Ihre Mithilfe in Bonn bei der Finanzierung -, damit diese Initiative im Interesse der Menschen in den Montanregionen ein Erfolg wird.

(Beifall bei der SPD)

(C) Ich meine, wir nehmen es ja hin, wenn der Herr Kollege Schaumann sich heute morgen hier ans Rednerpult stellt und uns beschimpft und sagt, das wären alles Phantomdinge. Man muß doch einmal daran denken, welche Anträge Sie selber zu einem neuen regionalen Management und zur Entwicklung von endogenen Potentialen in den Regionen gestellt haben. Wenn das dann wirklich passiert, dann sollten Sie doch die, die da jetzt in den Regionen aktiv werden, wenigstens nicht beschimpfen.

Zu einem letzten Komplex. Wenn wir hier im Landtag über Wirtschaftspolitik reden, dann tun CDU und F.D.P. immer so, als wenn Wirtschaftspolitik eine reine Landessache wäre, als wenn es den Bund und seine Verpflichtungen nicht gäbe. Sie lenken damit vom Versagen Bonns in der Wirtschaftspolitik ab.

(D) Ich sage Ihnen ganz deutlich: Auch Nordrhein-Westfalen liegt in der Bundesrepublik. Die Bundesregierung trägt nach dem Grundgesetz, nach dem Stabilitätsgesetz auch für unser Land wirtschaftspolitische Verantwortung. Mit dem Stabilitätsgesetz, dem Bundesbankgesetz und der Steuerpolitik hat sie auch die entsprechenden Instrumente dazu; Instrumente, die wir nicht haben. Herr Kollege Pohl, Sie sagen immer, wir klagten nur, wir kritisierten nur. Aber das ist nun mal die Wahrheit. Es ist ein Skandal, daß man bei der Krise in den Werftstandorten ein Programm von 420 Millionen DM beschließt und uns mit unseren weitaus größeren Problemen mit bisher lächerlichen 90 Millionen DM Gemeinschaftsaufgabemitteln abspießt.

(Beifall bei der SPD)

Ein Weiteres, meine Damen und Herren! Strukturveränderungen und Arbeitsplatzabbau wie zur Zeit bei uns hat es schon immer gegeben. Das ging, als wir eine noch nicht so hohe Arbeitslosigkeit wie heute hatten, geräuschlos über die Bühne. Wenn das heute nicht der Fall ist, dann liegt es daran, daß die Bundesregierung bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit kläglich versagt hat. Mit über 2,1 Millionen offiziell erfaßter Arbeitsloser haben wir nach wie vor einen traurigen Nachkriegsrekord.

Das, was da passiert, ist schlimm. Unter Konjunktur- und Arbeitsmarktpolitik versteht diese Bundesregierung fast ausschließlich Steuersenkungspolitik. Seit 1983 werden kontinuierlich Steuern gesenkt: Gewerbesteuer, Vermögenssteuer, Steuersenkung durch Sonderabschreibungen. 1986, 1988 und 1990 läuft das ab, was die "Westdeutsche

(Westermann (SPD))

- (A) Zeitung" mit "Steuerrakete" überschrieb: Entlastung 1986 von 10,9 Milliarden DM, 1988 40 Milliarden DM und 1990 netto 20 Milliarden DM.

Ich sage, wir halten das, was da passiert, nicht nur für sozial ungerecht, für unsolid - weil teilweise über Schulden finanziert und mit schlimmen Auswirkungen für Länder und Gemeinden -, sondern auch für beschäftigungspolitisch völlig unsinnig und wirkungslos. Ich will Ihnen das auch erläutern. Der Bericht der Bundesbank vom November 1987 weist aus, daß viele Unternehmen in der Bundesrepublik schon heute über erhebliche liquide Mittel verfügen. Eine Auswertung der Unternehmensbilanzstatistik zeigt, daß die Jahresüberschüsse 1986 wegen des starken Rückgangs der Energie- und Rohstoffpreise, wegen der rückläufigen Zinsaufwendungen und wegen der rückläufigen Steuern deutlich zugenommen haben. Ich zitiere wörtlich: "Ein verstärkter Cash-flow schlug sich zum großen Teil im Anstieg der Liquidität nieder." Das war also schon 1986. Der Liquiditätszuwachs aber führte zu einer besonders starken Aufstockung der Rücklagen, zum Anstieg von Beteiligungen. Das Geldvermögen der Unternehmen wird für 1986 auf über 960 Milliarden DM geschätzt. Dennoch: Das, was dort an Liquidität aufgebaut worden ist, hat sich nicht in einer verstärkten Investitionstätigkeit niedergeschlagen.

(Beifall bei der SPD)

- (B) Hier wird ganz deutlich, meine Damen und Herren: Wenn die Steuerreform zu einem weiteren Liquiditätsanstieg in den Unternehmen führt, dann heißt das nicht automatisch mehr Investitionen und mehr Arbeitsplätze. Andererseits aber - und das ist die andere Seite der Medaille - fehlt das Geld bei Ländern und Kommunen, den Hauptträgern der öffentlichen Investitionen. Durch diese Steuerreform werden sogar Investitionen verhindert und Arbeitsplätze abgebaut.

Das ist die traurige Wahrheit. Das hat die Bundesregierung mittlerweile auch erkannt. Deshalb bemüht sie sich, ein Konjunkturprogramm nachzuschieben. Ich führe dazu nur einmal einen Satz aus einer Wirtschaftszeitung an. Die "Wirtschaftswoche" hat das, was da als Konjunkturprogramm bezeichnet wird, als "Bonner Fehlzündung" gekennzeichnet. Wenn man einmal näher hinschaut, was hinter diesem Konjunkturprogramm ist, dann stellt man fest: Das ist ein ganz riesiger Etikkenschwindel, der da über die Bühne laufen soll. Da wird von 15 Milliarden DM geredet; aber letztendlich werden praktisch jährlich nur 200 Millionen DM an Zinszu-

schüssen zur Verfügung gestellt. Aber gleichzeitig - und da wird es ganz pikant - werden die direkten Zahlungen aus dem Bundeshaushalt für die Gemeinden in den Bereichen, wo es jetzt Zinszuschüsse gibt, gestrichen. Das heißt: Auf der einen Seite nimmt man den Kommunen die Mittel, auf der anderen Seite bietet man ihnen wieder ein paar Mark an Zinszuschüssen an. Das ist eine große Augenwischerei, was da stattfindet.

(Zustimmung bei der SPD)

Wenn man dann noch einmal die Relationen sieht: 60 Milliarden DM an Steuergeschenken und 200 Millionen DM pro Jahr für dieses Konjunkturprogramm! Daran erkennt man, daß die Arbeitslosen dieser Bundesregierung kaum etwas wert sind und daß man nach wie vor nicht ernsthaft an die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit herangeht.

Lassen Sie nicht abschließend sagen: Wir in Nordrhein-Westfalen gehen mit unseren wirtschaftspolitischen Maßnahmen, mit der Mittelstandsförderung, mit unserem Programm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, mit unserer Energiepolitik und mit der Zukunftsinitiative Montanregionen bis an die Grenze unserer Leistungsfähigkeit. Wir erwarten aber auch, daß sich die Bundesregierung endlich ihrer struktur-, konjunktur- und beschäftigungspolitischen Verantwortung bewußt wird und endlich eine Wirtschaftspolitik betreibt, die diesem Namen auch gerecht wird.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter.

Aus dem Bereich der Schwerpunktthemen rufe ich jetzt den Block

Wirtschaft

auf.

Das Wort hat Frau Abg. Thoben von der Fraktion der CDU.

Frau Thoben (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Gegen Ende der vorigen Woche gab es zwei - wie ich meine - wichtige Telegramme. Eins war typisch: Es hatte als Absender einen herausragenden Vertreter der SPD, es entstammte dem Verantwortungsbereich des Ministerpräsidenten, und es gab ein zweites Telegramm, das typisch nicht von ihm war. Ich möchte zu beiden Telegrammen hier etwas vortragen.

(D)